

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnementspreis halbjährlich 3,30 Mk., monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 3 Mark, für das übrige Ausland 5 Mark pro Monat.

Erkheint täglich außer Montags.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Freitag, den 31. März 1905.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Die Inflation-Gebühr

Beträgt für die sechsgehaltene Kolonietabelle oder deren Raum 40 Pfg. für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 25 Pfg. „Kleine Anzeigen“, das erste (stetiggedruckte) Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Insetate für die nächste Nummer müssen bis 6 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Feiertagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Marokko-Konflikt?

Die Sprunghaftigkeit der deutschen auswärtigen Politik führt in der Tat den Erfolg herbei, den wir von den offiziellen Drohnoten der „Nordd. Allg. Ztg.“ zur Marokko-Anglegenheit und zum Kaiserbesuch in Tanger befürchteten und bedauerten. Die Ausführungen, die der Reichskanzler am Mittwoch im Reichstage über die Stellung der deutschen Regierung zum französisch-englischen Marokko-Abkommen gemacht hat, haben die durch jene Notizen erzeugte Spannung der internationalen Situation weiter außerordentlich verschärft. Nachdem Graf Bülow schon durch die Offiziösen hatte erklären lassen, daß das französisch-englische Abkommen der deutschen Regierung unbekannt sei, kündigte er selbst nunmehr an, daß er in unmittelbare Verhandlungen mit dem Sultan von Marokko eintreten werde. Graf Bülow glaubt, diejenigen Mächte, welche in Marokko in erster Reihe wirtschaftlich interessiert sind und welche sich über die Gestaltung der inneren Zustände Marokkos mit einander geeinigt haben, übergehen zu können. Er will sich nicht nach London und Paris wenden, um das, was er vor Jahresfrist unterlassen, nachzuholen, er will mit dem Sultan bevorzogene Verhandlungen pflegen, von denen England und Frankreich zunächst keine Kenntnis haben.

Es ist begreiflich, daß die aggressiven Erklärungen des Grafen Bülow insbesondere in England große Ueberraschung erregen. Die englische Regierung wie die englische Presse haben bis in die jüngsten Tage hinein zur Kaiserreise nach Tanger und den marokkanischen Auseinandersetzungen der deutschen und französischen Zeitungen die äußerste Zurückhaltung beobachtet. Die Rede des Reichskanzlers löst jetzt um so lebhaftere Proteste aus.

Durch Privattelegramm unseres Berliner Korrespondenten wird uns über die Aufnahme der Bülow'schen Erklärungen in London berichtet:

London, 30. März, abends. Verleumdungen und Bülow's Bemerkungen über Marokko erregen großes Aufsehen. Die Rede des Reichskanzlers verleiht zweifellos den Konflikten, die sie voll Spigen gegen Frankreich ist und der Reise des Kaisers auch hochpolitischen Charakter gibt, was hier allgemein verurteilt wird. Sogar der Leitartikel der „Daily Graphic“, der einzige Verteidiger der deutschen Politik in englischen Medien, hält Bülow's Rede für schädlich. Wenn Deutschland der Freund Englands und Frankreichs fernert sein bleiben wolle, so müsse es sich an diese Mächte mit Beschwerden wenden und nicht an den Sultan. Das Auftreten Bülow's sei nur geeignet, die Gefechtsfähigkeit und Barbarei in Marokko zu verlängern.

„Times“ betrachtet den Frontwechsel Deutschlands als unfreundlichen Akt gegenüber Frankreich. Die offene Tür sei sicherer in Marokko als in Schantung. Wenn Deutschland nur den internationalen Handelsverkehr schützen wolle, warum läßt es diesen Schutz nicht gegenüber Rußland in der Mandschurei aus.

Eine gemeinsame Demonstration der französischen und englischen Flotte im Kanal steht bevor.

Wir möchten durchaus erwarten, daß die Befürchtungen, zu welchen die Kommentare der englischen Presse Anlaß geben, sich als bald als zu weit gehende erweisen möchten. Immerhin ist die Lage ohne Zweifel eine ernste und bedarf der Aufmerksamkeit aller Friedensfreunde.

Ein weiteres überaus charakteristisches Zeichen der sich zuspitzenden Situation ist ein Vorgang in der Domerslagstimmung des Unterhauses, über den folgendes Telegramm des „B. V.“ berichtet:

Wartley (L.) fragt an, ob in der Zeit des Besuchs des deutschen Kaisers und seines Gefolges in Gibraltar nur diejenigen Teile der Festung gezeigt werden würden, welche den britischen Untertanen zugänglich seien und ob bezüglich photographischer Aufnahmen der Festung dieselben Vorschriften Geltung haben sollen, wie sie englischen Untertanen gegenüber streng gehandhabt werden. Der Kriegsminister Arnold-Forster erwidert, die Verantwortlichkeit ruhe bei dem in Betracht kommenden kommandierenden Offizier nach Maßgabe der in den Heeresvorschriften enthaltenen Bestimmungen, und es sei nicht beabsichtigt, in dessen Ermessen in irgend einer Weise einzugreifen. Wartley stellt weiter die Frage: Habe ich das so zu verstehen, daß einem Kaiser, der damit beschäftigt ist, eine Flotte zu erbauen, die gegen und gebraucht werden kann, mehr Freiheiten gewährt werden sollen, als treuen britischen Untertanen? Der Kriegsminister erwidert: Ich habe meiner Antwort nichts hinzuzufügen.

Der Vorgang beweist das hochgestiegene Mißtrauen, das zweite englische Kreise gegenüber der deutschen Politik beherrscht. Das Mißtrauen macht selbst nicht vor der Person des deutschen Kaisers Halt und fordert ungesäumt die Fernhaltung des Monarchen vom Einbild in das englische Rüstungswesen. Die Tatsache allein, daß in dieser Art im Unterhause von einem Mitgliede der regierenden Partei eine bestellte Frage aufgeworfen werden kann, zeigt, wie unfreundlich die Stimmung gegenüber Deutschland sich gestaltet hat. Daß der englische Kriegsminister eine Antwort gibt, deren Inhaltlosigkeit lediglich die Zustimmung zu der in Frage liegenden Unfreundlichkeit bedeutet, vervollständigt das peinliche Bild.

Aus Paris ist die volle Antwort auf die Bülow'schen Erklärungen noch nicht erfolgt. Der „Matin“ meint spöttisch, Graf Bülow habe seiner Rede vom 12. April 1904 jetzt völlig widersprochen, man brauche sich also nicht zu beunruhigen: Graf Bülow werde im nächsten Jahre wahrscheinlich abermals seine Meinung gewechselt haben. Dann aber folgt das Blatt ernsthaft hinzu: „Wenn das Ziel, das die deutsche Presse und die deutsche Regierung verfolgen, das ist, die politischen Interessen Frankreichs noch enger mit denjenigen Englands zu

verbinden, so dürfen sie sich völlig befriedigt erklären.“ Ein Telegramm des „L. A.“ bemerkt, daß die Reichstagsrede des Kanzlers in hohem Grade überrascht habe und daß man in den Kreisen, welche eine freundliche Aussprache zwischen Deutschland und Frankreich wünschen, noch hoffe, daß die Abberufung des französischen Spezialgesandten Lailandier von Bez sich werde vermeiden lassen.

Es wird ferner angekündigt, daß der Ministerrat sich über demnächstige parlamentarische Erklärungen schlüssig machen werde.

Die deutsche Nation hat allen Anlaß, die auswärtige Staatskunst der Regierung aufmerksam zu prüfen. Wir haben von Anfang an die Aufrichtung der Marokkofrage gewarnt, daß das Verhalten der deutschen Diplomatie, wenn sie nicht leeren Theatervorstellungen, eine unnütze und bedauerliche Verschärfung der deutsch-französischen Beziehungen herbeiführen müsse. Wir sind deshalb von den der Regierung durch alle ihre Fehler unwandelbar ergebenden Zeitungen des Nationalliberalismus wieder einmal als „die deutschen Anwälte Frankreichs“ verdächtigt worden, welche, wie die „Magd. Ztg.“ sagt, „der deutschen Regierung glauben in die Kerne fallen zu müssen, weil sie sich herausgenommen hat, deutschen Interessen im Auslande nachdrücklichen Schutz zu verleihen“. Die Ungehörigkeit dieser Verdächtigung ergibt sich aus der einfachen Feststellung, daß wir im Gegenteil die deutsche Regierung beschuldigt haben, weshalb sie nicht, wenn durch das französisch-englische Abkommen deutsche Wirtschaftsinteressen geschädigt werden konnten, zu rechter Stunde eingegriffen habe. Die deutsche Regierung kannte die Verhandlungen über Marokko, die zwischen England, Frankreich und Spanien geschlossen wurden; sie konnte über die Tragweite des Abkommens schon vor seinem Abschluß nicht im Zweifel sein; es gab auch sonst keinen irgendwie erkennbaren Grund, warum sie nicht damals ihre Mitwirkung in Marokko hätte fordern und erreichen können, denn die burleske Erklärung des Grafen Bülow, daß er sich den Zeitpunkt des Eingreifens „nach eigenem Ermessen“ auswähle, kann ebenso wenig die damalige deutsche Nachlässigkeit in der Marokko-Frage wie die jetzige plötzliche und geräuschvolle Schwärzung begründen.

Sicherlich werden die allzeit Regierungstreuen auch durch die jetzige Verschärfung der internationalen Situation nicht belehrt werden. Der alldeutschen Großmannsucht und den Marinetreibern mag die Konfliktlast gar behagen. Wir aber lehnen es ab, die Wahrung deutscher Interessen darin zu sehen, daß ohne jeden zureichenden Grund das Verhältnis zu den beiden großen Staaten des westlichen Europas schwer getrübt wird.

Es ist in keiner Weise zu erkennen, daß Deutschland nicht alles, was es in Marokko vernünftigerweise begehren kann, auch jetzt noch im Wege ruhiger und freundschaftlicher Aussprache mit den Mächten, die das Marokko-Abkommen geschlossen haben, erreichen kann. Durch Drohnoten und Drohreden aber werden Reibungen zwischen Völkern herbeigeführt, die mehr denn je die kulturelle Eintracht unter einander zu pflegen die Aufgabe haben. Insbesondere weisen die arbeitenden Massen in Deutschland wie in Frankreich es weit von sich, daß wegen Marokko ernste Konflikte herausbeschworen werden.

Das Verhalten der deutschen Diplomatie ist weit über den gegenwärtigen Fall hinaus bedenklich und bedauerlich. Mag, wie wir wünschen und wozu wir nach allen Kräften wirken werden, der jetzt drohende Konflikt ebenso schnell gelöst werden wie er entzündet wurde, so wird gesteigertes Mißtrauen in die Stetigkeit und Zuverlässigkeit der deutschen Diplomatie bleiben. Dieses Ergebnis ist gleichermaßen im Interesse Deutschlands wie im Interesse des europäischen Friedens aufs tiefste zu beklagen!

Grundstein zur Einigkeit.

Der preussische Vergarbeitertag ist zu Ende. Aber er wird fortwirken. Diese erste Tagung deutscher Arbeiter, die sich geeinigt zum Kampfe gegen das ausbeuterische Kapital, vergebend und überspringend die von Kapitalisteninteressen künstlich errichteten Trennungswände, wird nicht die letzte sein. War die Tagung selbst schon eine großartige Demonstration der Arbeitereinigkeit, so wurde der Schluß der Sitzung doch geradezu vorbildlich. Von einem Mitgliede des alten Verbandes war ein Antrag eingebracht worden, der einen Beschluß auf Fortbestand und Erweiterung der Siebener-Kommission zu einer Vertretung aller preussischen Vergarbeiter forderte. Von Vertretern anderer Verbände wurden dagegen Kompetenzeinwände erhoben, weil das, was der Antrag wolle, nur durch Beschlüsse der einzelnen Organisationen herbeigeführt werden könne. Der Wunsch und die Absicht, die angebahnte Einigkeit aufrechtzuerhalten, wurde aber auch von diesen Opponenten ausdrücklich ausgesprochen. In Anerkennung der Berechtigung der ausgesprochenen Kompetenzbedenken wies Hue darauf hin, daß auch der Antragsteller nur von dem Gedanken geleitet werde, der Vergarbeitertag möge nicht auseinandergehen, ohne ausgesprochen zu haben, daß die Vergarbeiter auf dem einmal betretenen Wege zur Einigkeit weitergehen möchten. Daß ausgesprochen werden möge, die Arbeiter wollten dem Unternehmertum gegenüber ein einzig Volk von Brüdern sein. Zustimmende Erklärungen von allen Seiten veranlaßten schließlich die Zurückziehung des eingebrachten Antrages sowie eines dazu eingegangenen Änderungsantrages und die Feststellung durch Hue, daß allseitig der Wunsch nach Fortbestehen des jetzigen guten Einvernehmens zwischen den Organisationen ausgesprochen worden sei und daß deshalb die anwesenden Organisationsvertreter

in ihren Reihen dafür wirken werden, für die Betätigung dieses Willens auch die äußere Form zu schaffen. Vorläufig bleibt die Siebener-Kommission in der bisherigen Art bestehen. In den Schlußreden von Sachse und Effert wurde der Einigungsgedanke nochmals hervorgehoben und darauf die Tagung mit einem kräftigen Hoch auf die Einigkeit der Vergarbeiter unter lebhaftem Händeklatschen geschlossen. Der Grundstein zur Einigkeit der deutschen Vergarbeiter ist gelegt worden und es ist ebenso unsere Hoffnung wie unsere Ueberzeugung, daß auf diesem Grunde weiter gebaut werden wird.

Die Verhandlungen und Beschlüsse des letzten Tages, über die unser ausführlicher Bericht das Nähere mitteilt, waren noch inhaltreich und wichtig. Ein Vertreter des Siebener-Komitees machte im Auftrage der lothringischen Vergarbeiter aufsehenerregende Mitteilungen über die unglaublichen Zustände auf den lothringischen Gruben. Er erklärte, dies in der Absicht zu tun, daß die Regierung, die leider nicht vertreten sei, wenigstens durch den „Vorwärts“ erfahre, daß auf diesen Gruben schwere Mißstände bestehen, damit sie später, wenn dort Streiks ausbrechen, sich nicht mit Unkenntnis entschuldigen könne. Es wurden Mitteilungen gemacht über den Gewinn, den die Fischen beim Wagenmüllen machen, Mitteilungen über die schrecklichen Zustände dort, wo noch Frauen und Kinder bei der Vergarbeit tätig sind. Für die gesegwidrige Zulassung der Kinderarbeit im Mansfeldischen wird von den Unternehmern geltend gemacht, daß der Betrieb ohne diese nicht bestehen könnte. Wir wollen diesen Einwand nicht weiter nachprüfen, aber wir vergleichen ihn mit dem Fischenlegen im Ruhrrevier. Dort werden ertragreiche Betriebe geschlossen lediglich deswegen, weil die Unternehmer auf größeren Gruben noch mehr Dividende herauszuschlagen können, wie auf den geschlossenen; dort werden Betriebe aufrecht erhalten, die man nur durch die schrecklichste Ausbeutung kleiner Kinder aufrecht erhalten zu können erklärt!

Den Untersuchungskommissionen wurde in der kurzen, aber inhaltreichen Begründung der dazu vorgelegten und beschlossenen Resolution ein kräftig Lied gesungen. Mit diesen Untersuchungen hat sich die preussische Regierung ein Denkmal gesetzt, das ihrer würdig ist. Sie läßt eine Untersuchung anstellen und ist nicht in der Lage zu verhindern, daß die von ihr selber geladenen Zeugen und Teilnehmer massenhaft gemahregelt werden. Nicht dem die Regierung nicht die Mißachtung, die ihr selber damit bewiesen wird? Die Beamten der Regierung erklären, sie hätten bei der Untersuchung keine Mißstände festgestellt; die Unternehmer aber fühlen sich durch die Aussagen der verhörrten Zeugen so kompromittiert, daß sie die Zeugen sofort entlassen. Ja, wenn keine Mißstände festgestellt wurden, warum entläßt man dann wohl die Zeugen? Den Zeugen und Teilnehmern aus den Reihen der Arbeiter wird jede Entschädigung für den entgangenen Arbeitsverdienst und für die Unkosten der Reise zum Orte und des Aufenthalts am Orte der Verhandlung verweigert. Man begreift nicht recht, was sich die Regierung und die Unternehmer eigentlich von diesen Untersuchungen und der Ausnutzung ihrer Resultate in der Öffentlichkeit versprechen. Nur Idioten können die Resultate ernst nehmen; und wenn schon: die Vergarbeiter sind doch erst recht nicht mit den papiernen Protokollen zufriedenzustellen. Kein Hahn kräht nach den Feststellungen der Untersuchungskommissionen, wenn ein neuer Kampf ausbricht. Wozu also diese Bureaufratscherze? Oder sind es — Diplomatencherze aus Bülow's Rezeptbuch?

Regierung und Parlament wissen nun, wie die Vergarbeiter über Vergarbeiter-schutz denken. Das Vergarbeiterparlament hat sachkundig alle die Fragen durchgesprochen, die im Augenblick dringend sind und der Regelung bedürfen. Die Forderungen der Vergarbeiter bleiben in so engen Grenzen, daß mit ihrer Bewilligung dem Kapitalismus nicht die Haut gerittet würde. Es sind sämtlich Forderungen, die in anderen Ländern, in denen der Kapitalismus blüht und gedeiht, längst als selbstverständlich gelten, längst anerkannt sind. Und doch: wie weit bleiben die Reformvorschlüsse der preussischen Regierung hinter ihnen zurück, wie wenig Aussicht ist vorhanden, daß die Forderungen der Arbeiter erfüllt werden, ja, wie wenig Aussicht ist vorhanden, daß selbst das wenige Gesez wird, was die Regierung den Arbeitern gewähren will!

Der Streik war für die Vergarbeiter ein wirksamer Anschauungsunterricht für die Methoden des wirtschaftlichen Kampfes. Er hat sie nicht nur die Einigkeit gelehrt, er hat sie auch gelehrt, daß sie mit gewerkschaftlichen Mitteln allein gegenüber einem so mächtigen organisierten Kapital gar nichts auszurichten vermögen, daß sie Einfluß auf die Gesetzgebung gewinnen, politisch kämpfen müssen. Die preussische Gesetzgebungsaktion wird sie weiter lehren, daß auch das preussische Parlament nichts für sie übrig hat, daß Preußen mit seinem Dreiklassenparlament und seiner Junkerregierung der Feind des Arbeiterschutzes ist, daß die Arbeiter von all ihrer Einigkeit und all ihrem Fordern nichts haben, wenn sie nicht konsequent weitergehen und dafür sorgen, daß ein Parlament zustande kommt, das entschlossen ist, eine entschiedene Arbeiterpolitik zu treiben. Und da können sie ihre Hoffnung nicht auf Preußen setzen. Im Dreiklassenparlament wird niemals eine auch nur nennenswerte Arbeitervertretung einzulehen und ebensowenig ist zu erwarten, daß dieses Parlament sie sich selber anschafft. Die Hoffnung der Arbeiter kann nur auf ihre eigene Latkraft gerichtet sein.

Die Zerspaltung der Arbeiter hindert sie an der Entfaltung ihrer Kraft, die Einigkeit erst befähigt sie, sich voll zur Geltung zu bringen und die Nachmittel des Staates in den Dienst ihrer Interessen zu stellen. Die Einigkeit aber muß eine so vollständige werden, daß nichts mehr zwischen ihnen steht. Die wirtschaftlichen Interessen der Arbeiter sind untrennbar von ihren politischen Interessen. Wenn der Bergarbeiterkongress angesprochen werden darf als ein Grundstein zur wirtschaftlichen Einigung der Arbeiter, so muß, soll die Einigung dauernden und wirklichen Wert für die Arbeiter haben, auch ihre politische Einigung folgen.

Die Gerichte über Friedensverhandlungen

nehmen eine immer greifbarere Form an. In Petersburg erklärt man sich nicht mehr gegen den Friedensschluß überhaupt, sondern man bestreitet nur noch, Japan — direkt oder indirekt — Friedensvorschläge gemacht zu haben. Man läßt dabei durchblicken, daß man zum Friedensschluß wohl geneigt sei, wenn Japan keine unannehmbaren Bedingungen stelle. Als unannehmbar bezeichnet man in erster Linie eine bare Kriegserklärung. Auch will man angeblich Japan keine territorialen Besitzwerbungen auf dem ostasiatischen Festlande zugestehen.

Es scheint nach alledem, als ob die russische Regierung sich endlich von der Aussichtslosigkeit einer Fortsetzung des Krieges überzeugt habe und ernstlich gewillt sei, in Friedensverhandlungen einzutreten. Vielleicht schweben diese Verhandlungen bereits seit Wochen. Anscheinend sind Frankreich und Amerika in Sachen des Friedens bereits tätig.

Unter diesen Umständen ist die Petersburger Nachricht, daß im April ein

viertes russisches Geschwader

die Reise nach Ostasien antreten werde, von keinerlei Bedeutung. Sie stellt nur noch eine hohle Demonstration dar, wie wahrscheinlich die Entsendung des baltischen Geschwaders überhaupt. Was an der Meldung, ein russisches Geschwader von 30 Kriegsschiffen und 14 Transportdampfern sei 300 Meilen östlich von Madagaskar gesichtet worden, Wahres ist, läßt sich natürlich zurzeit nicht kontrollieren, doch erscheint es uns sehr wenig glaublich, daß Roschdewenski noch im allerletzten Augenblick den heroischen Entschluß gefaßt haben sollte, sich statt mit Heringsbooten mit der japanischen Flotte in ein Gefecht einzulassen.

Vom mandchurischen Kriegsschauplatz

liegt auch heute keine bedeutsamere Meldung vor.

Die Russen sehen ihre Flucht fort und die Japaner rüsten sich in aller Stille auf einen neuen Schlag, der in den nächsten Wochen fallen dürfte, wenn nicht bis dahin Rußland ausreichende Friedensgarantien gewährleistet haben wird.

Die russischen Kriegsverluste

an Toten, Verwundeten und Gefangenen werden in einer Petersburger Berechnung wie folgt zusammenfassend angegeben: Die Armee verlor am Jalu 3000 Mann, bei Wafangou 4000, bei Liaojang 20000, am Schaho 44000, in Port Arthur 55000, am Sunho 15000, bei Mulden 120000, bei Zieling 2000, in kleineren Gefechten und Scharmäßen 10000, insgesamt etwa 280000 Mann. — Die Zahl der aus der Mandchurie evakuierten Kranken wird nach denselben russischen Schätzung mit 100000 wohl nicht zu hoch gegriffen sein, ebenso der Krankenbestand in den Feldlazaretten mit 30000.

Das wäre also ein Gesamtatgang des Heeres von 410000 Mann, ungerechnet die Verluste zur See. —

Politische Uebersicht.

Berlin, den 30. März.

Die Durchpeitschung des Etats und Rheinabfuhr.

Es ist erreicht! Der Etat ist unter Dach und Fach. Ein paar Nischenstücken hat es allerdings gekostet. Die Donnerstags-Sitzung erreichte die seit der Latifzeit unerreichte Länge von neun Stunden und einzigartig sieht es in der Geschichte des deutschen Parlamentarismus da, daß eine Sitzung ausgerechnet abends 8 Uhr, nachdem sie um 11 Uhr begonnen, wegen Beschlussunfähigkeit aufhört. Es handelte sich um die Liebesgaben-Resolutionen der Agrarier auf Streichung der Zollkredite, über deren Verweisung an Kommissionen nach Beendigung der Etatberatungen abgestimmt werden sollte. Aber die Junker sind gegen die Verlängerung des Achtstundentages — soweit es sich um sie selbst handelt. Es waren nur 151 Abgeordnete zur Stelle; das Haus war also beschlussunfähig.

Vor dieser Blamage des Junktertums hatte sich der preussische Finanzjunker v. Rheinbaben, dieser fleischgewordene Affektorismus, eine gründliche Abfuhr geholt. Er beschwor himmelhoch den Reichstag, doch ja die gestrichene Zuschußanleihe wieder herzustellen, da sonst die Einzelstaaten unter der Last der Steuerlast zusammenbrechen würden. Das Beschlagen half Miquels Seelenerben nichts. Nicht einmal eine Antwort wurde dem schöngeistigsten Großsädelmeister zu teil. Stillschweigend hielt das Haus aufrecht, was es in zweiter Lesung beschlossen. Der seltsame Cato drehte sich vor Erstaunen im Grabe um, als er das Zentrum nicht umfallen sah.

In der Sitzung wurden etwa ein Duzend Resortetats erledigt. Beim Reichsamt des Innern suchten der Freisinnsvorder-Mugdan und der nationalliberale Mugdan-Wecker mit negativem Erfolge sich zu rehabilitieren. Abgeordneter Gamp bekannte sich offen als Feind des Koalitionsrechts und bemühte sich, die Sprache des Pferdestalles reichstagsfähig zu machen. Eine große Anzahl unserer Parteigenossen nahmen zu den einzelnen Kapiteln das Wort.

Beim Militärstat wurde der tragische Fall des Leutnants Diez in Mainz behandelt. Genosse Debel geißelte die Mundtotmachung militärischer Kritiker und die eigenartige Disziplinmischung, die in unserem Heeresheer getrieben wird.

Beim Justizetat wurde von den Genossen Stadthagen und Thiele die Zeugniszwangstortur gebührend geißelt, als deren verschämter Verteidiger sich Staatssekretär Nieberding auftrat, und beim Postetat brachte Genosse Singer die eigentümliche Zensur zur Sprache, die die Postverwaltung gegen ausländische Blätter ausübt. Am Freitag wird man zu normaler Zeit mit der Sitzung beginnen. Es stehen namentlich Wahlprüfungen auf der Tagesordnung. —

Preussisches Abgeordnetenhaus.

Das Abgeordnetenhaus nahm am Donnerstag in dritter Lesung den Gesetzentwurf betr. die Schadloshaltung des Hauses Schleswig-Holstein-Sonderburg-Glücksburg und in zweiter Lesung

den Gesetzentwurf betr. die Erhebung von Kirchensteuern in den Kirchengemeinden und Parochialverbänden der evangelischen Landeskirche der älteren Provinzen in der Kommissionsfassung in Verbindung mit einigen Resolutionen an, von denen die eine bestimmt, daß auch Unternehmer und Aktiengesellschaften, deren Arbeiter den Gemeinden große Kirchenlasten verursachen, zur Kirchensteuer herangezogen werden sollen.

Den Schluß der Sitzung bildete die Beratung der Sekundärbahn-Vorlage, die am Sonnabend fortgesetzt wird. Am Freitag fällt die Sitzung aus. —

Herrenhaus.

Das Herrenhaus hat am Donnerstag den Etat mit Ausnahme des Kultusetats beraten. Zu längeren Debatten kam es nur beim Etat des Ministeriums des Innern; die Herren Graf Schlieben und Herzog v. Ratibor kritisierten abfällig das rücksichtslose Fahren mancher Automobilführer, der neue Minister des Innern, Herr v. Bethmann-Hollweg, der bei dieser Gelegenheit seine Jungferntrede hielt, gab den Rednern recht, erklärte aber, daß er sich von Polizeiverordnungen nicht viel verspreche. Ueberhaupt scheint Herr v. Bethmann-Hollweg im Gegensatz zu seinem Vorgänger ein Gegner von Polizeiverordnungen zu sein. Mit Entschiedenheit wandte er sich gegen den Vorschlag einiger Herren, den übermäßigen Alkoholgenuß polizeilich zu bekämpfen. Ein Urteil über den neuen Minister zu fällen, ist jedenfalls verfrüht, aber das eine läßt sich heute schon sagen, daß er in den wenigen Bemerkungen, die er machte, mehr soziales Verständnis an den Tag legte, wie die Hammerstein, v. d. Rede und v. Köller zusammengenommen. Die Alkoholdebatte verdrängte sich schließlich zu einem Beschluß, die Regierung zu ersuchen, Bestimmungen zu treffen, durch welche Kinder unter 14 Jahren in wirksamer Weise gegen die Gefahr der Trunksucht geschützt werden.

Erwähnenswert ist noch, daß der Minister die Idee des Scherischen Sparsystems vorläufig zu den Akten gelegt hat, die Sache gilt als abgeschlossen, falls nicht die Sparkassen selbst mit Anträgen an ihn herantreten.

Freitag: Kultusetat und Kanalvorlage! —

Plöbliche Handelsinteressen.

Die neue Handelspolitik des Deutschen Reiches richtet sich gegen die deutsche Exportpolitik. Der preussische Minister v. Rheinbaben hat im Abgeordnetenhaus gleichmütig als die notwendige Wirkung der agrarischen Zuckerzölle zugegeben, daß fortan die Exportindustrie sich Einschränkungen auferlegen müsse.

In Marokko sind die Handelsinteressen plötzlich so gemaltig geworden, daß Deutschland deshalb selbst schwere internationale Konflikte nicht scheut, obwohl ihm außerdem die „offene Tür“ gerade durch den englisch-französischen Vertrag gesichert ist. Während man also der deutschen Exportpolitik durch die Handelsverträge unberechenbaren Schaden sogar mit einer gewissen stolzen Benennung zugefügt hat, legt man plötzlich ungeheuren Wert auf den — im Verhältnis zu den deutschen Gesamtinteressen — völlig verschwindenden Handel mit Marokko.

Im Jahre 1903 betrug die Einfuhr aus Marokko 4 1/2 Millionen, die Ausfuhr 1 1/2 Millionen, insgesamt der Handelsverkehr 6 Millionen Mark, gegenüber einem Gesamt-handelsverkehr von Deutschland in der Höhe von fast 10 000 Millionen. 6 zu 10 000, das ist das Verhältnis unseres Handelsinteresses an Marokko, um dessentwillen wir in europäischer Wirren steuern.

Es gibt keinen drastischeren Beweis für die gemeingefährliche Sinnlosigkeit der deutschen Politik, als diesen Widerspruch zwischen der Preisgabe ungeheurer Exportinteressen durch die Handelsverträge und den aufgeregten, ganz Europa provozierenden Lärm um die lumpigen 1 1/2 Millionen Ausfuhr nach Marokko, die man mit gepanzelter Faust schützen zu wollen praht.

Es ist auch gar nicht wahr, daß Deutschland dieselben Handelsinteressen in Marokko hat wie England und Frankreich. Großbritannien hatte im Jahre 1902 eine Ausfuhr nach Marokko in der Höhe von 25 Millionen Mark und eine Einfuhr von 12 Millionen Mark, insgesamt 37 Millionen. Frankreich hatte eine Ausfuhr von 7 1/2 Millionen und eine Einfuhr von 2 Millionen, zusammen 9 Millionen (ausschließlich des Handelsverkehrs mit Alger, der allein ungefähr die gleiche Summe beträgt.)

Die sinnlose Abenteuerlichkeit des Bülow'schen Marokko-Kummels gewinnt in dem Wilde dieser Zahlen erst ihre ganze Bedeutung.

Um der Zuckerzölle für die Junker willen schreiben wir vergnügt: Fort mit der Exportindustrie — was liegt daran?

Wegen der 1 1/2 Millionen aber, die wir nach Marokko ausführen, suchen wir Handel mit aller Welt.

Solche Weltpolitik ist nicht nur öde, sie ist vollendete Narrerei!

Die Huldigungen des Ränderhauptmanns.

Am 22. Juni 1904, als die Verhandlungen wegen der Befreiung des Millionärs Periblaris aus den Händen des Räubers Kaisuli im Gange waren, schrieb die „Kreuz-Zeitung“:

„Die Wendung, welche die Affäre Periblaris nimmt, kann als ein Vorspiel der Schwierigkeiten betrachtet werden, welche die pénétration pacifique (die friedliche Durchdringung) Marokkos bieten wird. Man kann jene Unterhandlungen mit dem Räuber Kaisuli nicht ohne ein Gefühl der Beschämung und Spott verfolgen. Im Grunde kapituliert nicht nur der Sultan von Marokko sondern Europa und Amerika vor ihm.“

Und acht Tage später schrieb dasselbe Blatt:

„Was den Fall Periblaris betrifft, so beneiden wir die französische Diplomatie um die Lorbeeren nicht, welche sie dabei gewonnen hat. Die schmachvolle Unterwerfung des Sultans Abdul Aziz unter den Rechtspruch eines Räubers zu bekräftigen, ist die erste Kundgebung des französischen Einflusses gewesen!“

Was wird nun die „Kreuzzeitung“ zu dem gesteigerten deutschen Einfluß sagen, der sich in folgendem offiziellen Telegramm offenbart:

Kaisuli sprach den Wunsch aus, dem Kaiser zu huldigen; er erhielt von den Behörden Gewährleistung, daß nichts gegen ihn unternommen werden würde. Kaisuli wird mit großem Gefolge in seiner neuen Eigenschaft als Raub kommen.

Ob „Raib“ arabisch ist oder zu der auch dort landesüblichen Schloß-Sprache gehört, wissen wir nicht.

Bei unserer Unkenntnis des Schloßhaischen (auch Schalhä genannt) vermuten wir, daß „Raib“ auf deutsch entweder Räuberhauptmann oder Generalfeldmarschall oder Fürst heißt.

Ausland.

Bauernunruhen in Rußland.

Dachmut (Gouvernement Jelaterinostaw), 30. März. Unter den Bauern in Caseno macht sich eine Bewegung gegen die deutschen

Anfiedler bemerkbar. Die Bauern drohen, ihnen ihre Ländereien fortzunehmen, wenn sie sie nicht gutwillig hergeben. Gestern nacht sind elft Kosaken hingeschickt worden, und die Behörden haben sich an den Ort des Ereignisses begeben.

Niederlande.

Haag, 30. März. Zweite Kammer. In Beantwortung einer Interpellation des Sozialisten van Kol über die Verweigerung des Rücktritts des Ministers des Auswärtigen Baron van Lynden und über die Stellung des ehemaligen Gesandten in Konstantinopel von Weckerlin im Ministerium erklärte Premierminister Dr. Kuyper, der Ministerrat habe gelegentlich einiger politischer Geschehnisse, welche die internationalen Beziehungen betrafen, van Lynden gebeten, sich die Mitarbeit eines erfahrenen Diplomaten zu sichern. Darauf habe van Lynden persönlich von Weckerlin aufgefordert, seine Kraft zur Verfügung zu stellen. Was Transbaal anlangt, bestritt der Premierminister, im Jahre 1902 mit der englischen Regierung eine Auseinandersetzung gehabt zu haben. Er habe niemals mit dem Auslande Verhandlungen gepflogen und habe auch niemals über einen engeren Zusammenhluß der Niederlande und Belgiens mit Deutschland irgend einen Meinungsaustrausch gehabt. Auf die Anfrage betreffend Japan zu antworten verbiete ihm das Staatsinteresse. Zum Schluß erklärt Dr. Kuyper in aller Form, er werde das Portefeuille der auswärtigen Angelegenheiten nicht annehmen. —

Parlamentarisches.

Wahlprüfungskommission. Bei der Nachwahl im Wahlkreis Schaumburg-Lippe-Bückeburg erhielten Stimmen: Dr. Brunsermann (L.) 3584, Dr. Hans Krüger (fr.) 1458, Klüngenbogen (Soz.) 2192; bei der Stichwahl Brunsermann 4517, Klüngenbogen 2857. Ein Wahlprotest der Freisinnigen beantragt Ungültigkeitserklärung der Wahl, weil der Landrat v. Dheimb-Selphen in einer Wählerversammlung, nach einem Bericht der Schaumburg-Lippeschen „Landeszeitung“, gesagt habe, er habe einen Brief erhalten, in dem ihm mitgeteilt werde, der Kandidat Krüger habe, als er in Wiesbaden kandidiert habe, von Kriegervereinen als von Kriegervereinen gesprochen und fügte hinzu, da in Schaumburg-Lippe das Kriegervereinstwesen so sehr blühe, dürfe nicht verschwiegen werden, daß Krüger sich in so verächtlicher Weise über alle Krieger und ihre Vereine ausgesprochen habe. Trotz eingehender Berichtigungen — nicht Krüger, sondern Dr. Müller-Sagan habe sich so ausgesprochen — habe weder die „Landeszeitung“ noch der Landrat die über Krüger ausgesprochene Unwahrheit widerrufen. Die Mehrheit der Kommission erklärte diese Protestangaben für unbeachtlich, weil in dem Protest keine Zeugen angegeben und die betreffende Zeitung nicht als Beweismaterial beigegeben sei, sie erklärte daher die Wahl für gültig.

Ferner wurde die Wahl des Abg. Mereten, (freis.) im Wahlkreis für Jerichow I. und II. (Regierungs-Bezirk Magdeburg) einstimmig für gültig erklärt, weil der vorliegende Protest nicht genügend substantiiert war.

Partei-Nachrichten.

Freisinnige Tatenmeldungen.

Freisinnige Blätter berichten, daß der Ehrenrat der Anwaltskammer zu Marienwerder den Danziger Rechtsanwalt Westphal zu einer hohen Geldstrafe verurteilt habe, weil er sich in aufständiger und herausfordernder Weise an sozialdemokratischen Agitationen beteiligt habe. Diese Nachricht ist unklar, entspricht aber dem Wunsch der dunklen Ehrenmänner, welche sie verfaßt haben. Der Rechtsanwalt Westphal ist allerdings vor den Ehrenrat zitiert worden. Er ist aber nicht zu einer Geldstrafe verurteilt worden, sondern es ist ihm ein leiser Tadel ausgesprochen worden, weil er einem Gastwirt in Marienwerder gegenüber, von dem er den Saal zu einem juristischen Vortrag mieten wollte, nicht deutlich genug seine sozialdemokratische Gesinnung betont haben soll, und weil er in einer Berichtigung, die er den „Danziger Neuesten Nachrichten“ eingesandt hatte, die Polizei mit kräftigen Worten angefaßt hat. Im übrigen wurde er freigesprochen, insbesondere von dem Vorwurfe, als Verteidiger eines Marienburger Streikenden zu Gewalttätigkeiten angereizt zu haben. Der aus dem Streit bekannte Antreiber Olsenroth, der ihn deswegen demunziert hatte, mußte es erleben, daß der Staatsanwalt selbst diese Demunziation als völlig unbegründet preisgab.

Das Schiller-Gedenkbuch, das von der Buchhandlung Vorwärts herausgegeben ist, wird nunmehr nachgedruckt. Wir bitten die Parteigenossen, die noch Bedarf haben, ihre Bestellung umgehend aufzugeben. Der Preis für das in braunem Ton auf gutem Papier gedruckte Blatt beträgt 20 Pf. Wiederverkäufer erhalten Rabatt.

Bergarbeiter-Delegiertentag für Preußen.

(Schluß aus der 2. Beilage.)

Sodann liegt folgende Resolution vor, die von Que (L. B.), Köfer (Christl.), Hammanner (D. D.), Breitenbach (Christl. - Soz.) und Regulski (Pole) unterzeichnet ist. Sie lautet:

„Der preussische Bergarbeiterkongress spricht die bestimmte Erwartung aus, daß, wenn der Landtag den wohlbegründeten Forderungen der Bergarbeiter nicht gebührend Rechnung trägt, dann der Reichstag unverzüglich die reichsgesetzliche Regelung des gesamten Bergwesens und der Bergarbeiterverhältnisse in Angriff nimmt. Die Notwendigkeit eines einheitlichen deutschen Berggesetzes ist bekanntlich längst von unseren hervorragenden Bergrechtsexperten betont worden. Wir wünschen auch, daß die Frage des Eigentums bezw. der Rignierung von den Mineralien reichsgesetzlich im Sinne der Forderung des Allgemeinwohls geregelt, damit der gemeinschaftlichen Machtentfaltung privater Interessengruppen im Bergbau ein Niegel vorgeschoben wird. Ferner spricht der Bergarbeiterkongress gleich anderen deutschen Arbeiterkongressen den dringenden Wunsch aus, die Reichsregierung und der Reichstag möchten baldmöglichst Gesetze schaffen, welche den Berufsorganisationen Korporationsrechte gewähren, die veralteten Vereinsrechtsregeln beseitigen und für die legale Vertretung der Arbeiterinteressen Institutionen ins Leben rufen, wie sie in den Handels-, Landwirtschafts- und Handwerksvereinen schon für die Wahrung der Interessen der anderen Erwerbstätigen bestehen.“

Diese Resolution wird debattelos einstimmig angenommen. Es folgt ein Antrag auf der Straßburg-Redinghausen (L. B.): Der Bergarbeiterkongress erklärt: Die vorliegenden Ergebnisse der Hechen-Untersuchungen können nicht als ein Beweis für die Verhältnisse auf den Gruben bewertet werden.

In Rücksicht auf die Art der Untersuchungsfrage, nach welcher ein Aufdecken der tatsächlich vorhandenen Verhältnisse als ausgeschlossen gelten muß, und weil ferner mehrfach Kommissionsmitglieder und Zeugen gemahngelt wurden und demzufolge die Arbeiter sich scheuen, die Wahrheit zu bekunden, den Zeugnissen und Zeugen keinerlei Vergütung für ausgefallenen Arbeitsdienst gezahlt wird, beschließt der Bergarbeiterkongress:

Die Arbeitervertreter anzusprechen, nicht mehr an den Untersuchungen teilzunehmen, und zwar so lange nicht, bis genügende Garantien gegeben sind, daß durch die Untersuchungen die Wahrheit zutage gefördert werden kann.

Der Antragsteller verliest unter wachsender Empörung der Versammlung eine lange Liste von Maßregelungen von Mitgliedern der Untersuchungskommissionen.

Häsel-Saarreiter (Christl.) beantragt, statt des letzten Abschnittes zu setzen: fordert der Vergarbeitsrat die k. k. Regierung auf, die von der Siebener-Kommission gemachten Vorschläge bei den Untersuchungen zu berücksichtigen und die Untersuchungskommissionen-Mitglieder und Zeugen gegen Maßregelungen zu schützen.

Unter Ablehnung des Abänderungsantrages Häsel wird der Antrag angenommen.
Es folgt zum Schluss ein Antrag Bartels-Vochum (A. B.):
„Die Verhandlungen des Kongresses haben aufs neue belehrt, daß auch für die Zukunft die verschiedenen Vergarbeits-Organisationen — zur Wahrung und Förderung ihrer gemeinschaftlichen Interessen — in enger Fühlung stehen müssen. In Anbetracht dessen beschließt der Vergarbeitsrat, daß die bisher bestehende Siebener-Kommission des Ruhrreviers dahin erweitert wird, daß in ihrer Zusammenfassung die organisierten Vergarbeiter ganz Preußens vertreten sind. Die Stärke der Kommission hängt von der Mitgliederzahl der einzelnen Gewerkschaften ab, die die Abordnung zur Kommission proportional verteilt auf die einzelnen Organisationen zu erfolgen hat.“

Vochum (A. B.) beantragt, in der Resolution Bartels statt Preußen Deutschland zu setzen.
Steffens-Margloh (Christl.) begründet den von ihm eingebrachten Unterantrag, den letzten Satz der Resolution Bartels durch die Bestimmung zu ersetzen: Daß zu der Siebener-Kommission je ein Mitglied der in ihr noch nicht vertretenen Organisationen zugeordnet werde. Es sei am besten, die Siebener-Kommission in der bisherigen Form bestehen zu lassen, denn eine Erweiterung ihrer Befugnisse könnte bei den Mitgliedern einzelner Verbände Bedenken erwecken.

Köster-Essen (Christl.): Ich kann dem Antrage Bartels nicht zustimmen, über die in ihm behandelte Frage haben nur die Organisationen zu entscheiden und nicht der Vergarbeitsrat. Mit der Siebener-Kommission haben wir hier aus dem Kongresse überhaupt nichts zu tun, unsere Tagung ist von einzelnen Verbänden einberufen worden. Vor der Siebener-Kommission kommen die einzelnen Verbände; ihnen müssen wir es überlassen, ihre Vertreter zu wählen für die Siebener-Kommission, die dann ruhig fortbestehen kann. (Lebhafte Bravo bei den Christlichen.)

Que-Essen (A. B.): Der Antrag Bartels ist aus dem berechtigten Empfinden heraus gestellt, daß diese großartig verlaufene Versammlung nicht ohne Nachwirkung bleiben soll. (Sehr gut! beim A. B.) Wir haben die Empfindung, daß jetzt die höchste Zeit ist, damit die Vergarbeiter in ganz Deutschland in ständiger Fühlung zur notwendigen Abwehr der Unternehmervillkür zusammenhalten. Wenn wir dem Grundgedanken von Bartels zustimmen, könnten wir vielleicht unter Zurückziehung des Antrages das Bureau beauftragen, einen Zweigverband, einen Kartellvertrag der einzelnen Organisationen zustande zu bringen, durch den alle sich verpflichtet fühlen, im Falle der Not einander gegenüber dem Unternehmertum zu unterstützen.

Ein solcher Vorschlag würde der Stimmung der Delegierten-Schaft durchaus entsprechen. (Lebhafte Beifall beim alten Verbände.) Wir wollen sein ein einzig Volk von Brüdern, nicht nur für diesen Kongress, sondern für alle Zeit. (Erneuter Beifall.)

Vorsitzender Effert: Die Siebener-Kommission war ursprünglich nur für den Streik im Ruhrrevier bestimmt, aber wir haben der Anregung, sie weiter bestehen zu lassen, freudig zugestimmt (Bravo!), nur erkläre ich ihre Aufgabe nicht darin, worin sie der Antrag Bartels sieht. Nach unserer Meinung soll sie die Gefahren, die den Vergarbeitsrat drohen, aufmerksam beobachten, sich in gegenseitiger Kollegialität darüber aussprechen und dann die einzelnen Verbände verständigen. (Zustimmung beim A. B.) Die Siebener-Kommission hat niemals mehr Vollmacht gehabt, als zum gemeinsamen Besprechen der verschiedenen Angelegenheiten. (Sehr richtig! auch beim A. B.) Sie hatte keine Entscheidungen zu treffen, keine eigenmächtigen Schritte zu tun, sondern nur die gegenseitige Fühlung aufrecht zu erhalten, damit nicht das gemeinsame Empfinden wieder verloren geht. (Allgemeines Bravo!) Wenn aber die Gefahr entsteht, daß sie schließlich eine Führerschaft gegenüber den Verbandsvorständen beansprucht, so müssen wir ganz entschieden davor warnen. Bei Fragen allgemeiner Natur sind wir natürlich gern bereit, andere Vertreter etwa vom Verband oder vom Siegerländer Verband, zur gegenseitigen Hilfe zuzugreifen. Aber als eine Art Kontrolle oder Kontrollkommission können wir sie nicht anerkennen. Aus diesem Grunde bitte ich, so sehr ich die Einigkeit hochhalten wünsche und so sehr es mir schmeichelt, daß ich Mitglied der Siebener-Kommission bin, den Antrag Bartels abzulehnen. (Weiterer Beifall bei den Christlichen.)

Köster-Essen (Christl.) erklärt sich bereit, der Ueberweisung des Antrages Bartels als Material an das Bureau zuzustimmen.

Vorsitzender Sachse: Ich halte es für besser, wenn wir etwas Festes in der Hand haben; denn sonst entspinnen sich im Bureau dieselben Auseinandersetzungen und wir kommen auch dort nicht zur Einigkeit. Die Vertreter der hauptsächlichsten Organisationen und Vorstände sind ja hier anwesend. (Widerspruch und Unruhe.) Wir müssen versuchen, heute weiter zusammen zu kommen. Natürlich soll die Siebener-Kommission, wie sie es auch bisher stets getan hat, im Einverständnis mit den Verbandsvorständen Stellung nehmen. Aber das preussische Abgeordnetenhaus könnte sehr leicht die Vergarbeits-Kommission erheblich abändern und das Knappschafts-Gesetz könnte daselbe Schicksal haben. Dann hätten wir wieder Veranlassung zu einer derartigen Konferenz. Darum soll die Kommission aus anderen Revieren ergänzt werden und sich über alle Fragen verständigen können. Das würde die Organisation nicht schädigen, sondern nur im Sinne der Allgemeinheit den Schlüssel zu unserer glänzenden verlaufenen Tagung setzen. (Lebhafte Beifall beim A. B.)

Vorsitzender Effert: Die Ausführungen Sachses machten ja geradezu den Anschein, als ob wir jetzt nicht einig sind. (Oh! beim A. B.) Er wollte etwas Sicheres in der Hand haben. Aber bis jetzt sind wir doch einig geworden, sind in schönster Einigkeit, auch ohne weitere Kommission nach Berlin gekommen und irgend ein Grund zu dem Antrage liegt, so weit ich sehen kann, nicht vor. Ich bin dem Vorstand gegenüber verantwortlich und kann mich nicht ohne einen neuen Beschluß von ihm weiter binden. Für mich kommt der Verband zuerst, weil er auch der Öffentlichkeit gegenüber die ganze Verantwortung hat. Ich wünsche die Einigkeit und werde sie nicht stören, aber ich kann keine bestimmten Beschlüsse fassen lassen. (Sehr gut! bei den Christlichen.) Wenn ich das ohne Vorstandsbefehl auf mich nehme, würde ich gegen das Statut handeln, das kann man mir nicht zumuten, das werde ich nicht. (Sehr richtig! auch beim alten Verband.)

Bartels-Vochum (A. B.): Wenn ich meinen Antrag zurückziehe, geschieht es nicht, weil ich Effert zustimme, sondern weil ich in der Anregung von Que und Sachse die Möglichkeit sehe, ihn auf Deutschland auszudehnen.

Vorsitzender Effert: Ich muß als Vorsitzender bemerken, daß ich über diese Anträge eine Abstimmung nicht zu lassen werde. (Unruhe und Widerspruch beim alten Verband.) Sie können nicht über etwas entscheiden, was ich nicht zugeben kann. Wir sind doch bis jetzt einig gewesen, dergleichen ist doch bis jetzt nicht vorgekommen. Mit einer Ergänzung der Kommission durch Kooptierung bin ich gern einverstanden, aber bitten Sie uns nicht zu, was wir nicht können. Ich will gern zustimmen, daß wenn allgemeine Fragen beraten werden, ja der Verband, der noch nicht vertreten ist, hinzugezogen wird. (Lebhafte Zustimmung beim alten Verband.)

Vorsitzender Sachse zieht seinen Antrag zurück.

Que-Essen (A. B.): Nachdem die beiden formulierten Anträge zurückgezogen sind und von allen der Meinung Ausdruck gegeben ist, daß es möglich sei, durch Kooptierung die noch nicht vertretenen Verbände in die Siebener-Kommission zu bringen, oder Vertreter der Verbände in anderen besonderen Kommissionen zusammen zu bringen, nachdem also der Grundgedanke unserer Anregung der Berücksichtigung sicher ist, bedarf es wohl keiner weiteren Abstimmung. (Sehr richtig!) Die Vergarbeiter werden ohnehin aus dieser Tagung die Mahnung zur Einigkeit entnehmen, und so gelobe sich jeder Delegierte an seinem Teil mitzuarbeiten, daß die Einigkeit zustande kommt. (Lebhafte allseitiger Beifall.)

Vorsitzender Effert: Damit ist diese Sache vollständig erledigt. Wir stehen am Schluß der Tagung.

Vorsitzender Sachse (A. B.): Wenn wir die Verhandlungen, die wir in diesen drei Tagen gepflogen haben, vor unserem geistigen Auge vorüberziehen lassen, können wir nur die lebhafteste Begeisterung empfinden. Wir haben in unserer Tagesordnung nicht nur die hauptsächlichsten und wichtigsten Fragen getroffen, die die Vergarbeitschaft berühren, sondern wir waren auch mit entscheidenden Abmachungen überall einmütig einerlei Meinung. Werte Kameraden, hochgeehrte Gäste, das ist der wichtigste Punkt unserer Verhandlungen, der unbedingt hervorzuheben werden muß, und jeden erlichen Freund der Arbeiterbewegung mit ehrlicher Freude befehlen muß. (Lebhafte Zustimmung.) Ihnen (zu den Christlichen) ist es jedenfalls genau so gegangen wie uns. Wir sind zu dem Delegiertentag gezogen, besorgt darum, ob er auch wirklich den Eindruck schöner Einmütigkeit machen werde, den wir haben mußten, um auf die Regierung und die reaktionären Parteien, die uns im Landtage entgegenstehen, einzuwirken. Wir haben einmütige Beschlüsse gefaßt, bei denen keiner in seinen Ideen und Anschauungen verletzt beiseite geschoben worden ist. Gestützt auf diese Tatsachen können wir wohl die Hoffnung aussprechen, daß auch ohne den festen Beschluß, der vorhin beantragt worden ist, wir einig sein werden, daß es auch weiterhin so bleiben wird, daß, wenn die Vergarbeitsratern uns zu nahe treten, wenn die Vergarbeitsratern den Fortschritt der Arbeiter hemmen wollen, der ihnen gebührt, daß wir dann genau so einmütig zusammenstehen, wie wir diesmal hier zusammengekommen sind.

Rügen hier und da Differenzen vorhanden sein, dann marschieren wir draußen getrennt, aber gegenüber dem Großkapital sind wir auf alle Fälle einig. In dieser Hinsicht auf die Einigkeit der deutschen Vergarbeitsbewegung rufe ich Ihnen ein dreifaches Glück zu! (Lebhafte Beifall.)

Generalsekretär des Verbandes der Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften Klauon: Meine Herren, der Einladung zu diesem Kongress habe ich Folge geleistet; ich hatte nicht Gelegenheit, in die Debatte einzugreifen, das war auch nicht notwendig. Eins aber freut mich auch mich am Schluß Ihrer Tagung aussprechen zu können, das ist die Einigkeit und die Verständigung, die in jeder Frage erzielt worden ist. Auch ich glaube und hoffe für die Zukunft, daß die deutschen Vergarbeiter in diesen zwingenden großen Fragen stets einig sein und bleiben werden. Dann werden wir in kameradschaftlicher Weise zusammen arbeiten und werden endlich dem Ziele zustreben, der bahnbrechenden Besserung der Verhältnisse der Vergarbeiter, derjenigen Kategorie von Arbeitern, die die schwerste Arbeit hat. (Lebhafte Beifall.)

Vorsitzender Effert: Ich kann offen gestehen, daß die Ruhe und Ordnung die Führung der Geschäfte wesentlich erleichtert hat. Ich danke vor allem auch den Kameraden des Verbandes, die dem Worte, das Köster und ich gesprochen haben, daß die Einigkeit in Ehren bleiben soll, Folge geleistet haben. (Beifall.) Ferner danke ich den sämtlichen Gästen, die hier anwesend gewesen sind, mögen sie aus Berlin, mögen sie anderswo hergekommen sein. Dann danke ich der Generalgewerkschaftskommission für das Entgegenkommen, das sie uns gewährt hat, und für die Mühe, die sie mit den Vorbereitungen gehabt hat. (Beifall.) Der erste allgemeine preussische Vergarbeitsrat hat eine derartige Mahnung, eine derartige Klarstellung, ein derartiger Aufruf über die Vergarbeitsverhältnisse gegeben, daß er nirgend ungehört verhallen wird. (Beifall.) Die öffentliche Meinung hat endlich einmal gründlich erfahren, was den Vergarbeitsrat so sehr drückt. Ich glaube annehmen zu können, daß die Reden der preussischen Vergarbeitsrat, die hier in einer Stärke von einer halben Million vertreten sind, auch bei der Regierung und den Parlamenten nicht ungehört verhallen werden. Wenn wir uns auch keinen allzu hohen Hoffnungen hingeben, so wollen wir doch hoffen, daß wir mit dem Material, das wir vorgeführt haben, auch Anregungen gegeben sind, die Gesetzesvorlage zu verbessern.

Werte Kollegen! Kommen Sie in die Heimat, der eine fährt nach dem Osten, der andere nach Westen, dann erzählen Sie den Kollegen, daß wir einmütig getagt haben, erzählen Sie, daß wir uns das Manneswort gegeben haben, daß wir wirtschaftlich, wenn auch sonst Prinzipien und trennen, ein einzig Volk von Vergarbeitern sein wollen. (Lebhafte Beifall.) Mit diesem Wunsche und mit einem Hoch auf alle diejenigen, die zum Gelingen unseres Kongresses beigetragen haben, möchte ich den Kongress schließen. Alle die Teilnehmer des Kongresses ohne Rang und Unterschied, sie sollen leben hoch! hoch! hoch! (Die Versammlung stimmt mit einem dreimaligen Hochruf ein.) Ich schliesse damit den ersten preussischen Vergarbeitsrat.

Die Versammlung scheidet vor dem Auseinandergehen noch das Vergarbeitslied „Glück auf, Kameraden, durch Nacht zum Licht“.

Schluß 7 Uhr.

Kommunales.

Stadtverordneten-Versammlung.

14. Sitzung vom Donnerstag, den 30. März, nachmittags 5 Uhr.

Der Vorsitzende Dr. Langerhaus eröffnet die Sitzung gegen 5 1/2 Uhr.

Stadt. Abilmann (Fr. Fr.) berichtet über die Vorlagen betr. die Festlegung von Grundstücksgrenzen für das Griebensowischen Erben gehörige Gelände westlich der Schönhauser Allee zwischen der Vornholmerstraße und der Weichbildgrenze mit Panlow in Abt. XI B. 21. und für die neuen Straßen 14b, 14c, 14d, 20d, 18c, 18d und 18e, Abt. XII B. 21. (Prenzlauer Allee).

Der eingesehene Ausschuss hat die Vorlage mit einer Resolution angenommen, wonach der Magistrat ersucht werden soll, die Erweiterung eines Schulgrundstückes auf den Terrain der Aktiengesellschaft Prenzlauer Allee baldigst vorzunehmen.

Stadt. Borgmann (Soz.): Den Interessen der Grundbesitzer wird durch die Ausschussanträge vollaus entgegengekommen; ihnen zuliebe wird hier an der Peripherie der Bebauungsplan vollständig umgeworfen. Der Stadt wird nur auf dem Terrain an der Schönhauser Allee ein Schulgrundstück angeboten. Unsere Bedenken bezüglich des Baugrundes desselben sind ja durch die Ausschussberathungen einigermassen behoben. Der Terraingesellschaft, die sich mit der Erschließung des anderen Geländes befaßt, hat man städtischerseits nicht einmal einen Beitrag zu den Kosten für die notwendigen Brückenbauten über den Nordring auferlegt. In Wirklichkeit wird hier bloß eine Rollage der Stadt gegen sie ausgenutzt, nämlich die Notwendigkeit der Ausführung des Radialsystems XI der Kanalisation. Wir brauchen uns von einer solchen

Terraingesellschaft

nicht Dammgräben anlegen zu lassen. Wir beantragen deshalb, die Vorlage, welche das Terrain der Aktiengesellschaft Prenzlauer Allee betrifft, an den Ausschuss zurückzuerweisen.

Bürgermeister Dr. Reide: Herr Borgmann empfiehlt uns doch bedenklige Mittel, um ein gutes Geschäft zu machen; der Vorwurf des Mißbrauchs einer Rollage würde sich leicht gegen uns selber richten.

Stadt. Krause: Ein Bebauungsplan für dieses Terrain besteht nicht, es hat ein ganz neuer ausgearbeitet werden müssen. Die Sache schwebt schon drei Jahre. Wegen den Bebauungsplan der Prenzlauer Allee hat die Gesellschaft Widerspruch erhoben (Hörli hört!), will diesen aber zurückziehen, wenn noch einige weitere Straßen aufgenommen werden. Dem haben wir durch unsere Vorlage entsprochen. Für die Heranziehung der Interessenten zu Brückenbaukosten bietet das Gesetz keine Handhabe.

Stadt. Raft (A. L.) warnt ebenfalls vor weiterer Verschleppung der Sache.

Stadt. Borgmann: Das Interesse der Stadt ist durch die Vorlage nicht genügend gewahrt. Das neue Wohnungsrecht existiert ja noch gar nicht, kann uns also nicht binden. Einen Zwang kann niemand auf die Stadt ausüben; daß von den Bögowischen Erben,

die ihr Ackerland ohne ihr eigenes Zutun zu Millionären gemacht hat, nichts zu erwarten ist, wissen wir auch. Wozu sollen wir unsere Trümmer vorzeitig aus der Hand geben?

Stadt. Gronowald (A. L.) tritt für die Ausschussvorschläge ein. Unter Ablehnung des Antrages Borgmann gelangen die Ausschussanträge zur Annahme.

Die notwendige Erhöhung der Leistungsfähigkeit der städtischen Gaswerke bedingt Bauausführungen in den Anlagen und am Köpferstein, deren Kosten für 1905 auf 4 331 500 Mark veranschlagt werden.

Die Vorlage wird ohne Debatte angenommen.

Die Auswahl der im Etatsjahre 1905 neu bezug zu pflichtenden Straßen und Plätze wird gemäß den Vorschlägen des Pflasterausschusses festgesetzt.

Mit der Anstellung eines vierten beamteten Vorstandsmitgliedes an der Landesversicherungsanstalt Berlin mit dem Gehalte der Magistratsräte (4600 bis 7500 M.) hat der niedergelegte Ausschuss sich unter der Voraussetzung einverstanden erklärt, daß die Zahl der dem Vorstand angehörigenden Vertreter der Arbeitgeber und der Versicherten auf je 3 erhöht wird. Die Versammlung tritt dem Ausschussvorschlag ohne Debatte bei.

In der Benutzung der Waisenanstalt zu Rummelsburg plant der Magistrat eine Aenderung. Es soll dort ein Säuglingsheim, ein Siechenhaus und ein Tuberkuloseheim für Kinder untergebracht werden. Den Platz dafür denkt man dadurch zu gewinnen, daß die völlig verwaisenen Knaben von nun ab in

Kostpflege

gegeben werden sollen. Mit dem Umbau des Schulgebäudes zum Siechenhaus und mit der Errichtung eines Tuberkuloseheims soll sich die Versammlung prinzipiell einverstanden erklären.

Stadt. Dr. Bernheim (Soz.): Es handelt sich hier zunächst um die Kranken Säuglinge, deren Pflege ein integrierender Bestandteil der Säuglingsfürsorge ist. Dann kommen die siechen Säuglinge in Betracht, für die wir durchaus ein eigenes Siechenhaus gebrauchen. Ein glücklicher Gedanke ist auch die beschriebene Anlage eines Tuberkuloseheims in schöner, reiner Luft, dicht am See. Das nimmere aber die Anstaltspflege aufgehoben werden soll, diese Seite der Medaille hat man uns im Ausschuss nicht präsentiert, sonst wäre unsere Stellungnahme wohl erheblich modifiziert worden. Die Anstaltspflege braucht in Rummelsburg durchaus nicht eingeschränkt zu werden, auch wenn man diese Pavillons dort baut. Das Terrain hat 60 Hektar, ist also 14mal so groß wie der Dönhofsplatz. Für die Vorzüge der Anstaltspflege kann ich mich auf den Magistrat selbst, auf Herrn Stadtrat Straßmann berufen. Nach einer Inspektion des Magdalensheims haben wir beide die Resultate der dortigen Erziehung als vorzüglich bezeichnet. Dort sieht ein Pädagoge an der Spitze. Will man wirklich den mecklenburger Bauern mit dem Lohndreher diesem Pädagogen an die Seite stellen, wie es die Vorlage tut, indem sie die Anstaltsresultate als solche erklärt, die diejenigen der Privatpflege keineswegs übertreffen? Die in Rummelsburg noch vorhandenen Mängel, z. B. im Schulwesen, muß man abzustellen versuchen. Wir beantragen die Vertiefung der Vorlage an einen Ausschuss von 15 Mitgliedern.

Die Versammlung beschließt demgemäß.

Die auf Grund eines Versammlungsbeschlusses wegen Umgemeindung des bebauten Teils der Hasenheide und eventuell des

Tempelhofer Feldes

vom Magistrat beim Oberpräsidenten und Minister getanen Schritte haben einen lediglich negativen Erfolg gehabt.

Stadt. Borgmann: Die Sache hat jetzt natürlich den vorausgehenden Verlauf genommen, denn die Stadtgemeinde hat eben den richtigen Zeitpunkt verpaßt. Trotzdem möchte ich den Magistrat doch ersuchen, die Sache unausgesetzt im Auge zu behalten, denn die Auffassung des Ministers kann unmöglich dauernd Geltung behalten. Der Minister begründet seine ablehnende Haltung bezüglich der Eingemeindung des Tempelhofer Feldes damit, daß der jetzige Zustand zu Verschärfen nicht geführt habe. Die großen Kasernenbauten da draußen hätten aber ohne Erlaubnis der Stadt bezüglich der Entwässerung durch die Berliner Kanalisation gar nicht errichtet werden können. Bei den großen Festivals und Paraden rückt die Säugmannschaft hinaus und hält dort die sogenannte Ordnung aufrecht. Das geschieht auch auf Kosten der Berliner Steuerzahler. Man schiebt ja die Berliner Polizei und die Beamten der Kriminalpolizei sogar nach dem

Ruhgebiet

nach Kiel usw., alles auf Kosten der Berliner Bürgerschaft. Wir wollen also nicht, daß diese Eingemeindungsfrage ins Stoden gerät. Herr v. Hammerstein hat das Zeilliche gesegnet; hoffentlich entwickelt der neue Herr etwas mehr Einsicht, da er doch von den Dingen als bisheriger Oberpräsident von Brandenburg mehr versteht als sein vom Elch zu und gekommener Vorgänger.

Stadt. Esmann (Fr. Fr.) unterstützt die Forderung des Vorredners.

Stadt. Kreiling (A. L.): Ich habe alle diese Beschwerden im Landtage bei der Erörterung zur Sprache gebracht. Wir bezahlen schon jetzt 5 Millionen Mark Polizeikosten. Am Südrande des Tempelhofer Feldes soll ein neuer Kasernenbau entstehen; hier wäre eventuell vom Magistrat mit Rücksicht auf die Entwässerungsfrage der Hebel anzusetzen.

Die Versammlung nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

Die Wahlprüfung Herzberg, die im Ausschusse mit der Kassierung (mit 5 gegen 3 Stimmen) geendet hat, wird, da der Referent Dr. Liebnecht durch Berufsgeschäfte verhindert ist, von der heutigen Tagesordnung abgesetzt.

Schluß gegen 1/8 Uhr.

Gewerkchaftliches.

Berlin und Umgegend.

Abteilungsstreik in der Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft. Gestern mittag sind auf dem Wert Voltastraße der A. E. G. etwa 200 Arbeiter des Maschinenlagers in den Ausstand getreten. Vor ungefähr zehn Tagen hatten diese Arbeiter eine Neuregelung ihres Lohns beantragt, die der Aufsichtshaus auf 35 Pf. pro Stunde bemessen werden möge, steigend nach den ersten drei Monaten und dann von Jahr zu Jahr um 2 1/2 Pf., so daß für Arbeiter, die sieben Jahre im Betriebe beschäftigt sind, der Höchstsatz von 55 Pf. pro Stunde zu zahlen wäre. Bislang betrug der Anfangslohn 32 1/2 Pf. Höhere Lohnsätze wurden nach Verleihen des Abteilungschefs je nach der „Würdigkeit“ des betreffenden Arbeiters gezahlt. Da bei einem solchen System einseitige Bevorzugungen und Zurücksetzungen an der Tagesordnung waren, so wurden sich die Arbeiter schlüssig, auf eine vernünftige Aenderung dieser Zustände zu dringen. Sie forderten gleichzeitig, daß Ueberstunden möglichst zu vermeiden seien, jedoch wenn solche notwendig seien, mit 10 Pf. Zuschlag vergütet würden. Die Direktion hat bisher jedes Entgegenkommen abgelehnt. Als auch gestern die Lohnkommission abschlägig beschieden wurde, legten sämtliche Arbeiter dieser Abteilung die Arbeit nieder. Die große Mehrzahl von ihnen ist im Transportarbeiter-Verbande organisiert. Am heutigen Freitag soll die Lohnkommission unter Assistenz des Arbeiterausschusses nochmals um Verhandlungen nachsuchen.

Die Schildermaler hielten am Mittwoch eine zahlreich besuchte Protestversammlung ab. Den Anlaß gaben die Behauptungen in einem Situationsbericht der „Arbeitgeber-Zeitung“ vom 25. März. Darin wurde freilich gesagt, die Streikenden selber seien entrückt über das Vorgehen der Streikleitung, welche sie unüberlegt in den Streik getrieben hätte, so daß die Ausständigen auf eine Unterstützung durch die allgemeine Arbeiterschaft nicht rechnen könnten. Wiesbach verlas den Bericht der „Arbeitgeber-Zeitung“ und kritisierte ihn scharf unter allgemeiner Zustimmung, indem er die einzelnen Behauptungen des feindlichen Blattes als unwahr nachwies. Einmütig nahm die Versammlung dazu folgende Resolution an:

Die Versammlung, in der insbesondere die Streikenden tollkühn erschienen sind, spricht gegenüber den Unwahrheiten der „Arbeitgeber-Zeitung“ ihre Enttäuschung aus. Es ist wahr, daß die Streikenden enttäuscht seien über das Vorgehen der Streikleitung, und es ist unwahr, daß die Streikleitung unüberlegt und übereilt den Streik veranlaßt haben soll. Der Streik ist vielmehr von den Streikenden selbst vorher nachgelegt und wie die Situation zeigt, praktisch und gut vorbereitet worden. Die Versammlung spricht der Streikleitung für ihre bisherige Tätigkeit die vollste Anerkennung aus. Einem günstigen Ausgang des Streiks sehen die Streikenden nach wie vor zuversichtlich entgegen. Es ist wahr, daß die Schildermaler auf die Unterstützung der übrigen Arbeiter nicht zu rechnen hätten und daß andere Kategorien der Arbeiterschaft den Streik missbilligten. Vorläufig haben die Schildermaler die „anderen Kategorien“ noch garnicht um Unterstützung angegangen. Dies war und ist vorläufig durchaus noch nicht nötig. Sollten die Schildermaler aber jemals in die Lage kommen, solche Unterstützung anzunehmen, so wird auch in der Beziehung die „Arbeitgeber-Zeitung“ eine schmerzhaft enttäuschung erleben. Uebrigens beweist die Teilnahme der Heimkehrer, Bergarbeiter und anderer, die mit Zustimmung ihrer Organisation sich solidarisch den Streikenden anschlossen, die Unwahrheit des Berichtes der „Arbeitgeber-Zeitung“. Die Meinung der „Arbeitgeber-Zeitung“, die Forderungen der Arbeiter seien undisturbar, dürfte sich bald ändern.

Aus den weiteren Verhandlungen ergab sich, daß es eitel Plunkerei ist, wenn die Arbeitgeber behaupten, sie hätten eine größere Zahl Arbeitswilliger von auswärtig in Aussicht. Die Versammlung zeigt große Siegesübermut. Den Beschluß der Arbeitgeber, ihren bisherigen Leuten Papiere und Arbeitszeugnisse zur Verfügung zu stellen, hat kaum ein Drittel der Herren ausgeführt.

Mit der Lohnbewegung der in der Teppichindustrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen besetzte sich eine stark besuchte Versammlung derselben. Der Vorsitzende des Textilarbeiter-Bundes, Hübsch, berichtete über die Amtsdirektion der Fabrikanten auf die Forderungen vom 15. d. M., eine 15prozentige Lohnhöhung, Bezahlung der Nebenarbeiten und neunstündige Arbeitszeit. Auf diesbezügliche Schreiben haben die Fabrikanten Benjamin und Vaber geantwortet und sich später zu Verhandlungen bereit erklärt; letzterer wenigstens vor dem Gewerbegericht. Herr Feibisch hingegen hat es nicht für nötig befunden. Wohl aber hat er an „Seine“ Bernauer Hausweberei geschrieben, daß er nichts bewilligen werde und zugleich die frömmere Mahnung hinzugefügt, sie sollten sich von den „Berliner Agitatoren nicht aufheben“ lassen. Die Kommission schlug der Versammlung vor, das Gewerbegericht als Einigungsamt anzurufen und so zu versuchen, die Forderungen auf gütlichem Wege zu regeln. In der Debatte sprachen sich zunächst fast sämtliche Redner gegen die Anrufung des Einigungsamtes aus. Man befürchtete ein Verschleppungsmandat seitens der Fabrikanten. Einig war man in der tatsächlichen Frage: Es sollte nicht eine einzelne Fabrik ins Feuer geschickt werden, wie ein Redner bemerkt, sondern bei Ablehnung der Forderungen sollte die Gesamtarbeiterchaft der Teppichindustrie in den Aufstand treten. Herr Feibisch, welcher jeder Zeit auf seinen Herrenstandpunkt pocht, würde von den übrigen Fabrikanten als „Strohbock“ benutzt. Von einer Arbeiterin wurden die Frauen und Mädchen mit energischen Worten aufgefordert, der Organisation beizutreten und sich nicht von den Weibern einschüchtern zu lassen, wie es diesfalls versucht worden ist. Der Verfall, der den einzelnen Rednern geollt wurde, bewies, daß die Stimmung der Versammlung für eine sofortige Aufnahme des Kampfes war. Hübsch empfahl noch einmal den von der Kommission vorgeschlagenen Weg. Der Vorschlag, das Gewerbegericht als Einigungsamt anzurufen, ist von der Kommission ausgegangen. Er halte im Interesse der Allgemeinheit diesen Weg für den zweckmäßigsten. Erst wenn der letzte Weg verperst sei, solle man in aller Ruhe, aber kraftvoll geschlossen den Kampf beginnen. Angenommen wurde eine Resolution, man möge die Forderungen unter allen Umständen festhalten, zunächst aber den Vorschlag der Kommission annehmen. Der Vorsitzende bemerkte, daß in den Fabriken noch eine geheime Abstimmung vorgenommen werden sollte.

Der Sektionsvorstand der im Zentralverband der Maurer organisierten Fliesenleger erlucht uns, folgendes zu veröffentlichen: Die Erklärung der Vereinigung der Fliesenleger, welche in Nr. 74 des „Vorwärts“ veröffentlicht wurde, werden wir nicht unüberprüfbar lassen, sondern werden, wenn es die Raumverhältnisse des „Vorwärts“ gestatten, darauf zurückkommen. Wir möchten bei dieser Gelegenheit beide Teile bitten, sich in ihrer Polemik nach Möglichkeit einzuschränken. Nicht bloß der Raumverhältnisse des „Vorwärts“ wegen, sondern auch deswegen, weil es außer den Beteiligten wohl keinen Leser des „Vorwärts“ gibt, der nicht beim Studium dieses häuslichen Streitens der Fliesenleger das Gegenteil von Interesse empfindet. Auch die Aufnahme der Erklärung der Vereinigung geschah nicht ohne Reibung zwischen dieser und der Redaktion; daher neben dem Raumangel ihre lange Zurückstellung.

Neue Tarifverträge sind kürzlich in einer weiteren Anzahl Ortschaften im Gau Brandenburg zwischen dem Zentralverband der Zimmerer und den Bauunternehmern abgeschlossen worden. Für Spandau wurde der Vertrag auf ein Jahr verlängert unter Zustimmung einer Lohnhöhung von 60 auf 65 Pf. pro Stunde und Verkürzung der Arbeitszeit von 9 1/2 auf 9 Stunden täglich. Außerdem erfolgte eine Regelung der Arbeitszeit in Abstellungen der Jahreszeit entsprechend. Für Uckermark, Wasser-, Raum- und Tiefbauarbeiten sowie für Arbeiten mit imprägniertem Holz werden 10 Pf. Zuschlag gezahlt. Nacht- und Sonntagsarbeit wird mit 25 Proz. Zuschlag vergütet. Auch ergeben die Arbeitgeber im Wasser gefallenes Werkzeug. In Serber a. S. und Dranitzburg steigt der Lohn von 45 auf 50 Pf., während die zehnstündige Arbeitszeit bestehen bleibt. Der Vertrag gilt auf ein Jahr. In Eberswalde ist eine Lohnhöhung von 48 auf 50 Pf. vereinbart worden unter Verbeibehaltung der bisherigen 9 1/2 stündigen Arbeitszeit und gleichfalls einjähriger Vertragsdauer. Die Unternehmer im Baubereich schienen sich trotz der Scharfmachereien ihres Oberhauptlings, des bekannten Herrn Bauers Helbig, in immer steigendem Maße der Ansicht zugeneigt, daß eine friedliche Verständigung mit den Arbeitern doch erheblich vorteilhafter für sie ist, als wenn sie es zum Streik kommen lassen, ganz gleichgültig wie derselbe auch ausfällt.

Deutsches Reich.

Achtung, Lederarbeiter! Der Streik der Lohgerber in Lützingen ist beendet. Nach dreimonatiger Verhandlung vor dem hiesigen Einigungsamt gestanden die Arbeitgeber die Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit von 66 auf 61 1/2 Stunden. Die Arbeiter akzeptierten das Gebotene, da die Arbeitgeberkommission die Einführung der 60stündigen wöchentlichen Arbeitszeit in Wäldern zu gewähren versprochen. — Nach Steinlein in Berlin und Raumann in Wittenberg ist Zugang von Lohgerbern streng fernzuhalten. Der Zentralvorstand.

Die Maurer, Zimmerer und Bauarbeiter Magdeburgs stehen mit den Unternehmern in Tarifverhandlungen. Bisher haben drei Sitzungen mit den Unternehmern stattgefunden. Die Unternehmer erklarten an, daß der bisherige Tarif dem Baugewerbe von Nutzen gewesen sei. Sie machten folgende Zugeständnisse: Das Lohn- und Arbeitsgebiet wurde um einige Orte erweitert, so daß das Magdeburger Lohngebiet jetzt 80 Orte umfaßt. Der im Jahr 1908 eintretende Höchstlohn würde sich stellen für Maurer auf 53—56 (Durchschnitt 55) Pf., für alte Leute auf 50, jüngere nicht unter 41 Pf. (freie Vereinbarung); für Bauarbeiter auf 39—43 (Durchschnitt 41) Pf., alte Leute 39 Pf., junge Leute freie Vereinbarung. Invaliden 39 Pf. inklusive Invalidenrente. Eine Versammlung der in Betracht kommenden Branchen erachtete jedoch diese Zugeständnisse nicht für weitgehend genug. Die Kommission wurde deshalb beauftragt, in weitere Verhandlungen einzutreten. Insbesondere soll

die Kommission an der 9 1/2 stündigen Arbeitszeit festhalten und ferner dahingehend wirken, daß die seitens des Arbeitgeberverbandes vorgeschlagene Vertragszeit verkürzt und bei der in Aussicht genommene Erhöhung des Stundenlohnes die vom 1. April 1908 ab vorgesehene Staffelung sofort in Kraft tritt. Mit dem 1. April 1908 hat dann der 55- bzw. 45 Pfennig-Lohnsatz in Kraft zu treten. Ganz besonders hat die Kommission dahingehend zu wirken, daß der Arbeitgeberverband den Organisationen das Recht zugesieht, Arbeitgebern, die den Tarif nicht anerkennen, sowie auch den Unternehmern von Erarbeitern in angemessener Weise entgegenzutreten.

Zur Schuhmacherbewegung in Weiskensfeld.

Eine Versammlung der Streikenden, welche von über 2000 Personen besucht war, beschäftigte sich mit einer Frontänderung in dem seit sechs Wochen tobenden Kampfe. Der Verbandsvorsitzende Simon-Wilkenberg führte aus, daß eine Forderung der Tarifnotwendig geworden sei infolge einer von dem Hauptschriftführer des Gewerkevereins Winter-Verlin im Organ des Gewerkevereins „Der Lederarbeiter“ veröffentlichten Erklärung, die in der Hauptvorstandssitzung des Gewerkevereins zu Berlin abgegeben worden ist und lautet:

„In der Hauptvorstandssitzung des Gewerkevereins zu Berlin berichtete der Hauptschriftführer Winter über die Lage der Weiskensfelder Tarifbewegung, daß der Fabrikantenverein hartnäckig jede Verhandlung mit der Tarifkommission ablehne, auch die wohl-gemeinte Vermittlung hochstehender Persönlichkeiten zurückgewiesen habe. Falls nicht ein Wendepunkt eintrete und die Verhandlungen nicht zur Einsicht gelangen, werde wohl auf die Forderung des schriftlichen Arbeitsvertrages verzichtet und als Abschlagszahlung eine Lohnaufbesserung unter anderer Garantie angenommen werden müssen. Gezielte und gerechte Forderungen durch Tarifverträge herbeizuführen, dazu sei der Fabrikantenverein noch nicht reif. Der Zentralrat der deutschen Gewerkevereine habe in Anerkennung des großen Prinzips, das die Weiskensfelder Mitglieder verfolgten, zu dem Streik 5500 M. aus Verbandsmitteln beigekehrt.“

Durch diese Erklärung wird auf der einen Seite der Fabrikantenwiderstand verschärft, auf der anderen Seite besteht die Gefahr, daß eine größere Wankelmütigkeit eintritt. Die Tarifkommission hat sich infolge der veränderten Situation mit den einzelnen Fabrikantenkommissionen verständigt und eine Resolution, die die Zurückziehung des Tarifs in sich schließt, ausgearbeitet und in der Streikversammlung zur Vorlage gebracht. Nach Annahme dieser Resolution sollen die einzelnen Fabrikantenkommissionen mit ihren Fabrikanten über Lohnaufbesserungen verhandeln, jedoch soll dort, wo eine Einigung nicht erzielt wird, weiter gestreikt werden. Wohl haben in der letzten Zeit die Fabrikanten durch die Presse durchdrücken lassen, daß sie zu Verhandlungen geneigt seien, dies ist aber durch die von der Erklärung geschaffene Situation ausgeschlossen. Der in der Versammlung anwesende Herr Winter-Verlin erklärte, daß er schon zu Anfang der Bewegung der Meinung gewesen sei, daß nicht alles erreicht werden würde. Er wäre zufrieden gewesen, wenn der Tarif auf ein Jahr probeweise eingeführt worden wäre; jedoch habe es die Halsstarrigkeit der Fabrikanten nicht dazu kommen lassen. Auch er sei dafür, daß nur dort die Arbeit aufgenommen sei, wo eine Lohnaufbesserung gewährleistet wird. In der Diskussion wurde fast von allen Rednern ein scharf ablehnender Standpunkt gegen die Resolution der Streikleitung eingenommen, und im Besonderen wurde die Wintersche Erklärung scharf angegriffen. Die Resolution wurde per Stimmzettel mit 890 Stimmen gegen 338 Stimmen abgelehnt. Dieses Resultat wurde mit großem Beifall aufgenommen. Ein großer Teil der Streikenden hatte sich bereits entfernt. Nach der Bekanntgabe des Resultats erklärte Simon, daß nun nach dem Willen der Streikenden an dem Tarifabschluß festzuhalten sei. Gleichzeitig leitete er mit, daß der Gewerke-Vorstand telephonisch berichtet habe, daß die Fabrikanten die Verhandlungen auf Grund der Tariffrage ablehnen. Winter erklärte auch, daß vom Gewerkeverein an der beschlossenen Waffenbrüderschaft festgehalten werde.

In der Zigarettenfabrik Jostetti zu Dresden sind Differenzen ausgebrochen. — Zugang ist fernzuhalten.

Achtung, Steinarbeiter! 70 Steinarbeiter haben am Sonntag, den 25. d. M., bei der Firma Bruno Preißer in Demsch-Brandis die Arbeit niedergelegt. Die Tarifunterhandlungen der Kommission mit Herrn Preißer am 27. d. M. hatten zu einem annehmbaren Resultat geführt. Am 28. d. M. hatte der Arbeitgeberverband in Leipzig Sitzung. Hier erkannte man den Tarif, welcher von Herrn Preißer und der Kommission vereinbart war, nicht an. Die Steinarbeiter waren nun gezwungen, in den Streik einzutreten. Zugang ist streng zu vermeiden. Alle arbeiterfreundlichen Blätter werden um Abdruck gebeten.

Die Gasmotorenfabrik von Benz u. Co. in Mannheim versucht mit allen Mitteln Streikbrecher heranzuziehen. Es gelang ihr unter anderem, eine Anzahl der „Inaktiven Elemente“ in Nürnberg zu fischen. Charakteristisch für die Sympathie, die sich die Streikenden entgegen, ist nun folgender Vorgang: Um diese sechs Edelsteine ja nicht zu verlieren, sollten sie ihr Logement in der Fabrik selbst nehmen, und es wurden im Laufe des Tages bei einer Möbelwirma Betten bestellt. Doch als der Fuhrmann, der sie in die Fabrik transportieren sollte, von den Streikenden erfuhr, um was es sich handelte, machte er mit den Betten lehr. Am Abend sollte ein anderer Fuhrmann die Betten nach der Fabrik fahren, doch auch dieser lehrte vor den Toren der Fabrik um, und nun blies für die sechs Arbeitswilligen nichts anderes übrig, als ohne Bett in der Fabrik zu übernachten.

Wie recht wir hatten, als wir gestern nur mit Vorsicht von den angeblichen Erzessen Streikender Notiz nahmen, zeigt die neueste Nummer unseres Mannheimer Partei-Organs. In diesem wird nur die ganz begriffliche Tatsache mitgeteilt, daß es in der Nähe der Fabrik zu Ansammlungen Neugieriger kam. Die „ordnare Polizei“ scheint aber dieses Ansammlungen gegenüber in eine gewisse — na, fragen wir „Korrespondent“ — verfallen zu sein, die allerdings leicht wirkliche Ereignisse provozieren kann.

Kleine Scharfmacher. Während überall die Bauarbeiter bestrebt sind, eine Verbesserung ihrer Lohn- und Arbeitsverhältnisse herbeizuführen, haben sich die Vayre- und Zimmermeister entschlossen, ein solches Vorgehen der Arbeiter nicht abzuwarten, sondern ihrerseits aggressiv vorzugehen. Sie beschloßen in einer Versammlung, in Zukunft nicht mehr als 30 Pf. Stundenlohn zu bezahlen. Bisher betragen die Löhne 30 bis 33 Pf. Außerdem wurde beschloßen, die mißliebigen Arbeiter durch Ausbungen unschädlich zu machen, indem für jeden, der von einem Unternehmer entlassen wird, auch die sämtlichen übrigen Arbeitsstellen gesperrt sein sollen. Die Herren schätzten den Mut zu diesem Vorgehen aus der Tatsache, daß die Vayre- und Zimmerer bisher der Organisation wenig Interesse entgegenbrachten, dieser provokatorische Schritt wird aber nicht weiter bezwedet, als daß die Arbeiter sich endlich austraffen und Forderungen stellen, anstatt sich Lohnreduktionen gefallen zu lassen.

Die Bewegung der Bäcker- und Finselarbeiter in Nürnberg kann als beendet angesehen werden. Die Arbeiter haben einen schönen Erfolg erzielt, indem ihre Forderungen in der Hauptsache bewilligt wurden; nur bezüglich der verlangten 54stündigen Arbeitszeit und der zehnprozentigen Lohnhöhung mußten sie ein kleines Zugeständnis machen. Die Arbeitszeit wurde auf 54 1/2 Stunden, die Lohnhöhung auf fünf Prozent bemessen. Sämtliche Großbetriebe und die meisten kleineren Betriebe haben unterschrieben, nur ein paar ganz unbedeutende Geschäfte stießen noch aus.

Erfolgreicher Streik. Die Fuhrleute und Tagelöhner der städt. Hausmüllabfuhr-Unternehmer in München haben von den Unternehmern eine Erhöhung ihrer Wochenlöhne auf 21 bzw. 19 M. ver-

langt. Vor dem Einigungsamte wurden diese Löhne nur von einem Unternehmer zugestanden und zwischen diesem und dem Handels- und Transportarbeiterverband ein Vertrag auf die Dauer eines Jahres abgeschlossen, während mit dem übrigen Unternehmern eine Verhandlung nicht erzielt werden konnte. Das bei diesen beschäftigte Personal trat daher in den Ausstand. Nun wandten sich die Unternehmer an den Stadtmagistrat mit dem Ansuchen, ihnen in Rücksicht auf die mit der Bewilligung verbundenen Mehrausgaben einen Zuschuß zu bewilligen. Der Magistrat wies die Herren jedoch auf die Vertragsbestimmungen und bedeutete ihnen, daß, wenn die Unterbrechung der Hausmüllabfuhr binnen 24 Stunden nicht gehoben sei, der Magistrat die Abfuhr auf ihre Kosten durch anderweitige Fuhrwerksbesitzer betätigen lasse. Nun riefen die Unternehmer die Hälfte des Einigungsamtes an, das sofort Termin zur Verhandlung ansetzte und hierzu den Vertreter der Organisation telephonisch herbeirief. Nunmehr bewilligten sie nicht nur die verlangten Löhne, sondern sie erklärten sich auch bereit, den Arbeitern für den Tag der Arbeitsruhe keinen Abzug zu machen, wenn die Arbeit am Donnerstag wieder aufgenommen werde. Dieses Angebot wurde von den Arbeitern angenommen und die Arbeit am Donnerstag wieder aufgenommen.

Aus Industrie und Handel.

Die neue Reichsanleihe. Schon vor einiger Zeit trat mit Bestimmtheit die Nachricht auf, daß bei der Aufnahme der neuen Reichsanleihe, die in nächster Zeit erfolgen wird, und ebenso bei der späteren preussischen Anleihe die Regierung zu dem 8 1/2 prozentigen Typus zurückzuführen gedenkt. Wie und von unterrichteter Seite bestätigt wird, hat jetzt tatsächlich sich die Regierung dafür entschieden, den Zinssatz von 3 Proz. aufzugeben und es wieder mit dem früheren 8 1/2 prozentigen Typus zu versuchen.

Die Frage der Hibernia. Obgleich der preussische Fiskus beinahe die Hälfte des Aktienkapitals der Hibernia besitzt, ist die Hochnanz absolut nicht geneigt, der Regierung irgend welchen Einfluß auf die Verwaltung der Hibernia-Gesellschaft zuzugestehen. In der gestern in Düsseldorf abgehaltenen Generalversammlung erklärte der Vorsitzende, der Aufsichtsrat habe in Erwägung gezogen, ob es nicht besser sei, der Regierung entsprechend ihrem Aktienbesitz einige Aufsichtsratsplätze einzuräumen; die Verwaltung stehe aber auf dem Standpunkt, daß für die Hibernia zu solchen Anerbieten kein Grund vorliege, weil die Regierung es nicht für nötig gehalten, die bestehenden Rechtsstreitigkeiten zu beenden. Die Hibernia-Verwaltung sei stets Befolgung dieser Rechtsstreitigkeiten gerne bereit, der Regierung entgegenzukommen. Unter dieser Voraussetzung schloß die Verwaltung vor, die ausscheidenden Aufsichtsräte Lueg, Pfeiffer und Schwabach wiederzuwählen. Die Versammlung folgte diesem Vorschlag.

Die Berlin-Charlottenburger Straßenbahn, deren Aktien ebenso wie die der westlichen und südlichen Vorortbahn größtenteils im Besitz der Großen Berliner Straßenbahn sind, hat auch im letzten Jahr wieder mit einem Verlust ihrer Rechnung abgeschlossen. Während die Verkehrsentwicklung der durch den Tiergarten führenden Linien befriedigend war und auch die im Anschlußbetriebe mit der Großen Berliner Straßenbahn stehenden Linien, 3 Westend (Ritschen-Allee) bis Dönhofsplatz, 4 Charlottenburg (Stadtbahnhof)—Stettinerbahnstation und 5 Spandauer Vor-Dönhofsplatz, eine angemessene Verkehrszunahme aufwies, wurde, wie der Rechenschaftsbericht ausführt, das wirtschaftliche Erträgnis des Unternehmens durch die verkehrsdarmen kurzen Linien 6 Charlottenburg (Straßenbahnhof)—Charlottenburg (Stadtbahnhof), 7 Halensee (Ringbahnstation)—Charlottenburg (Knie), 8 Charlottenburg (Wilmersdorferstraße)—Kurfürstendamm und 9 Charlottenburg (Knie)—Ringbahnstation Wilmersdorf—Friedenau, welche die Kosten des Betriebes nicht annähernd zu decken vermochten, ungünstig beeinflusst.

Die Einnahme betrug 1 888 239 M., (im Jahr 1903 1 710 958) die Ausgaben 1 304 181 M. (1 192 555). Der Netto-Uberschuss stellt sich, demnach auf 584 058 M., von dem nach Abzug der Ausgaben und Abschreibungen jedoch nichts übrig bleibt; vielmehr ergibt sich ein Betriebsverlust von 30 438 M.

Soziales.

§ 124 Nr. 3 der Gewerbe-Ordnung.

Die Tiegeldruckerin W. beanspruchte durch Klage beim Berliner Gewerbegericht von der Firma Junker u. Sohn die Auszahlung von 4,20 M. rückständigen Lohn und von 50 Pf. Kaution. Es wurde Kontraktbruch eingewandt und Widerklage auf Grund des § 124 b der Gewerbe-Ordnung erhoben, also mit dem Ziel auf eine Buße wegen Kontraktbruchs. Die Sache beschäftigte die Kammer 8 in mehreren Terminen. Im letzten Termin erschien Arbeitersekretär A. A. H. als Beistand der Klägerin und machte sich u. a. anheißig, durch mitgebrachte Zeugnisse zu beweisen, daß Klägerin gemäß § 124 Nr. 3 der Gewerbe-Ordnung Grund zur pflichtlichen Niederlegung der Arbeit gehabt habe, weil der Betriebsinhaber Sohn die Klägerin in sittlicher Beziehung beleidigt habe. Es wurde unter Ausschluß der Öffentlichkeit verhandelt. Da der Klage Sohn nicht antwortend war, sah der Berichtshof von der Vernehmung der Zeuginnen vorläufig ab und schlug dem Vertreter der Firma einen Vergleich dahin vor, die genannten Beträge und eine Terminalschuldigung von 1 M. der Klägerin zu zahlen und die Widerklage fallen zu lassen. Um den Vertreter zu beden, soll dem Beklagten eine dreitägige Frist zur Widerrufung des Vergleichs gewährt werden. Dieser bedingte Vergleich wurde abgeschlossen. Für den Fall, daß er rückgängig gemacht wird, soll eine neue Verhandlung erfolgen, worin das persönliche Erscheinen der Klägerin und des Beklagten Sohn angeordnet wurde.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Paris, 30. März. (W. T. V.) Der sozialistisch-radikale Deputierte Lucien Herbet setzte den Minister des Auswärtigen schriftlich von seiner Absicht in Kenntnis, ihn über die marokkanischen Angelegenheiten zu befragen.

Die Aufnahme der Friedensbestrebungen in Japan. London, 30. März. Dem „Neutischen Bureau“ wird unterm heutigen Datum aus Tokio telegraphiert: Die verschiedenen, aus Europa und Amerika kommenden Friedensgerüchte werden hier von der ganzen Presse wiedergegeben und vielfach besprochen. Anscheinend berühren sie die Haltung der Regierung und des Volkes in bezug auf den Krieg nicht. Die Presse ist das Echo des festen Entschlusses Japans, die Kriegsoperationen energisch weiter zu betreiben, ohne irgendwelche Rücksichtnahme auf die Erdörterungen über die Ereignisse in Rußland oder sonstwo. Mittlerweile sehen Heer und Flotte die Vorbereitungen für einen mehrjährigen Feldzug fort. Fortwährend gehen frisch ausgehobene Truppen zur Front ab, und Transportkolonnen breiten sich über die nördliche Mandchurie aus.

London, 30. März. (W. T. V.) Oberhaus. Die zweite Lesung der Militärvorlage wurde mit 69 gegen 21 Stimmen angenommen.

Attentat auf einen Geheimpolitiker.

Petersburg, 30. März. (W. T. V.) Heute gab hier an der Ecke der Großen Moskwa und der Postgasse ein Individuum in Dienstmanteltracht einen Revolverausch auf einen Geheimpolitiker ab.

Reichstag.

170. Sitzung vom Donnerstag, den 30. März 1905, vormittags 11 Uhr.

Am Bundesratsstische: Graf v. Posadowsky, Freiherr v. Stengel, v. Einem.

Auf der Tagesordnung steht die dritte Beratung des Etats. Die Beratung wird fortgesetzt beim Etat des Reichsamts des Innern, Titel Staatssekretär.

Abg. Dr. Südekum (Soz.):

Bei der zweiten Lesung des Etats stellte der Abg. Mugdan in verschiedenen Variationen die Behauptung auf, daß die Orts-Krankenkassen auch zu politischen Zwecken benötigt würden. Wenn nur der Abgeordnete Mugdan eine solche Behauptung wagte, so würde das für mich kein Grund sein, dagegen ein Wort zu erwidern, denn er hat in derselben Rede über mich Bemerkungen gemacht, die mir beweisen, wie leicht es ihm fällt, unrichtige Behauptungen auszusprechen. Neuerdings hat sich aber der Stadtmagistrat von Nürnberg derselben Verdächtigung bedient, um eine Berechtigte Förderung der Arbeiter jener Stadt zurückzuweisen; und das veranlaßt mich, wieder einmal zu zeigen, wessen die Parteigenossen des Abg. Mugdan auf dem Gebiete des Kranken-Versicherungswesens fähig sind, wenn es ihnen gilt, ein schimpfliches Klassenregiment aufrecht zu erhalten. Die vorhin erwähnte Äußerung erdreiste sich der Magistrat von Nürnberg in einem angeblich einstimmig gefassten Beschlusse zu machen, durch den der Antrag der Arbeiter auf Errichtung einer Orts-Krankenkasse von Nürnberg zum wer weiß wie vielen Male abgelehnt wurde. Die in ihrer Mehrheit aus Freisinnigen bestehende Stadtvertretung Nürnbergs hält immer noch die schlechteste Art der Krankenversicherung, die Gemeindeversicherung, als gut genug für die 100 000 Arbeiter der regimenterbayerischen Industrieküste. Diese Gemeinde-Krankenkasse genügt aber in keiner Beziehung den in ihr versicherten Arbeitern: sie gewährt nur das Minimum der gesetzlich festgesetzten Krankentage — die Hälfte des sehr niedrig angelegten ortsüblichen Tagelohns — als Krankengeld; Krankengeld wird bei Erwerbsunfähigkeit erst vom zweiten Tage nach dem Tage der Erkrankung bezahlt; die Kasse gewährt bei Todesfällen von Mitgliedern kein Sterbegeld; sie gibt keine Wöchnerinnen-Unterstützung und endlich keinerlei Hilfe für Familienangehörige.

Die verderblichen Folgen eines solchen Systems liegen auf der Hand: verheiratete Arbeiter, die längere Zeit krank sind, geraten in Not, fallen der Armenpflege anheim, oder werden wirtschaftlich ruiniert. Die technischen Einrichtungen der Nürnberger Gemeindeversicherung spotten jeder Beschäftigung! An der Kasse, wo die Krankengelder gezahlt werden, spielen sich die widerwärtigsten Szenen ab. Stundenlang müssen die Krankengeldempfänger auf die Auszahlung der Unterstützung warten; daß bei diesem Gedränge die Uebertragung von Krankheiten sehr leicht möglich ist, versteht sich von selbst. Um bei Auszahlung des Krankengeldes nicht gar zu lange warten zu müssen, verfügen sich die Krankengeldempfänger häufig schon in das Bureau vor der durch Kassenstatut festgesetzten Ausgehzeit und machen sich dadurch einer Uebertretung der Vorschrift für Erkrankte schuldig, die ihnen, wenn sie angezeigt werden, Geldstrafen einbringt.

Warum nun diese schlechten Einrichtungen? Um das Defizit herabzumindern, das bei dieser Versicherung in 12 Jahren ungefähr 600 000 Mark betrug. Indessen nicht nur an Verwaltungskosten wird gespart, sondern auch an Säubern und Medikamenten, wodurch sich die erkrankten Arbeiter auf schwerste Benachteiligung fähigen. Von der jüngsten Änderung des Krankenversicherungs-Gesetzes und der dadurch bedingten Erhöhung der Beiträge von 2 Proz. auf 3 Proz. erhoffte der Magistrat ein Verschwinden des Defizits. Aber vergeblich. Das Defizit der Gemeindeversicherung wird aus allgemeinen Gemeindegeldern gedeckt, die ihrerseits zum erheblichen Teil durch Abgaben auf die Nahrungs- und Genussmittel der breiten Schichten des Volkes, also der Arbeiter, aufgebracht werden. (Sehr richtig! links.) Dadurch entsteht eine vom Gesetz nicht gewollte und sozialpolitisch verwerfliche Belastung der Arbeiter für die Zwecke der Krankenversicherung.

Neuerdings ist nun der Magistrat von Nürnberg auf ein besonders schlaues Mittel verfallen, um das Defizit der Gemeindeversicherung kleiner zu machen. Er hat im Jahre 1903 allen Fabrikanten, die mehr als 50 Arbeiter beschäftigten, die Auflage vorgeschrieben gemacht, entweder Betriebs-Krankenkassen zu errichten, oder die für die Arbeiter ihrer Betriebe über die Einnahmen hinausgehenden Ausgaben der Kasse zu ersetzen. Im Geschäftsjahre 1903 betragen solche Nachzahlungen oft über 2000 Mark, und selbst in kleineren Betrieben bis zu 1800 Mark. Bei Feststellung der Verbandslagen fertigt die Gemeinde-Krankenkasse den Unternehmern genaue Rechnungen an, in denen jedes erkrankte Mitglied der Kasse, das in dem Betriebe beschäftigt wird, genau nach Namen, Alter und Geschlecht bezeichnet wird; auch wird die Krankheit, die Dauer der Krankheit und die der Gemeinde-Krankenkasse erwachsene Ausgabe genau aufgeführt. Die Folge davon ist, daß die Unternehmer Arbeiter, die häufig erkranken und dadurch die Gefahr des Zuschusses erhöhen, aus der Arbeit entlassen. Arbeiter, die deshalb ihre Entlassung befürchten müssen, verheimlichen natürlich ihre Krankheiten. Welche Konsequenzen das besonders bei geschlechtlichen Erkrankungen hat, braucht ich nicht zu schildern.

Ich habe noch nicht gehört, daß der sich so sehr für Krankenkassen interessierende Abg. Mugdan diesen abscheulichen Terrordruck in der freisinnig regierten Stadt Nürnberg gebrandmarkt hätte.

Es wäre zu wünschen, daß die mittelrheinsche Kreisregierung alles, was in ihren Kräften steht, tut, um diesen unerhörten Zuständen ein Ende zu bereiten. (Lebhafte Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Fräßdorf (Soz.)

gibt gegenüber den Ausführungen des Abg. Dr. Mugdan bei der zweiten Lesung seine damaligen Behauptungen aufrecht: Wenn ich etwas zu berichtigeln habe, so ist es nur das, daß das Defizit von 600 000 M. weit überschritten worden ist. Meine damalige Rede war nicht darauf ausgelegt, die Differenzen zwischen Ärzten und Krankenkassen zu vergrößern; sondern sie zu verkleinern. Dr. Mugdan aber hatte das entgegengesetzte Bestreben: er wollte und will die Differenzen vergrößern. Uebrigens ist der Jwisst der Krankenkassen und der Ärzte eine Angelegenheit der Klassen und nicht der sozialdemokratischen Partei. Wie kann man die Klassenverhältnisse ganz allgemein so schwer beschuldigen, wie es Herr Dr. Mugdan getan hat? Ich muß ihm zugeben, daß er allerdings die Interessen der Ärzte nicht vertreten hat. Im Gegenteil, er hat ihnen geschadet. Allerdings erhalten bei freier Arztwahl die Ärzte eine Kaufsumme, aber jeder Arzt wird doch unwillkürlich das Bestreben haben, möglichst an dieser Summe zu partizipieren. Er wird zu diesem Zwecke leicht teure Medikamente verschreiben, und die Kasse hat den Schaden davon. Ich bin 20 Jahre Kassenvorstand, praktiziere gegen die Verschuldigungen des Abg. Dr. Mugdan und fordere ihn auf, seine Beschuldigungen zurückzunehmen. Wir haben in Dresden sogar für die Ärzte, nicht nur für die Beamten eine Pensionsberechtigung eingeführt. Erst haben die Ärzte das für nicht standesgemäß erklärt, dann haben sie es aber gern angenommen. Weiter ist es eine objektive Unwahrheit, daß wir allgemein nach der politischen Meinung der Ärzte fragen. Ferner hat Dr. Mugdan gesagt, die Ärzte wollen gar keine Bezahlung der Einzelleistung, gar keine freie Arztwahl. Schön, dann wird der Einigkeit nicht viel im Wege

stehen. Die Krankenkassen werden gern die Hand zur Einigkeit bieten. Aber die Ärzte treten ja sogar gegen die Presse terroristisch auf. Auf dem Ärztekongress ist ein Berichterstatter direkt hinausgewiesen worden. Die anderen Berichterstatter haben sich dann mit diesem solidarisch erklärt. Das sind Ärzte, die sich auf ihre höhere Bildung so viel einbilden! Trotzdem betrachten wir die Ärzte, natürlich mit Ausnahme von Dr. Mugdan und Dr. Weder, als wertvolle Mitarbeiter an der sozialpolitischen Arbeit. Zum Schluß will ich noch darauf hinweisen, daß der freisinnige Dr. Mugdan den lautesten Beifall auf der Rechten gehabt hat, daß ihm Abg. Dr. Kardoff und Graf v. Dohna-Schlobitten gratuliert haben. Ich glaube, wenn das früher einem freisinnigen Abgeordneten passiert wäre, so wäre er schamrot geworden. (Beifall.)

Abg. Stadthagen (Soz.): Herr Bruhn hat mir gestern vorgeworfen, ich hätte der Wahrheit widersprechende Behauptungen über ihn aufgestellt. Ich hätte ihn zu Unrecht als Gegner des Koalitionsrechts hingestellt. In der Tat hat Herr Bruhn wörtlich erklärt: „Das Streikpostenfischen möchte verboten werden.“ Danach hat er sein Recht, mir den Vorwurf der Unwahrheit zu machen. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Mugdan (fr. Sp.): Es ist mir nicht eingefallen, zu behaupten, daß Herr Südekum das erwähnte Flugblatt verfaßt habe. Ich habe die Ungenauigkeit meiner ersten Angabe in einer persönlichen Bemerkung sofort richtig gestellt. Herr Südekum hätte sich also seine Ausführungen ersparen können. Es scheint mir nur aus der Haltung der Sozialdemokratie herabzugehen, daß sich dieses Flugblatt nicht, und das wäre ja ganz verständlich. — Die von Herrn Fräßdorf erwähnte Pensionsberechtigung für Ärzte soll nur die Ärzte an die Kasse fesseln, wie manche Wohlfahrts-Einrichtungen bei großen industriellen Unternehmungen. — Ob ich den Ärzten schade, ist mir ganz gleich. Ich bin freisinniger Volksparteiler und will der Sozialdemokratie schaden, ob ich dabei auch den Ärzten schade, ist mir gleich. Man hat mir auch vorgeworfen, daß ich den Beifall der Konservativen finde. Als aber neulich Herr Singer sich so außerordentlich über seine Uebereinstimmung mit Herrn Liebermann v. Sonnenberg in der Frage des Einjährigendienstes freute, fanden Sie nichts dabei. — Ich bleibe dabei, daß die Krankenkassen beweisen, daß dort, wo die Sozialdemokratie regiert, sie unfähig ist, etwas zu leisten.

Abg. Gamp (Sp.): Abgeordneter Wurm hat neulich die Verhältnisse des Kohlenwerks zu Ebersfeld ganz falsch dargestellt. In Wirklichkeit stellt sich eine Ehrendienerstellung dar, namentlich auch wegen seiner Arbeiter-Wohlfahrts-Einrichtungen. Auch andere Behauptungen des Kollegen Wurm waren unrichtig. Ich möchte nur noch bemerken, daß Fabrikleitungen keine Verantwortung haben, ihre Rasse in die Schritte der Arbeiter zu stecken. (Unruhe.) Wenn wir nur immer so anständig von den Sozialdemokraten behandelt würden, wie die Arbeiter von ihren Feinden! (Beifall bei der Reichspartei.)

Abg. Thiele (Soz.): Wenn die Unternehmer hartnäckig nicht mit Arbeiterorganisationen verhandeln wollen, so führt das sehr bald zu einem Streik. — (Die Ausführungen sind bei der im Hause herrschenden Unruhe auf der Tribüne schwer verständlich.) — Von dem Terrorismus gegen Krankenkassen liefert auch die Stadt Weichenfels reichliche Beispiele. Ohne jeden Grund wurde der sozialdemokratische Kassenvorstand, trotzdem man mit ihm allseitig zufrieden war, entlassen. Als der Vorliegende dagegen protestierte, wurde er von der Aufsichtsbehörde in Verhaftung abgeführt. Die Mitglieder forderten die Regierung auf, Erlaube dafür anzugeben. Es erfolgte keine Antwort. Es wurde ein Rentant, der einer bürgerlichen Partei angehörte, eingesetzt. Dieser verlangte von den Ärzten, daß sie alles Verbandsmaterial von ihm beziehen sollten. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Ich bitte den Herrn Staatssekretär, dafür zu sorgen, daß die Aufsichtsbehörden nicht direkt gegen die gesetzlichen Bestimmungen handeln. Denn die Werksbürger Aufsichtsbehörde hatte einfach ein taubes Ohr, als man ihr mitteilte, daß der neue Rentant direkt zum Schaden der Kasse und zum Nutzen der eigenen Tasche gewirksam sei. Das nennen wir Terrorismus! (Lebhafte Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Weder-Hessen (natl.): Ich verzichte bei der Geschäftsfrage des Hauses darauf, auf alle Ausführungen des Abg. Scheidemann einzugehen. Aber aufgehoben, ist bei mir niemals aufgehoben. Wenn ich die Kasse durch teure Rezepte hätte schädigen wollen wegen des Konfliktes, der im Dezember stattgefunden hat, so hätte ich das doch schon im Januar und Februar tun müssen, nicht erst im März. (Sehr richtig! bei den Nationalliberalen.) Wenn ich bisweilen bei kleinen Verletzungen größere Mengen von Verbandstoff verschrieben habe, so liegt das daran, daß dieser Verbandstoff bei dem Arzt bleibt, und daß nun auch alle folgenden Stoffenkrankheiten damit behandelt werden. Der Arbeiter, der infolge meiner Medikamente gestorben sein soll, ist allerdings gestorben, aber nicht infolge der Medikamente, auch nicht infolge der Krankheit, sondern weil er aus Versehen zwischen die Räder zweier Eisenbahnwagen geriet. (Stärkliche Heiterkeit bei den Nationalliberalen.) Trotz der Verdächtigungen des Abg. Scheidemann bin ich zum 1. April als Zahnarzt und Kassenarzt bei den Eisenbahnarbeitern angestellt. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Was beweist das?) Das beweist, daß ich, da ich jetzt 14 Klassen in meiner Hand habe, offenbar nicht verschwenderisch mit Medikamenten umgehe. (Lebhafte Beifall bei den Nationalliberalen.)

Abg. Scheidemann (Soz.): Am 14. März hat der Abgeordnete Dr. Weder-Hessen sich mit seinem amtlichen Material gebrüht. Tatsächlich war sein Material aber wie eine Eisenblase. Es ist nachgewiesen, daß Herr Dr. Weder-Hessen Briefe an Arbeiter geschrieben hat. Er hat nicht widerlegen können, daß er die Familienversicherung hintertrieben hat, daß die Rezepte von ihm stammen. Die Verhinderung von einigen Ältern Pflanzweins ist geradezu unerhört. Was die Stimmzettel anlangt, so gab es zwei Arten Stimmzettel. Die auf denen freie Arztwahl stand, hat Herr Dr. Weder-Hessen herangezogen. (Lebhafte Rufe: Rein!) Was können Sie denn nein rufen, die Sie von der Sache keine Ahnung haben! Herr Weder hat sich ja auch als besonders beliebt bei den Arbeitern hier hingestellt. Warum kommt er dann nie in unsere Versammlungen, wo alle Arbeiter vertreten sind? Daß er uns von seinen Versammlungen abhält, ist mir ganz verständlich, er will eben verhindern, daß wir ihn auf der Stelle widerlegen können. In einer Versammlung hat er den Arbeitern erzählt, Graf Posadowsky habe ihn gefragt: „Sagen Sie mal, Herr Weder, wie war es Ihnen nur möglich, einen Wahlkreis, der so lange in den Händen der Sozialdemokratie war, ihnen zu entreißen?“ (Heiterkeit.) Ich stelle nochmals fest, daß nichts von dem widerlegt ist, was ich gesagt habe. Es bleibt das Wort des Herrn Weder bestehen: Wenn alles das wahr wäre, so wäre das geeignet, mich in der öffentlichen Meinung herabzusetzen. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten. Unruhe bei den Nationalliberalen.)

Abg. Lipinski (Soz.): Herr Abg. Tischert hat mir in der zweiten Lesung vorgeworfen, daß ich statistisches Material des deutschen nationalen Handlungsgehilfenverbandes benutzt hätte, ohne die Quelle zu nennen. Ich habe in jener Rede nicht nur von diesem, sondern auch von anderen Verbänden gesprochen und überhaupt keinen Namen genannt.

Abg. Wurm (Soz.) hält gegenüber dem Abg. Gamp alle seine Behauptungen in bezug auf den Streik in Levertal aufrecht. Für die Zustände in der Fabrik ist allein folgender Vorgang bezeichnend. Als der Streik ausbrach, brachten sich die Arbeiter nur mit den entblößten zerfressenen Armen an der Bahn aufzuspielen, und die

zureisenden Arbeiter davon abzuhalten, in diese Fabrik als Streikbrecher zu gehen. Die Löhne sind im Verhältnis zu der äußerst gesundheitschädlichen Arbeit viel zu gering. Feststeht, daß der Streik ausgedrungen ist, weil die Firma den Arbeitern das Koalitionsrecht nicht gewähren will.

Abg. Gamp (Sp.): Dazu ist die Firma durchaus berechtigt. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Wie der Arbeiter nicht bei einem Arbeitgeber arbeitet, dessen Rasse ihm nicht gefällt, so hat auch der Arbeitgeber das Recht, einen Arbeiter nicht zu beschäftigen, der einer Organisation angehört.

Abg. von Waffow (l.) polemisiert gegen Abg. v. Gerlach betreffs der Kontrolle von ländlichen Arbeitern: Sei uns machen wir überhaupt keine schriftlichen Kontrolle, bei uns gilt noch das mündliche Ehrenwort. Ich wundere mich nur, daß Abg. v. Gerlach, der ja jetzt als wahres Chamäleon ganz nach dort hinübergerückt ist, nicht ein wenig auf die Arbeiterverhältnisse auf dem Gute seines Vaters eingegangen ist. (Die weiteren Ausführungen bleiben in einer Lachsalbe der ihm nahestehenden Abgeordneten unverständlich.)

Abg. Tischert (Z.) polemisiert gegen Abg. Lipinski.

Abg. Wurm (Soz.): Ich konstatiere, daß Abg. Gamp es für richtig erklärt hat, wenn Unternehmer ihren Arbeitern den Beitritt zu Organisationen verbieten. Das sind offenbar die Kapitalisten, auf die Graf Posadowsky neulich angespielt hat. Wir aber meinen, daß diese Unternehmer die Arbeiter wie einen Hund behandeln. Aber was sie säen, das werden sie ernten. (Lebhafte Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. v. Gerlach (fr. Sp.) polemisiert gegen Abg. v. Waffow. Ich habe meine Informationen nicht aus einem sozialdemokratischen, sondern aus einem kirchlich-dunderschen Blatt. (Zuruf rechts: Das ist ganz egal!) Ihr Zuruf beweist einfach, daß Sie gegen jede Arbeiterorganisation sind. Uebrigens habe ich wiederholt auch schon aus Fälle in meinem Heimatort hingewiesen. (Zuruf des Abg. v. Waffow: Aber nicht auf das Gut Ihres Vaters!) Rein, ich weise für jetzt immer nur auf die Güter hin, wo Missethäter gezahlt werden.

Abg. Lipinski (auf der Tribüne nicht recht verständlich) polemisiert gegen Abg. Tischert.

Hiermit schließt die Debatte. Persönlich wendet sich Abg. Bruhn (Antif.) gegen Abg. Stadthagen: Ich habe mich lediglich gegen die Gewaltmaßnahmen beim Streikpostenfischen gewendet. Wegen ein paar Streikposten, die einfach sagen: „Hier wird gestreikt“, habe ich nichts einzuwenden.

Abg. Tischert wendet sich persönlich gegen Abg. Lipinski.

Abg. Stadthagen (Soz.) spricht persönlich gegen Abg. Bruhn: Ich habe die Rede des Abg. Bruhn zitiert. Ich nehme an, der Herr weiß nicht, was er sagt.

Vizepräsident Dr. Baasche ruft Abg. Stadthagen zur Ordnung.

Hierauf werden die fortbauenden Ausgaben ohne weitere Debatte bewilligt. Ebenso die einmaligen Ausgaben und der außerordentliche Etat der Ausgaben. Bei den Einnahmen dringt

Abg. Becker-Köln (Z.) Wünsche vor betr. der Militärarbeiter in Siegburg. Auch für die dortigen Arbeiter und Beamten sollten gemeinnützige Baugenossenschaften vom Reiche unterstützt werden, ebenso wie es für die Postbeamten und die Marinearbeiter geschehen ist.

Staatssekretär Graf Posadowsky: Ich muß dem Herrn Vorredner zugestehen, daß die von ihm vorgebrachten Wünsche an sich berechtigt sind. Die Schwierigkeit liegt aber darin, daß für die Militärarbeiter in Betracht kommt, daß wir im Freie vier verschiedene Kontingente haben. Es müßten nicht nur die Jinsen, sondern auch Trümpfkontingente auf diese vier Kontingente berechnet werden. Schon bei der Post für die es ja gemeinnützige Baugenossenschaften gibt die vom Reiche unterstützt werden, hat die Berechnung sehr große Schwierigkeiten gemacht. Bei der Marine liegt die Schwierigkeit nicht vor, weil es nur eine Reichsmarine gibt.

Hierauf wird der Rest des Etats des Reichsamts des Innern ohne weitere Debatte erledigt.

Zur Beratung kommt die dritte Lesung des Militärretals.

Kriegsminister v. Einem kommt auf den Fall Dieg in Mainz zurück. Die Verlobte des durch Selbstmord verstorbenen Leutnants Dieg hat mir geschrieben, sie hätte nicht das gesagt, was ich sie habe sagen lassen, und appelliert an mich, ich möchte nochmals eine Darlegung des Sachverhalts geben und ihre Äußerung richtigstellen. Ich bin daher gezwungen, auf den Fall zurückzukommen.

Auf dem Tische des durch Selbstmord geendeten Leutnants Dieg befand sich ein versiegelter Brief. Oberst v. Blumenhal öffnete diesen Brief. (Hört! hört! links.) Der Inhalt lautete: Die letzte Kritik des Obersten v. Blumenhal über meine Abteilung trieb mich zum Verzweifeln. Solange er Kommandeur ist, behandelt er mich aus persönlicher Antipathie so schlecht, jetzt mich zurück und läßt kein gutes Haar an mir. Vier Jahre habe ich mich durchgequälten, heute bin ich nach am Ende meiner Kraft. Dieser schweren Anklage gegenüber hat der Kommandeur sich gleich in einem längeren Bericht geäußert. Er sagt, daß er weder vor noch nach der Befestigung allein mit dem Leutnant gesprochen habe. Er habe, zur Abweilung gewandt, die Haltung derselben tadeln müssen. Im vorigen Jahre sei dieselbe Abteilung unter einem Bizepachmeister mit denselben Pferden die beste gewesen, jetzt sei sie sehr schlecht. Die Hauptpunkte der Instruktion seien nicht beachtet. Er fügt dann einen Bericht des Majors bei, der dasselbe enthält. Der Major erklärt, demnach die Schlupfwörter des Oberst gehört zu haben: „Ich erwarte bestimmt, daß die Abteilung, zu deren Ausbildung Sie ja noch viel Zeit haben, wenn ich sie wiedersehe, erheblich besser sein wird.“ Der Ton dieser Worte sei ruhig, aber sehr ernst gewesen. Der Oberst bestreitet, irgend eine Antipathie gegen den Leutnant zu haben; dieser sei ein anständiger Mensch, aber dienstlich minderwertig gewesen, das habe er ihm oft sagen müssen.

Leutnant Dieg ist vor Jahren schwer geillt, er soll den Kameraden manchmal einen seltsamen Eindruck gemacht haben, so daß die Vermutung nahe liegt, daß er in geistiger Unmündigkeit Hand an sich gelegt habe. Der Offizier, der der Verlobten des Leutnants Dieg die Nachricht von dessen Tode überbrachte, berichtet als Äußerungen der Braut: Vom ersten Tage ihrer Bekanntschaft habe ihr Verlobter einen melancholischen Eindruck auf sie gemacht, den er selbst auf den ersten Sturz zurückführte. Er sprach sehr viel und gern vom Sterben. Vor 14 Tagen habe er einen Brief an sie geschrieben, worin er angab, geträumt zu haben, daß er alle ihre Briefe verbrannt und sich eine Kugel vor den Kopf schoß. Ich habe den Brief so eingehend vorgetragen, weil es sich um eine äußerst schwere Anklage gegen einen Offizier handelt. Ich werde die Akten auf das gewissenhafteste prüfen und wo noch dunkle Punkte sind, dahin streben, daß in jeder Beziehung die Wahrheit hergestellt wird. (Lebhafte Bravo.)

Abg. Dr. Müller-Reinigen (fr. Sp.): Ich danke dem Herrn Kriegsminister für seine loyale Darstellung dieses ersten Falles, halte mich aber für verpflichtet, auch den Standpunkt der Familie darzulegen. Die Mutter betont, daß ihr stets zu achtzigjähriger Sohn einzig und allein die jahrelangen — ich lege darauf besonderen Wert — Schifflerungen des Obersten als Grund zu seinem Selbstmord angegeben hat. Die Braut hat mir geschrieben, sie sei empört, daß ihre Äußerungen ganz falsch wiedergegeben seien, sie habe gerade das Gegenteil von Protokoll gegeben. (Hört! hört! links.)

Der Leutnant Dieg hat sich nicht etwa in der ersten Aufregung erschossen, sondern er hat noch zwei Tage gelebt, er hat sein Testament geschrieben, in dem er in ganz ruhiger Weise über alle seine Habsehaften verfügt. Auffallend ist, daß der Oberst das Testament geöffnet hat: er hatte wohl kein ganz gutes

Gewissen. Der Kriegsgerichtsrat hat ihm darauf hingewiesen, daß er kein Recht habe, das Testament zu öffnen. (Lebhafter Hörl hört links.) Er hat aber gesagt, ich muß doch sehen, was darin stehen mag. In der Presse haben ganz falsche Nachrichten über den Tod des Leutnants gestanden, als ob er sich wegen einer Liebslei das Leben genommen habe. Diese Falschmeldungen waren so abgefaßt, daß sie nur von Angehörigen des Regiments stammen konnten. (Hörl hört links.) Der Schwager des Verstorbenen teilt mir mit, daß der Leutnant früher ein lebenslustiger, frischer junger Mensch gewesen sei; alle die Zeichen der Melancholie seien erst während seiner Dienstzeit eingetreten. Wie mir die Familie mitteilt, sind alle diese Dinge aus der letzten Zeit zusammengetragen, um einen Tod aus Melancholie wahrscheinlich erscheinen zu lassen, weil der Familie, die mit dem preussischen Heere eng verknüpft ist, daran lag, daß ihrem Sohne ein militärisches Leiden begünstigt zuteil werde. Daraus erklären sich die Widersprüche zwischen der damaligen und jetzigen Haltung der Familie. Ich habe den ganzen Fall nur als kleines Beispiel für die Militär-Dualitäten angeführt. Hier fiel ein junges Menschenleben, ein junges Offiziersleben zum Opfer. Meist verläuft es ganz anders. Meist läßt der Offizier seinen Kerker an seinen Untergebenen aus, und so geht es in der Kette weiter und das Ende sind dann die Soldatenmishandlungen. Das beweist, daß die Interessen der Soldaten und der Offiziere dieselben sind. (Sehr richtig! bei den Freisinnigen.) Die Offiziere haben, wie der Kriegsminister oft gesagt hat, ein besonderes Ehrgefühl. Das sollten sich vor allem auch die Vorgesetzten merken und z. B. kleine Prüffel vor der Front erteilen. Wenn der Fall Dieh so liegt, wie ihn seine Mutter darstellt, so läge hier ein nicht scharf genug zu brandmarkendes Vorwissen vor. Ich hoffe, der Kriegsminister wird den Fall sehr genau untersuchen und eventuell dafür sorgen, daß so etwas nicht wieder vorkommt. (Lebhafter Beifall links.)

Kriegsminister v. Einem: Ich gebe dem Abg. Dr. Müller darin Recht, daß, wenn der Fall so liegt, wie ihn die Familie darstellt, gegen den Oberst vorgegangen werden müßte. Aber Herr Dr. Müller-Meinungen ist in seiner Beurteilung doch etwas weiter gegangen, als ich es getan habe, indem er Schlüsse aus dem gezogen hat, was noch gar nicht bewiesen ist. Ich habe sein Charakterbild nach den Kennerungen seiner Braut hier geschildert. Es bleibt abzuwarten, inwiefern es etwa nicht zutrifft. Wenn der Abg. Dr. Müller-Meinungen nun gemeint hat, daß die Schikane gegen einen Offizier leicht dazu führen, daß dieser Soldatenmishandlungen begeht, so ist mir nicht bekannt, daß der Leutnant Dieh je wegen Soldatenmishandlungen angeklagt wäre. Ich glaube nicht, daß seine Melancholie aus der letzten Zeit stammt, sondern sie stammt offenbar von dem Sturze her. Wenn ich etwas bebauere, so ist es das, daß er unter seinen Kameraden niemand gefunden hat, dem er sich hätte anvertrauen können. (Sehr richtig! links.) Es wäre vielleicht Pflicht seiner Kameraden gewesen, mehr auf ihn zu achten. (Beifall.)

Abg. v. Oldenburg (l.): Wir stehen alle unter dem Eindruck eines tieftraurigen Falles. Aber wir sind auch dem Vorgesetzten des Leutnants Gerechtigkeit schuldig. Ohne eine strenge Kritik geht es in der Armee nicht ab. Außerdem gibt es einen Beschwerdebogen, und ich kenne Fälle, wo dieser wirklich beschritten worden ist. (Weiterkeit links.)

Abg. v. Treuenfels (l.): geht kurz noch einmal auf die schon bei zweiter Lesung vorgebrachten Beschwerden gegen die rücksichtslose Ausübung der Felddienstaßungen ein.

Abg. Bebel (Soz.): Es ist nicht meine Absicht, auf den Fall des Leutnants Dieh näher einzugehen. Ich hoffe, daß es gelingen wird, die Wahrheit an den Tag zu bringen. Dem Abgeordneten v. Oldenburg muß ich bestreiten, daß es keine Fälle geben sollte, in denen ein Kommandeur einen Offizier jahrelang schikaniert. Ich will natürlich gegen den in Rede stehenden Obersten nichts sagen, muß aber konstatieren, daß es sehr wohl solche „Nebermenschen“ gibt, die ihre Macht fortwährend gegen einen Untergebenen mißbrauchen. Ich habe bei früherer Gelegenheit darauf hingewiesen, daß die gesamten inaktiven Offiziere Berlins auf das Generalkommando bezieht und dort verwahrt wurden, ja nicht unliebame Kritiken zu veröffentlichen, da ihnen sonst ein ehrenrühriges Verfahren drohe. Damals wurden meine Ausführungen seitens der Militärverwaltung bestritten. Ich erwähnte auch einen bestimmten Militärberichterstatter mit Namen. Der Kriegsminister hat erklärt, daß er einen inaktiven Offizier dieses Namens nicht kenne. Darin hatte er recht, der Name war nämlich ein Pseudonym. Unter diesem angenommenen Namen hat der betreffende Offizier a. D. viele Militärstudien veröffentlicht, zum Beispiel im „Berliner Tageblatt“, im „Reichsboten“ und in anderen Blättern, die auf dem Boden der heutigen Gesellschaftsordnung stehen. Auf Grund seiner Broschüre „Sino ira et studio“ wurde er von einem Mitarbeiter der „Zukunft“, einem Grafen Reventlow, aufgefordert, doch seinen vollen Namen zu nennen, damit seine Kritiken auf die Militärverwaltung mehr Eindruck machen. Da nannte er seinen Namen: Freiherr v. Wartenberg. Aber sofort wurde er vor ein Militärgericht gestellt und verurteilt, aus dem Offiziersstande ausgeschlossen zu werden. (Hörl hört! bei den Sozialdemokraten.) Der oberste Kriegsherr milderte das Urteil dahin, daß ihm nur die Erlaubnis entzogen wurde, Uniform zu tragen. Der Reichstag hat nun das allergrößte Interesse, dafür zu sorgen, daß den verabschiedeten Offizieren das Recht der Kritik ebenso eingeräumt werde, wie jedem anderen Staatsbürger. Gerade die freien, sachgemäßen Kritiken solcher Männer geben dem Reichstage das beste Material zur Beurteilung der Armee. (Sehr richtig! links.) Noch immer wird die Armee zur religiösen Proselytenmacheri benutzt. Auf junge Dissidenten, die ihrer Dienstzeit genügen, ist Druck ausgeübt worden, um sie zum Anschluß an irgend eine Kirche zu veranlassen. Ein solcher Fall ist beim Infanterie-Regiment Nr. 76 in Hamburg vorgekommen. Dort dienten acht Dissidenten, die der Oberst zum Religionsunterricht beim evangelischen Militärpfarrer nötigte. Fünf zeigten sich bereit, der Kirche beizutreten, drei blieben standhaft und mußten noch einmal Religionsunterricht beim Militärpfarrer nehmen, damit ihre Seele, wie der Oberst sich ausdrückte, nicht dem Teufel verfielen. Wir wissen ja, daß der oberste Kriegsherr der persönlichen Ansicht ist, daß nur Christen gute Soldaten sein können. Neuerdings scheint freilich in dieser Anschauung ein Wandel eingetreten zu sein: vielleicht hat der ostasiatische Krieg dazu beigetragen, in welchem sich die Japaner trotz ihres Heidentums als vorzügliche Soldaten bewährt haben. Bekanntlich hat ja auch der japanische General Kogi einen preussischen Orden erhalten. (Weiterkeit.) Um so eher dürfen wir hoffen, daß die Schikanimierungen deutscher Soldaten wegen ihrer religiösen Ueberzeugung aufhören werden. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Beim Kapitel Pferdebeschaffung kommt

Abg. Dr. Pashide (fr. Vg.) auf die Angriffe des Abgeordneten v. Treuenfels zurück. Es handelt sich darum, daß ich im Anfang des Wahlkampfes 1903 in einer ländlichen Wahlversammlung, als ich über die Pferdezüge und Remontenanläufe und über die Verbesserung der Großgrundbesitzer vor den kleinen Besitzern bei diesen Anläufen sprach, gesagt haben soll, ein gutes Frühländ bei Standesgenossen ist eine nicht zu unterschätzende Sache. Dieser Vorwurf ist mir aber nicht etwa in jener Versammlung von dem damals anwesenden Briefschreiber, der sehr viel redet, gegen mich erhoben oder überhaupt im Wahlkampf, sondern ein ganzes Jahr später in einem Privatbriefe an Herrn v. Treuenfels. — Gegen die Erklärung des Herrn v. Treuenfels in dem Pashider-Blatte habe ich zwei Tage darauf eine Gegenerklärung mit meinem Namen unterzeichnet, veröffentlicht. Herr v. Treuenfels aber behauptet, ich hätte nicht gewagt, in der Öffentlichkeit meine Behauptung zu bestreiten. Eine Klage, um Wahlstreitigkeiten so geringfügiger Art auszutragen, halte ich für überflüssig. Dafür gibt es ein anderes Gericht, das ist die öffentliche Meinung. (Bravo! links.)

Nach weiterer Rede und Gegenerrede zwischen den Abgg. v. Treuenfels (l.) und Pashide erklärt
Präs. Graf Vassekrem die Debatte für geschlossen. (Weiterkeit und Beifall.)

Der Militäretat wird ohne weitere Debatte angenommen. Hierauf folgt der Marine-Etat. Zum Kapitel: Instandhaltung der Flotte und Werften kommt

Abg. Legien (Soz.)

auf die in zweiter Lesung vorgebrachten Beschwerden zurück. (Bei der allgemeinen Unruhe des Hauses bleiben seine Ausführungen auf der Tribüne größtenteils unverständlich.) Ich weise auf die von der Organisation der Werftarbeiter ausgearbeitete Denkschrift hin, die bei der zweiten Lesung noch nicht vorlag. Die Marineverwaltung gehört durchaus nicht zu den Arbeitgebern, denen man zutrauen kann, daß sie bei einem Prämiensystem die richtigen Arbeiter belohnen. Die Arbeiter wissen nicht, warum sie die Prämien bekommen, und warum nicht. Wenn aber schon ein Affordsystem besteht, so müsse es gerecht durchgeführt werden. Es gibt ungeheuer viel Vorarbeiter, die gar nicht mitarbeiten. Ein Teil der Leute, die nur die Aufgabe der Kontrolle haben, partizipieren am Lohne der Arbeiter. Der Herr Staatssekretär behauptete fernerzeit, die Arbeiter hätten von der Flottenvorlage dadurch Vorteil gehabt, daß die Löhne erhöht wären. Seine Angaben waren aber ganz unkontrollierbar, da er nicht angab, welche Arbeiter die Lohnerhöhung erhalten hätten. Nach den Lohnlisten ließen sich die tatsächlichen Löhne der verschiedenen Arbeiterkategorien genau feststellen. Uebrigens auch wenn es richtig wäre, daß die Löhne gestiegen sind, so sind doch auch die Mieten sowie die Lebensmittel in Kiel in derselben Zeit ganz außerordentlich bis 25 Proz. gestiegen; so daß in der Tat die Arbeiter in Kiel trotz der Flottenvorlage schlechter gestellt sind als vorher. Redner führt zum Schluß einen Fall vor, in dem einem Werftarbeiter auf Veranlassung der Verwaltung die Rente gekürzt ist, weil er sich an den Verlust von vier Fingern „gewöhnt“ habe. Sie werden aus meinen Darlegungen ersehen haben, daß auch die Marinebetriebe leider noch lange keine Musterbetriebe sind. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.) Staatssekretär des Reichs-Marineamt v. Tirpis: In Bezug auf meinen Erlaß an die Werftverwaltung über den § 616 des Bürgerlichen Gesetzbuches irt Herr Legien. Seit dem 15. Februar wird keinem Werftarbeiter die betreffende Lohnerhöhung vorkommen. — Das Affordsystem werden wir beibehalten müssen, so lange es Menschen gibt, die bequemer arbeiten als andere. Die Vorarbeiter sind keine Vorgesetzten, sie arbeiten wie die anderen. — Daß einige Arbeiter in Kiel jetzt teurer wohnen als früher, ist ein Beweis gegen die Behauptung, daß das Flottengesetz den Werftarbeitern genützt hat. Herr Legien hat auch nicht den Beweis dafür beigebracht, daß die Beschwerden von den Unterbeamten nicht weiter gegeben werden, wie er behauptete. — Daß wir noch einige alte Maschinen haben, ist richtig, aber ich möchte nicht, daß Herr Legien oder seine Freunde schon bereit gewesen wären, uns neue Maschinen zu bewilligen. (Sehr gut! rechts.)

Geheimrat Harms polemisiert gegen den Abg. Legien, bleibt aber auf der Tribüne unverständlich.

Abg. Legien (Soz.): Es handelt sich nicht darum, ob man die Vorarbeiter Vorgesetzte nennt, oder sonst wie, sondern darum, daß sie, ohne zu arbeiten, den Arbeitern einen großen Teil ihres Lohnes entziehen. Gewiß sind große Arbeitermassen in Kiel konzentriert, aber wer trägt denn die Schuld daran? Doch die Regierung mit ihren Flottenvorlagen. Wenn der Herr Staatssekretär sagt, die Denkschrift ginge ihn nichts an, so weiß ich ein Mittel, um zu bewirken, daß sie ihn sehr wohl etwas angeht. Wir werden die Denkschrift das nächste Mal hier im Hause vorlesen. Diesmal haben wir geglaubt, Ihnen die Arbeit zu erleichtern, indem wir Ihnen die Denkschrift nur vorlegten. Aber wenn Sie nicht anders wollen, werden wir das nächste Mal vorlesen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) — Redner polemisiert dann gegen Geheimrat Harms und verteidigt das Prinzip des Stundenlohnes. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Jubelt (Soz.) kommt auf die von ihm bei zweiter Lesung vorgebrachten Fälle zurück und erklärt, von der Regierung in keiner Weise widerlegt zu sein. (Ironischer lauter Beifall rechts, Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Der Titel wird bewilligt, ebenso ohne Debatte der Rest des Marine-Etats.

Es folgt der Justiz-Etat.

Abg. Baffermann (natl.): Die Kommission zur Vorbereitung einer Korbelle zur Strafprozessordnung beendigt in diesen Tagen ihre Arbeiten. Die Arbeiten werden hoffentlich dem Reichstage bald vorgehen. Ich bitte den Herrn Staatssekretär um Mitteilung über den Stand der Vorarbeiten.

Staatssekretär Nieberding: Die eingeleiteten Vorarbeiten zur Reform der Strafprozessordnung beruhen auf einem Beschlusse der verbündeten Regierungen, sondern entspringen der Initiative des Reichsjustizamts, das sich klar war, daß zu dieser bevorstehenden Aufgabe umfangreiche Vorarbeiten notwendig waren. Wir haben die Hoffnung, daß im Laufe dieses Jahres die ersten Publikationen herauskommen werden. Das große Interesse des Hauses wird vielleicht bewirken, daß die Herren ihre Arbeit noch mehr beschleunigen.

Abg. Stadthagen (Soz.): Das Zeugniszwangsverfahren ist etwas so Schimpfliches, daß ich die großen Worte nicht begreife, die Herr Baffermann und der Herr Staatssekretär gemacht haben von der Reform des Strafprozesses. Der Fall des lippischen Redakteurs Stärke ist so beschaffen, daß dabei jedem Gefühl von Anstand ins Gesicht geschlagen wird. Trotzdem schon 300 M. von dem Redakteur wegen Zeugnisverweigerung eingezogen waren, wurde er ein zweites Mal wegen derselben Sache vor Gericht gezogen. Ein solches Verfahren ist in mehrfacher Weise rechtswidrig. In einem Verfahren wider Unbekannt sollte meiner Meinung nach überhaupt kein Zeugniszwang ausgeübt werden dürfen. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Staatssekretär Nieberding: Es handelt sich hier um Folgendes: Eine Privatperson erhält von einer anderen ein Telegramm und dieses erscheint plötzlich in der Presse. Weder der Absender noch der Empfänger haben die Veröffentlichung veranlaßt, es muß also eine Verletzung des Brief- oder Telegraphengeheimnisses vorliegen. (Widerspruch links.) Wir haben aber alle und auch die Presse hat das lebhafteste Interesse daran, daß das Briefgeheimnis unter allen Umständen gewahrt wird und das selbe geschieht, um im einzelnen Falle den Täter zu ermitteln. Von der Wahrung eines Redaktionsgeheimnisses ist in diesem Falle nicht die Rede. (Bravo! rechts.)

Abg. v. Gerlach (fr. Vg.): Die Sache liegt doch anders. Es handelt sich nicht um ein Telegramm von Privatmann zu Privatmann, sondern um ein Telegramm des Vertreters der Bäderbürger an den Vizepräsidenten des lippischen Landtages, daß die Beeinflussung einer Abstimmung bezweckt. Es lag also für den Redakteur ein öffentliches Interesse vor, dieses hochpolitische Telegramm, das ihm eine Privatperson, kein Telegraphenbeamter, überbrachte, zu veröffentlichen. Es steht auch durchaus nicht fest, daß eine Verletzung des Telegraphengeheimnisses vorliegt.

Staatssekretär Nieberding: Mit der vom Reichstage gewünschten Reform des Zeugniszwangsverfahrens würde ein Fall wie dieser auch nicht bestraft. Ein Redakteur, der zur Entdeckung eines Verbrechens mitteilt, kann nie ehelos handeln. (Lebhafter Beifall links.)

Abg. Berner (Antif.) geht wie im Vorjahr auf den Fall ein, daß ein von ihm Verfolgter wegen „Wahrung berechtigter Interessen“ freigesprochen war.

Abg. Stadthagen (Soz.) weist darauf hin, daß Redakteur Stärke es beschworen hat, daß das Telegramm nicht von einem Beamten herrühre; deshalb fallen die Ausführungen des Staatssekretärs in sich zusammen. Die Mehrheit des deutschen Volkes sieht auf dem Standpunkte, daß unanständige Handlungen niemals verlangt werden dürfen, daß ihre Unterlassung niemals die Grundlage eines Strafprozesses sein dürfe. (Sehr richtig! links.) Ein Staatsanwalt, der das nicht versteht, untergräbt die Achtung vor den Gerichten. In welchem Kulturland ist denn eine solche Tortur möglich. Ehelos ist, wer das Vertrauen bricht, daran werden Sie (zu Rechten) nichts ändern können. Die Minister geben doch nicht einmal den an, der ihnen Spieldienste geleistet hat. (Beifall links.)

Abg. v. Gerlach (fr. Vg.): Ich möchte mir erlauben, nur theoretisch die Frage an den Staatssekretär zu richten, ob es zulässig sei, zweimal in einem Zeugniszwangsverfahren jemanden gerichtlich zu bestrafen.

Abg. Thiele (Soz.): Ich glaube im Namen aller Redakteure und Journalisten ohne Unterschied der Partei zu sprechen, wenn ich erkläre, daß wir den Redakteur, der aus Furcht vor Strafe das Amtsgeheimnis verrät, für einen ehelosen Säufert halten. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.) Einem Redakteur kommen ohne sein Zutun sozial Mittelungen zu, daß er lediglich prüfen kann, ob die Veröffentlichung im öffentlichen Interesse liegt, und das war hier in eminentem Maße der Fall. Die Inhaftnahme ist in diesem Falle nichts weiter als eine verschleierte Strafvollstreckung. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Dieser Fall zeigt, daß die Justiz in Deutschland allmählich zur Gunst der Staatsraison wird. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Präsident Graf Vassekrem: Wegen dieses letzten Ausdrucks rufe ich Sie zur Ordnung!

Der Justizetat wird hierauf bewilligt.

Beim Reichs-Invalidenfonds äußert
Abg. Grünberg (Soz.) Wünsche auf bessere Versorgung der Veteranen.

Der Etat wird bewilligt.

Zum Postetat bemerkt

Abg. Singer (Soz.): Die Reichspost scheint sich zur Zensurbehörde ausbilden zu wollen. Der „Avanti“ ist in Elsaß-Lothringen verboten. Wer das sollte doch nicht abhalten, ihn einem Abonnenten in Hamburg zuzustellen. Die Post aber hat dies fertig gebracht. (Hörl hört!) Eine gesetzliche Bestimmung, aus Grund der die Post die Zustellung verbieten könnte, existiert nicht. Die Post darf nur die Zustellung von solchen Schriften verweigern, die im Deutschen Reich verboten sind. Dazu gehört aber, daß eine periodische Schrift in einem Jahre zweimal bezahlet worden ist und daß das Urteil seit drei Monaten rechtskräftig ist. Andere Schriften sind im Deutschen Reich erlaubt, auch wenn sie in dem einen Bundesstaate Elsaß-Lothringen verboten sind. Ich hoffe also, daß der Staatssekretär nunmehr sofort die Hamburger Postbehörde desabonniert wird.

Staatssekretär Kraetke: Der Herr Vorredner befindet sich im Irrtum. Er verwechselt Postgesetz und Preßgesetz. Eine Verpflichtung zum Postdebit besteht nur für die im Deutschen Reich erscheinenden Zeitungen. Es darf allerdings keine Zeitung, die im Deutschen Reich selbst verboten ist, von der Bestellung ausgeschlossen werden. (Zuruf bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Jubelt (Soz.) wünscht bessere Fürsorge für die Postkellner. Die neuen Mäntel bieten absolut keinen genügenden Schutz gegen Wind und Wetter. In manchen Beziehungen sind selbst die Angestellten der Großen Berliner Straßenbahn besser gestellt als die Postkellner der Reichspost. Auch die Eisenbahn hat für ihre Bedienten für den Winter Pelze angeschafft. Nach 9 Jahren erhalten die Postkellner 3,10 M. Lohn und die wenigsten unter ihnen erreichen diesen Höchstlohn. Redner führt zwei Fälle von Vergehen von Postvertrauensärzten gegen Telephonistinnen an, deren Einzelheiten unverständlich bleiben.

Abg. Singer (Soz.): Der Herr Staatssekretär hat mit nackten Worten die Zensur proklamiert, wenn er das Vorgehen des Postamts in Hamburg als gesetzlich berechtigt erklärt. Weil die Postordnung ihm nicht ausdrücklich die Pflicht auferlegt, solche Zeitungen, die auf Grund preßgesetzlicher Bestimmungen in Deutschland befördert werden müssen, auszuliefern, darf er nicht das Recht für die Verwaltung in Anspruch nehmen, eine solche Zeitung von der Beförderung auszuschließen. Ich kann nach der Antwort des Herrn Staatssekretärs nur annehmen, daß er das Vorgehen des Postamts für gerechtfertigt erklärt, weil es sich um ein sozialdemokratisches Blatt handelt. Mit dieser Politik kommt der Herr Staatssekretär auf eine schiefe Ebene. Als Verkehrsinstanz sollte die Post mit irgend welchen politischen Tendenzen nichts zutun haben. Eine solche feindliche Politik, daß man eine Zeitung per Kreuzband befördert, ohne Kreuzband aber nicht, ist der deutschen Reichspostverwaltung nicht würdig. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Staatssekretär Kraetke: Von einer Zensur kann keine Rede sein; es handelt sich hier lediglich darum, daß wir eine Verpflichtung, die wir nicht haben, nicht übernehmen. (Nachher bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Müller-Sagan (fr. Vg.): Mit seinem Grundsatze, keine Verpflichtungen zu übernehmen, die er nicht hat, hätte der Herr Staatssekretär recht, wenn er ihn konsequent durchführte. Er übernimmt aber Verpflichtungen, die er nicht hat, indem er ausländische Zeitungen zum Postdebit zuläßt. Dadurch, daß er nicht alle ausländischen Zeitungen zuläßt, sondern nur eine beschränkte Anzahl, übt er in der Tat eine Zensur aus.

Preussischer Finanzminister Herr v. Rheinbaben: Ich habe folgende Erklärung im Namen der verbündeten Regierungen abzugeben. Obwohl bereits 24 Millionen ungedeckte Matrifularbeiträge vorhanden waren, haben die Regierungen sich bereit erklärt, noch weitere 22 Millionen auf sich zu nehmen, um den Wünschen des Reichstages auf Herabminderung der Zuschußanleihe möglichst entgegen zu kommen. Die Budgetkommission hat dann aber noch weitere 46 Millionen Mark vom Extraordinarium auf das Ordinarium verwiesen, also den Bundesstaaten zur Last gelegt. Es bleibt so also etwa ein Betrag von 80 Millionen ungedeckter Matrifularbeiträge übrig. Wenn auch der Reichstag 24 Millionen davon gestundet hat, so bleiben doch diese Matrifularbeiträge wie ein Damocles'scher Schwert über den Bundesstaaten schweben. Ich mache mir ja keine Hoffnung, daß der Beschluß des Reichstages aus der zweiten Lesung jetzt noch rückgängig gemacht wird, aber im ausdrücklichen Auftrag der verbündeten Regierungen muß ich Verwahrung einlegen gegen diese Gestaltung des Etats, die Bedenken der Regierung liegen auf finanziell wie auf politischem Gebiet. Ich kann Sie versichern, ich bin außerstande, den Etat zu balanzieren, außer auf dem Wege einer Anleihe. Ich spreche aber gar nicht im Namen Preussens, sondern im Namen der verbündeten Regierungen. Auch für die Einzelstaaten gilt das Wort, daß wir uns in keiner Not und Gefahr trennen wollen. Es handelt sich hier nicht um Gefahr, sondern um eine Not. Die Not ist um so größer, je kleiner der Staat ist. Die verbündeten Regierungen stehen auf dem Standpunkte, daß bei Erlaß der Verfassung niemand daran gedacht hat, den Begriff der Matrifularbeiträge so weit zu fassen, daß die Einzelstaaten nur im Wege der Anleihe sie aufbringen können. Ich möchte Sie fragen, woher soll die Freudigkeit zum Reiche kommen. (Lebhafter Unruhe links und im Zentrum), wenn die Einzelstaaten derartig von Reichswegen belastet werden. Ich möchte doch die Mahnung an Sie richten, alles zu tun, diese Freudigkeit am Reiche zu fördern und sie nicht zu hemmen. So geht es jedenfalls nicht weiter. Es ist notwendig, daß die Finanzen zwischen Reich und Bundesstaaten fest geregelt werden. (Beifall rechts.)

Die Beschlüsse zweiter Lesung werden aufrechterhalten.

Der Rest des Etats wird debattelos angenommen.

Der Etat wird hierauf in der Gesamtabstimmung gegen die Stimmen der Sozialdemokraten angenommen.

Es folgt die Abstimmung darüber, ob der Antrag Ranih (l.) auf Aufhebung der Stundung der Zollrechte vom 1. Juli ab an eine Kommission von 14 Mitgliedern verwiesen werden soll.

Auf Antrag Singer (Soz.) ist die Abstimmung eine namentliche.
Das Resultat der Abstimmung ist folgendes: Es haben abgestimmt 151 Abgeordnete, davon mit ja 109, mit nein 42. Der Reichstag ist daher beschlußunfähig. (Große Weiterkeit.)
Nächste Sitzung: Freitag 1 Uhr. (Nachtrags- und Ergänzungsetat, Wahlprüfungen.)
Schluß 7 1/2 Uhr.

4. Wahlkreis, Südost.

Sonntag, den 2. April, abends 5 1/2 Uhr, in Graumanns Festsälen, Mannhstr. 27:

Öffentliche Versammlung für Frauen und Männer.

Tages-Ordnung: Frühlinggedanken, Freiheitstagen! Referentin: Fel. Ida Mann. Nach dem Vortrag: Gemütliches Beisammensein mit Tanz. Zahlreichen Besuch erwarten Die Vertrauensleute.

Achtung! VI. Wahlkreis! Achtung!

(Schönhauser Vorstadt.)

Sonntag, den 2. April 1905, abends 6 Uhr, im „Jägerhaus“, Schönhauser Allee 103:

Volks-Versammlung für Männer und Frauen.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Genossen Kutzke über: „Die Entwicklung unserer Sozialgesetzgebung.“ 2. Diskussion. Nach der Versammlung: Gemütliches Beisammensein und Tanz. Zu zahlreichem Besuch ladet ein Der Vertrauensmann.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Haupt-Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1-5. Fernsprecher Amt IV, 9079. Arbeitsnachweis Zimmer 34, Amt IV, 3353.

Sonntag, den 2. April, vormittags von 10-1 Uhr, werden in folgenden Lokalen die Wahlen zur Ortsverwaltung (Vorstand und Kassierer) vorgenommen:

- Abendroth, Badstr. 43, Ecke Gropiusstraße.
- Raabe, „Kolberger Salon“, Kolbergerstr. 23.
- Wernaus Festsäle, Schwedterstr. 23.
- A. Boekers Festsäle, Weberstr. 17.
- Gewerkschaftshaus, Saal 7, Engel-Ufer 15.
- Kronenbrauerei, Alt-Moabit 47/49.
- Kumke, Bülowstr. 59.
- Thiel, Nirdorf, Bergstr. 152.
- Volkshaus, Charlottenburg, Rosinenstr. 3.
- Böhle, Spandau, Rennemeisterstr. 5.
- Kaufhold, Ober-Schöneweide, Wilhelmminenhofstr. 18.
- Tempel, Rummelsburg, Alt-Borghagen 56.
- Muster, Reinickendorf-West, Berlinerstr. 29.

Stimmzettel werden am Eingang zu den Lokalen verteilt. Ohne Mitgliedsbuch kann niemand wählen. Wir erfragen um recht rege Beteiligung.

Sonntag, den 2. April, vormittags 10 Uhr, Engel-Ufer 15, Saal 1:

Versammlung der Bauanschläger.

Tages-Ordnung: 1. Stellungnahme zur Spandauer Annahme. 2. Verhandlungsangelegenheiten und Verschiedenes. Mitgliedsbuch legitimiert.

Montag, den 3. April, abends 8 1/2 Uhr, im großen Saale der Brauerei am Friedrichshain 16/23:

General-Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Stellungnahme zur Generalversammlung in Leipzig (Vorstandsberichte, Anträge). 2. Stellungnahme zum 1. Mai. Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt. Zahlreichen Besuch erwarten Die Ortsverwaltung.

Zentral-Verband der Maurer Deutschlands

(Zweigverein Berlin. Sektion der Putzer.)

Sonntag, den 2. April 1905, vormittags 10 1/2 Uhr, in den „Arminshallen“, Kommandantenstr. 20:

Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Wahl des Zweigvereins-Vorstandes. 2. Interne Vereins-Angelegenheiten. Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen erucht Die örtliche Verwaltung. A. N.: H. Neumann.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Heute Freitag, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15:

Sitzung der Ortsverwaltung.

Achtung! Einsetzer. Achtung! Sonntag, den 2. April, vormittags 10 Uhr, bei Feuerstein, Alte Jakobstr. 75 (unterer Saal):

Branchen-Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag über: „Das Invalidenversicherungs-Gesetz.“ 2. Diskussion. NB. Es ist notwendig, daß ein jeder Verbandskollege, der als Einsetzer tätig ist, in seinem eigenen Interesse sich obigen Vortrag anhört. Es fehlt daher keiner der Kollegen. Die Versammlung wird pünktlich eröffnet. Die Kommission.

Tischler-Verein zu Berlin.

Sonabend, den 1. April, abends 8 1/2 Uhr, Melchiorstr. 15:

Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Stadtverordneten Herrn Schubert über: Die preussische Volkshilfe. 2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten. NB. Aufnahme neuer Mitglieder. Angabe der Wickets zum Obervergnügen. Gäste (auch Frauen) haben Zutritt. Der Vorstand.

Vereinigung der Zimmerer Deutschlands.

Bureau: Berlin C 54, Dragonerstr. 15, H. I. — Telefon: Amt III. Nr. 5028.

Freitag, den 31. März 1905, abends 8 Uhr:

Außerordentliche General-Versammlung des Vereins der Zimmerer Berlins u. Umgegend

in der Musikerbörse, Kaiser Wilhelmstr. 18m, zwischen Münz- u. Sirtenstr. drei Minuten vom Alexanderplatz.

Tages-Ordnung: Endgültige Beschlußfassung über die letzte Verhandlung mit den Arbeitgebern. Um weiteste Beteiligung erucht Der Vorstand. F. A.: Albert Juppontatz.

Soeben erschien Heft 11 „Europa“ Wochenschrift für Kultur und Politik. Herausgeber: Heinrich Michalski.

Mit dieser Nummer, welche 4 Bogen stark ist, beendet die „Europa“ ihr erstes Quartal und können wir nur unsere Zufriedenheit ausdrücken über die große Anerkennung und Verbreitung, welche dieselbe in dieser kurzen Zeit ihres Bestehens gefunden hat. — Uns den Inhaltangaben der heutigen Nummer wollen Sie ersehen, wie hochinteressant die „Europa“ für alle Kreise ist.

Inhalt von Heft 11: Ein Herzogsbund. Gedicht von Junius. Sompers Iala. Von Heinrich Michalski. Die Lage des Liberalismus. Von Dr. Ernst Harmening. Der aufgeregte Mensch und die Weltpolitik. Von Dr. Eduard David, M. d. R. Der Marokko-Rummel. Von Ed. Bernstein, M. d. R. Waldersees Kolonialträume. Von A. Bant. Zur Diagnose der wirtschaftlichen Lage. Von Richard Calwer. Jernanhalten und persönliche Freiheit. Von Prof. Dr. Sommer. Napoleons Militarismus und andere napoleonische Dinge. Von Karl Weidner. Kunst und Sozialismus. Von Dr. Franz Lindheimer. Wohnungs-Wirtschaft. Von Lothar Brieger-Wasservogel. Meine Erinnerungen an Adolf Wenzel. Von Wolfgang Kirchbach. Die Uhr. Von Maxin Gorki. Drei Einakter. Von Dr. Monty Jacobs.

Inhalt von Heft 10: Unsere Schwermut zu Japan. Von Heinrich Michalski. Russen und russische Kurze. Von Eduard Bernstein, M. d. R. Die Kritik des Dualismus. Von E. Bernerthofer, M. d. R. Zwei Weltprinzipien im Kampfe. Von Prof. F. Staudinger. Adolf Wagner. Von Rich. Calwer. Das Recht der Kinder. Von Prof. Dr. K. Förel. Felle Weiberhäute. Von P. Kampfmeyer. Gebdel als Prophet. Von Pastor Dr. A. Kallhoff. Die große Liebe. Von J. Schaumberger. Richard Strauß. Von Leo Kestenberg. Die heilige Scham. Von Alois. Die bisherigen Hefen enthalten folgende Beiträge:

Dr. Anita Augsburg: Ein typischer Fall der Gegenpart. So Bergmann: Rein Freund Hard. Ed. Bernstein, M. d. R.: Europas Befreiung. Zwei Sterbende. Die neuen Sozialisten. Jar und Jarismus. Der Reichstag und die Handelsverträge. Das Moskauer Aikental. Parlamentarismus zum Umfallen. Die Reichslokomotive und ihr Kurs. Vom Ueberflüssigen. Dr. Hans Wetzig: Empörung. Karl Weidner: Die nordische Epöing. Dr. Wilhelm Böhmert: Rückgang der Geburtsziffer.

Die „Europa“ kostet pro Heft M. 0,25, pro Quartal M. 3.— und ist zu haben: in allen Buchhandlungen, Zeitungsständen, bei der Post und auch direkt beim unterzeichneten Verlage zum Preise von M. 3,50 pro Vierteljahr. — Auf den Berliner Stadtbahnhöfen wird seit gestern die „Europa“ nicht mehr zum Verkauf zugelassen.

Verlagsgesellschaft Europa G. m. b. H. Charlottenburg, Niebuhrstr. 1.

Dr. Bruno Borchardt: Zur Beurteilung der jüngsten Schulsonfite. Robert Dreier: Die Kultur. Meier-Graf. Lothar Brieger-Wasservogel. Gedanken über japanische Kunst. Rich. Calwer: Die Denkschrift der Reichsverwaltung. Mitteleuropäische Politik. Wirtschaftspolitik. Rundschau Arbeiterkammern. Die Tugend des Genusses. Die Berggesch-nouelle. Dr. Eduard David, M. d. R.: Zum Fall Bäder. Der § 175. Dr. Gogers: Der Streit gegen den Alkohol. Ed. Fischer, M. d. R.: Die Behandlung der politischen Strafgefangenen. Prof. Dr. A. Förel: Die Vergangenheit als Schlüssel der Zukunft. Darwinismus und Nihilismus. Der Faschismus. Alfred S. Fried: Der russisch-japanische Krieg und die Friedensbewegung. Prof. P. Gumpowicz: Adolf Bakunin. Ida Hahn-Lug: Ellen Key. Hannes: Römische Verse. Dr. Ernst Harmening: Rechtsprechung der Zukunft. Julius Hart: Ein Vierteljahr Theater. Darwinismus und Nihilismus. Wegen die alte Weltanschauung. Karl Hensel: Die Hyäne. Wilhelm Holzamer: Das Verzeihen. Hans Hyan: Das rote Malai. Dr. Monty Jacobs: Zu Otto Erlachs Gedächtnis. Schusselchen. Eiga. Emma. Junius: Dramenmörder. Die Schlacht in Petersburg. Berdmogenschau. Kennst Du das Land? Grafin Montquolo. Der achtunglose Jar. Obstruktion. Verfassung. Ein Weltgericht. Sigmund Rast: Das Erzhaus. G. A. Rantzberg: Der moderne Fabrikant.

Pastor Dr. A. Kallhoff: Säkularisation der Religion. Tag und Nacht. Kirche und Schule. Kirchenpolitik. Der Faschismus. Zur Frage der deutschen Reichsfrage. Seligkeit. Das Kind als Erzieher. Falsche Vorstellungen. Religionswissenschaft. Der Trieb nach der Religion. Gerhard Cudama Knoop: Panem et Circenses. Julius Knopf: Das Seltenemehr. Friedr. Kohn: Nach dem Streit. Dr. David Kohnen: Der Mensch des kategorischen Imperativs. St. v. Roper: Die Dürre in Rumänien. Th. P. Krag: Ein norwegisches Märchen.

Landgerichtsrat W. Aulemann: Liberalismus. Kultur und Religion. Kollektivismus. Dr. Fr. Lindheimer: Kultur und Religion. Prof. Cesare Lombroso: Die Presse und ihre Rolle in Skandalaffären. Heinrich Michalski: Liberalismus und Sozialismus. Die Freiheit markiert vom Jaren. Bal paré. Rundschau. Kriegsleben. Jagdgeschichten und Kuplan. Pläne des kaiserlichen Hofes. Neuhere Politik. Par nobilio fratrum. Rufen und Rufen. Feit Chile: Die deutsche Expedition nach Westfalen. Oba Verba Oiberg: Die politische Lage in Italien. Dr. Gustav Pauli: Ressel und Reicherts Warenhaus. Engelbert Bernerthofer: Die österreichische Staatsfalle. J. G. Vorigly: Der Lob. Dr. Heinz Rothsch, M. d. R.: Generalversammlung des Wahlvereins der Liberalen. Dr. Heinrich Rador: Moderner Landwirtschaftsbetrieb. Eugen Robert: Alfred Kerr. W. Scharrelmann: Die Maschine. Max Schippel, M. d. R.: Berichterstattung über die Verhandlungen der Reichsversammlung in Reichen. Dr. Heinrich Schmidt: Darwinismus und Nihilismus. Dr. Joh. Schubert: Maxims Kaiser Friedrich. Denkmal. Eine neue Geschichte der Staatslehren. Der neue Berliner Dom. Ernst Schur: Der Ulanenbrunnen von Goul. Gedanken über Rengel. Th. Th. Heine. Dr. W. Schwann: Schaff Döfles. Komitees für Ruhrgebiet. Prof. F. Staudinger: Wandlungen. Sozialliberalismus und Sozialdemokratie. Fritz Tödtter: So still ist heut die trübe Nacht. Aug. Strindberg: Der Quarantäne-meister. Sundermann: Briefe und Karten aus dem Ruhrgebiet. Dr. F. Zylman: Die schwedische manuelle Behandlung. Prof. F. Zönnies: Streit-Erinnerungen und Streitgedanken. Werner vom Rhein: Karnaval! A. Bant: Ein Fortschritt für unsere Infanterie. Das Geheimnis der Kaiserfolge. Karpatiens. Ein Schlachtfeld. Jul. S. West: Der moderne Fabrikant. (Heft 1 und 6). J. Wiegand: Gedanken über das neue Drama. Dr. Dr. Wille: Renaissance innerlicher Kultur.

Die „Europa“ kostet pro Heft M. 0,25, pro Quartal M. 3.— und ist zu haben: in allen Buchhandlungen, Zeitungsständen, bei der Post und auch direkt beim unterzeichneten Verlage zum Preise von M. 3,50 pro Vierteljahr. — Auf den Berliner Stadtbahnhöfen wird seit gestern die „Europa“ nicht mehr zum Verkauf zugelassen.

Verlagsgesellschaft Europa G. m. b. H. Charlottenburg, Niebuhrstr. 1.

Dr. Anita Augsburg: Ein typischer Fall der Gegenpart. So Bergmann: Rein Freund Hard. Ed. Bernstein, M. d. R.: Europas Befreiung. Zwei Sterbende. Die neuen Sozialisten. Jar und Jarismus. Der Reichstag und die Handelsverträge. Das Moskauer Aikental. Parlamentarismus zum Umfallen. Die Reichslokomotive und ihr Kurs. Vom Ueberflüssigen. Dr. Hans Wetzig: Empörung. Karl Weidner: Die nordische Epöing. Dr. Wilhelm Böhmert: Rückgang der Geburtsziffer.

Die „Europa“ kostet pro Heft M. 0,25, pro Quartal M. 3.— und ist zu haben: in allen Buchhandlungen, Zeitungsständen, bei der Post und auch direkt beim unterzeichneten Verlage zum Preise von M. 3,50 pro Vierteljahr. — Auf den Berliner Stadtbahnhöfen wird seit gestern die „Europa“ nicht mehr zum Verkauf zugelassen.

Verlagsgesellschaft Europa G. m. b. H. Charlottenburg, Niebuhrstr. 1.

Dr. Bruno Borchardt: Zur Beurteilung der jüngsten Schulsonfite. Robert Dreier: Die Kultur. Meier-Graf. Lothar Brieger-Wasservogel. Gedanken über japanische Kunst. Rich. Calwer: Die Denkschrift der Reichsverwaltung. Mitteleuropäische Politik. Wirtschaftspolitik. Rundschau Arbeiterkammern. Die Tugend des Genusses. Die Berggesch-nouelle. Dr. Eduard David, M. d. R.: Zum Fall Bäder. Der § 175. Dr. Gogers: Der Streit gegen den Alkohol. Ed. Fischer, M. d. R.: Die Behandlung der politischen Strafgefangenen. Prof. Dr. A. Förel: Die Vergangenheit als Schlüssel der Zukunft. Darwinismus und Nihilismus. Der Faschismus. Wegen die alte Weltanschauung. Karl Hensel: Die Hyäne. Wilhelm Holzamer: Das Verzeihen. Hans Hyan: Das rote Malai. Dr. Monty Jacobs: Zu Otto Erlachs Gedächtnis. Schusselchen. Eiga. Emma. Junius: Dramenmörder. Die Schlacht in Petersburg. Berdmogenschau. Kennst Du das Land? Grafin Montquolo. Der achtunglose Jar. Obstruktion. Verfassung. Ein Weltgericht. Sigmund Rast: Das Erzhaus. G. A. Rantzberg: Der moderne Fabrikant.

Pastor Dr. A. Kallhoff: Säkularisation der Religion. Tag und Nacht. Kirche und Schule. Kirchenpolitik. Der Faschismus. Zur Frage der deutschen Reichsfrage. Seligkeit. Das Kind als Erzieher. Falsche Vorstellungen. Religionswissenschaft. Der Trieb nach der Religion. Gerhard Cudama Knoop: Panem et Circenses. Julius Knopf: Das Seltenemehr. Friedr. Kohn: Nach dem Streit. Dr. David Kohnen: Der Mensch des kategorischen Imperativs. St. v. Roper: Die Dürre in Rumänien. Th. P. Krag: Ein norwegisches Märchen.

Landgerichtsrat W. Aulemann: Liberalismus. Kultur und Religion. Kollektivismus. Dr. Fr. Lindheimer: Kultur und Religion. Prof. Cesare Lombroso: Die Presse und ihre Rolle in Skandalaffären. Heinrich Michalski: Liberalismus und Sozialismus. Die Freiheit markiert vom Jaren. Bal paré. Rundschau. Kriegsleben. Jagdgeschichten und Kuplan. Pläne des kaiserlichen Hofes. Neuhere Politik. Par nobilio fratrum. Rufen und Rufen. Feit Chile: Die deutsche Expedition nach Westfalen. Oba Verba Oiberg: Die politische Lage in Italien. Dr. Gustav Pauli: Ressel und Reicherts Warenhaus. Engelbert Bernerthofer: Die österreichische Staatsfalle. J. G. Vorigly: Der Lob. Dr. Heinz Rothsch, M. d. R.: Generalversammlung des Wahlvereins der Liberalen. Dr. Heinrich Rador: Moderner Landwirtschaftsbetrieb. Eugen Robert: Alfred Kerr. W. Scharrelmann: Die Maschine. Max Schippel, M. d. R.: Berichterstattung über die Verhandlungen der Reichsversammlung in Reichen. Dr. Heinrich Schmidt: Darwinismus und Nihilismus. Dr. Joh. Schubert: Maxims Kaiser Friedrich. Denkmal. Eine neue Geschichte der Staatslehren. Der neue Berliner Dom. Ernst Schur: Der Ulanenbrunnen von Goul. Gedanken über Rengel. Th. Th. Heine. Dr. W. Schwann: Schaff Döfles. Komitees für Ruhrgebiet. Prof. F. Staudinger: Wandlungen. Sozialliberalismus und Sozialdemokratie. Fritz Tödtter: So still ist heut die trübe Nacht. Aug. Strindberg: Der Quarantäne-meister. Sundermann: Briefe und Karten aus dem Ruhrgebiet. Dr. F. Zylman: Die schwedische manuelle Behandlung. Prof. F. Zönnies: Streit-Erinnerungen und Streitgedanken. Werner vom Rhein: Karnaval! A. Bant: Ein Fortschritt für unsere Infanterie. Das Geheimnis der Kaiserfolge. Karpatiens. Ein Schlachtfeld. Jul. S. West: Der moderne Fabrikant. (Heft 1 und 6). J. Wiegand: Gedanken über das neue Drama. Dr. Dr. Wille: Renaissance innerlicher Kultur.

Die „Europa“ kostet pro Heft M. 0,25, pro Quartal M. 3.— und ist zu haben: in allen Buchhandlungen, Zeitungsständen, bei der Post und auch direkt beim unterzeichneten Verlage zum Preise von M. 3,50 pro Vierteljahr. — Auf den Berliner Stadtbahnhöfen wird seit gestern die „Europa“ nicht mehr zum Verkauf zugelassen.

Verlagsgesellschaft Europa G. m. b. H. Charlottenburg, Niebuhrstr. 1.

Dr. Anita Augsburg: Ein typischer Fall der Gegenpart. So Bergmann: Rein Freund Hard. Ed. Bernstein, M. d. R.: Europas Befreiung. Zwei Sterbende. Die neuen Sozialisten. Jar und Jarismus. Der Reichstag und die Handelsverträge. Das Moskauer Aikental. Parlamentarismus zum Umfallen. Die Reichslokomotive und ihr Kurs. Vom Ueberflüssigen. Dr. Hans Wetzig: Empörung. Karl Weidner: Die nordische Epöing. Dr. Wilhelm Böhmert: Rückgang der Geburtsziffer.

Die „Europa“ kostet pro Heft M. 0,25, pro Quartal M. 3.— und ist zu haben: in allen Buchhandlungen, Zeitungsständen, bei der Post und auch direkt beim unterzeichneten Verlage zum Preise von M. 3,50 pro Vierteljahr. — Auf den Berliner Stadtbahnhöfen wird seit gestern die „Europa“ nicht mehr zum Verkauf zugelassen.

Verlagsgesellschaft Europa G. m. b. H. Charlottenburg, Niebuhrstr. 1.

Dr. Bruno Borchardt: Zur Beurteilung der jüngsten Schulsonfite. Robert Dreier: Die Kultur. Meier-Graf. Lothar Brieger-Wasservogel. Gedanken über japanische Kunst. Rich. Calwer: Die Denkschrift der Reichsverwaltung. Mitteleuropäische Politik. Wirtschaftspolitik. Rundschau Arbeiterkammern. Die Tugend des Genusses. Die Berggesch-nouelle. Dr. Eduard David, M. d. R.: Zum Fall Bäder. Der § 175. Dr. Gogers: Der Streit gegen den Alkohol. Ed. Fischer, M. d. R.: Die Behandlung der politischen Strafgefangenen. Prof. Dr. A. Förel: Die Vergangenheit als Schlüssel der Zukunft. Darwinismus und Nihilismus. Der Faschismus. Wegen die alte Weltanschauung. Karl Hensel: Die Hyäne. Wilhelm Holzamer: Das Verzeihen. Hans Hyan: Das rote Malai. Dr. Monty Jacobs: Zu Otto Erlachs Gedächtnis. Schusselchen. Eiga. Emma. Junius: Dramenmörder. Die Schlacht in Petersburg. Berdmogenschau. Kennst Du das Land? Grafin Montquolo. Der achtunglose Jar. Obstruktion. Verfassung. Ein Weltgericht. Sigmund Rast: Das Erzhaus. G. A. Rantzberg: Der moderne Fabrikant.

Pastor Dr. A. Kallhoff: Säkularisation der Religion. Tag und Nacht. Kirche und Schule. Kirchenpolitik. Der Faschismus. Zur Frage der deutschen Reichsfrage. Seligkeit. Das Kind als Erzieher. Falsche Vorstellungen. Religionswissenschaft. Der Trieb nach der Religion. Gerhard Cudama Knoop: Panem et Circenses. Julius Knopf: Das Seltenemehr. Friedr. Kohn: Nach dem Streit. Dr. David Kohnen: Der Mensch des kategorischen Imperativs. St. v. Roper: Die Dürre in Rumänien. Th. P. Krag: Ein norwegisches Märchen.

Landgerichtsrat W. Aulemann: Liberalismus. Kultur und Religion. Kollektivismus. Dr. Fr. Lindheimer: Kultur und Religion. Prof. Cesare Lombroso: Die Presse und ihre Rolle in Skandalaffären. Heinrich Michalski: Liberalismus und Sozialismus. Die Freiheit markiert vom Jaren. Bal paré. Rundschau. Kriegsleben. Jagdgeschichten und Kuplan. Pläne des kaiserlichen Hofes. Neuhere Politik. Par nobilio fratrum. Rufen und Rufen. Feit Chile: Die deutsche Expedition nach Westfalen. Oba Verba Oiberg: Die politische Lage in Italien. Dr. Gustav Pauli: Ressel und Reicherts Warenhaus. Engelbert Bernerthofer: Die österreichische Staatsfalle. J. G. Vorigly: Der Lob. Dr. Heinz Rothsch, M. d. R.: Generalversammlung des Wahlvereins der Liberalen. Dr. Heinrich Rador: Moderner Landwirtschaftsbetrieb. Eugen Robert: Alfred Kerr. W. Scharrelmann: Die Maschine. Max Schippel, M. d. R.: Berichterstattung über die Verhandlungen der Reichsversammlung in Reichen. Dr. Heinrich Schmidt: Darwinismus und Nihilismus. Dr. Joh. Schubert: Maxims Kaiser Friedrich. Denkmal. Eine neue Geschichte der Staatslehren. Der neue Berliner Dom. Ernst Schur: Der Ulanenbrunnen von Goul. Gedanken über Rengel. Th. Th. Heine. Dr. W. Schwann: Schaff Döfles. Komitees für Ruhrgebiet. Prof. F. Staudinger: Wandlungen. Sozialliberalismus und Sozialdemokratie. Fritz Tödtter: So still ist heut die trübe Nacht. Aug. Strindberg: Der Quarantäne-meister. Sundermann: Briefe und Karten aus dem Ruhrgebiet. Dr. F. Zylman: Die schwedische manuelle Behandlung. Prof. F. Zönnies: Streit-Erinnerungen und Streitgedanken. Werner vom Rhein: Karnaval! A. Bant: Ein Fortschritt für unsere Infanterie. Das Geheimnis der Kaiserfolge. Karpatiens. Ein Schlachtfeld. Jul. S. West: Der moderne Fabrikant. (Heft 1 und 6). J. Wiegand: Gedanken über das neue Drama. Dr. Dr. Wille: Renaissance innerlicher Kultur.

Die „Europa“ kostet pro Heft M. 0,25, pro Quartal M. 3.— und ist zu haben: in allen Buchhandlungen, Zeitungsständen, bei der Post und auch direkt beim unterzeichneten Verlage zum Preise von M. 3,50 pro Vierteljahr. — Auf den Berliner Stadtbahnhöfen wird seit gestern die „Europa“ nicht mehr zum Verkauf zugelassen.

Verlagsgesellschaft Europa G. m. b. H. Charlottenburg, Niebuhrstr. 1.

Dr. Anita Augsburg: Ein typischer Fall der Gegenpart. So Bergmann: Rein Freund Hard. Ed. Bernstein, M. d. R.: Europas Befreiung. Zwei Sterbende. Die neuen Sozialisten. Jar und Jarismus. Der Reichstag und die Handelsverträge. Das Moskauer Aikental. Parlamentarismus zum Umfallen. Die Reichslokomotive und ihr Kurs. Vom Ueberflüssigen. Dr. Hans Wetzig: Empörung. Karl Weidner: Die nordische Epöing. Dr. Wilhelm Böhmert: Rückgang der Geburtsziffer.

Die „Europa“ kostet pro Heft M. 0,25, pro Quartal M. 3.— und ist zu haben: in allen Buchhandlungen, Zeitungsständen, bei der Post und auch direkt beim unterzeichneten Verlage zum Preise von M. 3,50 pro Vierteljahr. — Auf den Berliner Stadtbahnhöfen wird seit gestern die „Europa“ nicht mehr zum Verkauf zugelassen.

Verlagsgesellschaft Europa G. m. b. H. Charlottenburg, Niebuhrstr. 1.

Dr. Bruno Borchardt: Zur Beurteilung der jüngsten Schulsonfite. Robert Dreier: Die Kultur. Meier-Graf. Lothar Brieger-Wasservogel. Gedanken über japanische Kunst. Rich. Calwer: Die Denkschrift der Reichsverwaltung. Mitteleuropäische Politik. Wirtschaftspolitik. Rundschau Arbeiterkammern. Die Tugend des Genusses. Die Berggesch-nouelle. Dr. Eduard David, M. d. R.: Zum Fall Bäder. Der § 175. Dr. Gogers: Der Streit gegen den Alkohol. Ed. Fischer, M. d. R.: Die Behandlung der politischen Strafgefangenen. Prof. Dr. A. Förel: Die Vergangenheit als Schlüssel der Zukunft. Darwinismus und Nihilismus. Der Faschismus. Wegen die alte Weltanschauung. Karl Hensel: Die Hyäne. Wilhelm Holzamer: Das Verzeihen. Hans Hyan: Das rote Malai. Dr. Monty Jacobs: Zu Otto Erlachs Gedächtnis. Schusselchen. Eiga. Emma. Junius: Dramenmörder. Die Schlacht in Petersburg. Berdmogenschau. Kennst Du das Land? Grafin Montquolo. Der achtunglose Jar. Obstruktion. Verfassung. Ein Weltgericht. Sigmund Rast: Das Erzhaus. G. A. Rantzberg: Der moderne Fabrikant.

Pastor Dr. A. Kallhoff: Säkularisation der Religion. Tag und Nacht. Kirche und Schule. Kirchenpolitik. Der Faschismus. Zur Frage der deutschen Reichsfrage. Seligkeit. Das Kind als Erzieher. Falsche Vorstellungen. Religionswissenschaft. Der Trieb nach der Religion. Gerhard Cudama Knoop: Panem et Circenses. Julius Knopf: Das Seltenemehr. Friedr. Kohn: Nach dem Streit. Dr. David Kohnen: Der Mensch des kategorischen Imperativs. St. v. Roper: Die Dürre in Rumänien. Th. P. Krag: Ein norwegisches Märchen.

Landgerichtsrat W. Aulemann: Liberalismus. Kultur und Religion. Kollektivismus. Dr. Fr. Lindheimer: Kultur und Religion. Prof. Cesare Lombroso: Die Presse und ihre Rolle in Skandalaffären. Heinrich Michalski: Liberalismus und Sozialismus. Die Freiheit markiert vom Jaren. Bal paré. Rundschau. Kriegsleben. Jagdgeschichten und Kuplan. Pläne des kaiserlichen Hofes. Neuhere Politik. Par nobilio fratrum. Rufen und Rufen. Feit Chile: Die deutsche Expedition nach Westfalen. Oba Verba Oiberg: Die politische Lage in Italien. Dr. Gustav Pauli: Ressel und Reicherts Warenhaus. Engelbert Bernerthofer: Die österreichische Staatsfalle. J. G. Vorigly: Der Lob. Dr. Heinz Rothsch, M. d. R.: Generalversammlung des Wahlvereins der Liberalen. Dr. Heinrich Rador: Moderner Landwirtschaftsbetrieb. Eugen Robert: Alfred Kerr. W. Scharrelmann: Die Maschine. Max Schippel, M. d. R.: Berichterstattung über die Verhandlungen der Reichsversammlung in Reichen. Dr. Heinrich Schmidt: Darwinismus und Nihilismus. Dr. Joh. Schubert: Maxims Kaiser Friedrich. Denkmal. Eine neue Geschichte der Staatslehren. Der neue Berliner Dom. Ernst Schur: Der Ulanenbrunnen von Goul. Gedanken über Rengel. Th. Th. Heine. Dr. W. Schwann: Schaff Döfles. Komitees für Ruhrgebiet. Prof. F. Staudinger: Wandlungen. Sozialliberalismus und Sozialdemokratie. Fritz Tödtter: So still ist heut die trübe Nacht. Aug. Strindberg: Der Quarantäne-meister. Sundermann: Briefe und Karten aus dem Ruhrgebiet. Dr. F. Zylman: Die schwedische manuelle Behandlung. Prof. F. Zönnies: Streit-Erinnerungen und Streitgedanken. Werner vom Rhein: Karnaval! A. Bant: Ein Fortschritt für unsere Infanterie. Das Geheimnis der Kaiserfolge. Karpatiens. Ein Schlachtfeld. Jul. S. West: Der moderne Fabrikant. (Heft 1 und 6). J. Wiegand: Gedanken über das neue Drama. Dr. Dr. Wille: Renaissance innerlicher Kultur.

Die „Europa“ kostet pro Heft M. 0,25, pro Quartal M. 3.— und ist zu haben: in allen Buchhandlungen, Zeitungsständen, bei der Post und auch direkt beim unterzeichneten Verlage zum Preise von M. 3,50 pro Vierteljahr. — Auf den Berliner Stadtbahnhöfen wird seit gestern die „Europa“ nicht mehr zum Verkauf zugelassen.

Verlagsgesellschaft Europa G. m. b. H. Charlottenburg, Niebuhrstr. 1.

Dr. Anita Augsburg: Ein typischer Fall der Gegenpart. So Bergmann: Rein Freund Hard. Ed. Bernstein, M. d. R.: Europas Befreiung. Zwei Sterbende. Die neuen Sozialisten. Jar und Jarismus. Der Reichstag und die Handelsverträge. Das Moskauer Aikental. Parlamentarismus zum Umfallen. Die Reichslokomotive und ihr Kurs. Vom Ueberflüssigen. Dr. Hans Wetzig: Empörung. Karl Weidner: Die nordische Epöing. Dr. Wilhelm Böhmert: Rückgang der Geburtsziffer.

Die „Europa“ kostet pro Heft M. 0,25, pro Quartal M. 3.— und ist zu haben: in allen Buchhandlungen, Zeitungsständen, bei der Post und auch direkt beim unterzeichneten Verlage zum Preise von M. 3,50 pro Vierteljahr. — Auf den Berliner Stadtbahnhöfen wird seit gestern die „Europa“ nicht mehr zum Verkauf zugelassen.

Verlagsgesellschaft Europa G. m. b. H. Charlottenburg, Niebuhrstr. 1.

Dr. Bruno Borchardt: Zur Beurteilung der jüngsten Schulsonfite. Robert Dreier: Die Kultur. Meier-Graf. Lothar Brieger-Wasservogel. Gedanken über japanische Kunst. Rich. Calwer: Die Denkschrift der Reichsverwaltung. Mitteleuropäische Politik. Wirtschaftspolitik. Rundschau Arbeiterkammern. Die Tugend des Genusses. Die Berggesch-nouelle. Dr. Eduard David, M. d. R.: Zum Fall Bäder. Der § 175. Dr. Gogers: Der Streit gegen den Alkohol. Ed. Fischer, M. d. R.: Die Behandlung der politischen Strafgefangenen. Prof. Dr. A. Förel: Die Vergangenheit als Schlüssel der Zukunft. Darwinismus und Nihilismus. Der Faschismus. Wegen die alte Weltanschauung. Karl Hensel: Die Hyäne. Wilhelm Holzamer: Das Verzeihen. Hans Hyan: Das rote Malai. Dr. Monty Jacobs: Zu Otto Erlachs Gedächtnis. Schusselchen. Eiga. Emma. Junius: Dramenmörder. Die Schlacht in Petersburg. Berdmogenschau. Kennst Du das Land? Grafin Montquolo. Der achtunglose Jar. Obstruktion. Verfassung. Ein Weltgericht. Sigmund Rast: Das Erzhaus. G. A. Rantzberg: Der moderne Fabrikant.

Pastor Dr. A. Kallhoff: Säkularisation der Religion. Tag und Nacht. Kirche und Schule. Kirchenpolitik. Der Faschismus. Zur Frage der deutschen Reichsfrage. Seligkeit. Das Kind als Erzieher. Falsche Vorstellungen. Religionswissenschaft. Der Trieb nach der Religion. Gerhard Cudama Knoop: Panem et Circenses. Julius Knopf: Das Seltenemehr. Friedr. Kohn: Nach dem Streit. Dr. David Kohnen: Der Mensch des kategorischen Imperativs. St. v. Roper: Die Dürre in Rumänien. Th. P. Krag: Ein norwegisches Märchen.

Landgerichtsrat W. Aulemann: Liberalismus. Kultur und Religion. Kollektivismus. Dr. Fr. Lindheimer: Kultur und Religion. Prof. Cesare Lombroso: Die Presse und ihre Rolle in Skandalaffären. Heinrich Michalski: Liberalismus und Sozialismus. Die Freiheit markiert vom Jaren. Bal paré. Rundschau. Kriegsleben. Jagdgeschichten und Kuplan. Pläne des kaiserlichen Hofes. Neuhere Politik. Par nobilio fratrum. Rufen und Rufen. Feit Chile: Die deutsche Expedition nach Westfalen. Oba Verba Oiberg: Die politische Lage in Italien. Dr. Gustav Pauli: Ressel und Reicherts Warenhaus. Engelbert Bernerthofer: Die österreichische Staatsfalle. J. G. Vorigly: Der Lob. Dr. Heinz Rothsch, M. d. R.: Generalversammlung des Wahlvereins der Liberalen. Dr. Heinrich Rador: Moderner Landwirtschaftsbetrieb. Eugen Robert: Alfred Kerr. W. Scharrelmann: Die Maschine. Max Schippel, M. d. R.: Berichterstattung über die Verhandlungen der Reichsversammlung in Reichen. Dr. Heinrich Schmidt: Darwinismus und Nihilismus. Dr. Joh. Schubert: Maxims Kaiser Friedrich. Denkmal. Eine neue Geschichte der Staatslehren. Der neue Berliner Dom. Ernst Schur: Der Ulanenbrunnen von Goul. Gedanken über Rengel. Th. Th. Heine. Dr. W. Schwann: Schaff Döfles. Komitees für Ruhrgebiet. Prof. F. Staudinger: Wandlungen. Sozialliberalismus und Sozialdemokratie. Fritz Tödtter: So still ist heut die trübe Nacht. Aug. Strindberg: Der Quarantäne-meister. Sundermann: Briefe und Karten aus dem Ruhrgebiet. Dr. F. Zylman: Die schwedische manuelle Behandlung. Prof. F. Zönnies: Streit-Erinnerungen und Streitgedanken. Werner vom Rhein: Karnaval! A. Bant: Ein Fortschritt für unsere Infanterie. Das Geheimnis der Kaiserfolge. Karpatiens. Ein Schlachtfeld. Jul. S. West: Der moderne Fabrikant. (Heft 1 und 6). J. Wiegand: Gedanken über das neue Drama. Dr. Dr. Wille: Renaissance innerlicher Kultur.

Die „Europa“ kostet pro Heft M. 0,25, pro Quartal M. 3.— und ist zu haben: in allen Buchhandlungen, Zeitungsständen, bei der Post und auch direkt beim unterzeichneten Verlage zum Preise von M. 3,50 pro Vierteljahr. — Auf den Berliner Stadtbahnhöfen wird seit gestern die „Europa“ nicht mehr zum Verkauf zugelassen.

Verlagsgesellschaft Europa G. m. b. H. Charlottenburg, Niebuhrstr. 1.

Dr. Anita Augsburg: Ein typischer Fall der Gegenpart. So Bergmann: Rein Freund Hard. Ed. Bernstein, M. d. R.: Europas Befreiung. Zwei Sterbende. Die neuen Sozialisten. Jar und Jarismus. Der Reichstag und die Handelsverträge. Das Moskauer Aikental. Parlamentarismus zum Umfallen. Die Reichslokomotive und ihr Kurs. Vom Ueberflüssigen. Dr. Hans Wetzig: Empörung. Karl Weidner: Die nordische Epöing. Dr. Wilhelm Böhmert: Rückgang der Geburtsziffer.

Die „Europa“ kostet pro Heft M. 0,25, pro Quartal M. 3.— und ist zu haben: in allen Buchhandlungen, Zeitungsständen, bei der Post und auch direkt beim unterzeichneten Verlage zum Preise von M. 3,50 pro Vierteljahr. — Auf den Berliner Stadtbahnhöfen wird seit gestern die „Europa“ nicht mehr zum Verkauf zugelassen.

Verlagsgesellschaft Europa G. m. b. H. Charlottenburg, Niebuhrstr. 1.

Dr. Bruno Borchardt: Zur Beurteilung der jüngsten Schulsonfite. Robert Dreier: Die Kultur. Meier-Graf. Lothar Brieger-Wasservogel. Gedanken über japanische Kunst. Rich. Calwer: Die Denkschrift der Reichsverwaltung. Mitteleuropäische Politik. Wirtschaftspolitik. Rundschau Arbeiterkammern. Die Tugend des Genusses. Die Berggesch-nouelle. Dr. Eduard David, M. d. R.: Zum Fall Bäder. Der § 175. Dr. Gogers: Der Streit gegen den Alkohol. Ed. Fischer, M. d. R.: Die Behandlung der politischen Strafgefangenen. Prof. Dr. A. Förel: Die Vergangenheit als Schlüssel der Zukunft. Darwinismus und Nihilismus. Der Faschismus. Wegen die alte Weltanschauung. Karl Hensel: Die Hyäne. Wilhelm Holzamer: Das Verzeihen. Hans Hyan: Das rote Malai. Dr. Monty Jacobs: Zu Otto Erlachs Gedächtnis. Schusselchen. Eiga. Emma. Junius: Dramenmörder. Die Schlacht in Petersburg. Berdmogenschau. Kennst Du das Land? Grafin Montquolo. Der achtunglose Jar. Obstruktion. Verfassung. Ein Weltgericht. Sigmund Rast: Das Erzhaus. G. A. Rantzberg: Der moderne Fabrikant.

Pastor Dr. A. Kallhoff: Säkularisation der Religion. Tag und Nacht. Kirche und Schule. Kirchenpolitik. Der Faschismus. Zur Frage der deutschen Reichsfrage. Seligkeit. Das Kind als Erzieher. Falsche Vorstellungen. Religionswissenschaft. Der Trieb nach der Religion. Gerhard Cudama Knoop: Panem et Circenses. Julius Knopf: Das Seltenemehr. Friedr. Kohn: Nach dem Streit. Dr. David Kohnen: Der Mensch des kategorischen Imperativs. St. v. Roper: Die Dürre in Rumänien. Th. P. Krag: Ein norwegisches Märchen.

Landgerichtsrat W. Aulemann: Liberalismus. Kultur und Religion. Kollektivismus. Dr. Fr. Lindheimer: Kultur und Religion. Prof. Cesare Lombroso: Die Presse und ihre Rolle in Skandalaffären. Heinrich Michalski: Liberalismus und Sozialismus. Die Freiheit markiert vom Jaren. Bal paré. Rundschau. Kriegsleben. Jag

Orts-Krankenkasse
des
Zimmerergewerbes
zu Berlin.

Sonntag, den 9. April cr., vormittags 10 Uhr, findet im Gewerkschaftshaus, Engel-Str. 15 (Saal V), eine
Ordentliche General-Versammlung
statt.

Tages-Ordnung:
1. Rechnungslegung.
2. Bericht des Prüfungsausschusses.
3. Beschlußfassung über die Abnahme der Jahresrechnung und Debitoren-erteilung.
4. Beschlußfassung über die Abnahme der Jahresrechnung und Debitoren-erteilung.
5. Verschiedenes.
Die in der Generalversammlung am 16. November 1904 auf Grund § 4445 gemäßigten Vertreter werden hierzu eingeladen.
5668
Einladungsliste legitimiert.
Der Vorstand:
H. Brunsel, Vorsitzender.
E. Petermann, Schriftführer.

Berliner Arbeiter-Radfahrer-Verein
(Mitgl. d. Reichs-Radfahrer-Bund „Solidarität“.)

Concours zum Sonntag, den 2. April 1905.

1. Abt. früh 8 Uhr nach Grabowsee (Heilstätten). Mittags 1 1/2 Uhr nach Bienenwerder (Paradiesgarten). Beide Starts: Stumm, Bölowitz. 59.

2. Abt. mittags 1 1/2 Uhr nach Remmich. Start: Kollbuser Bräde.

3. Abt. mittags 1 1/2 Uhr nach Schmiedhof (Veters). Start: Rautenpark, Waldemarstraße.

4. Abt. früh 8 Uhr nach Strausberg. Mittags 1 1/2 Uhr nach Landsberg. Beide Starts: Kührinnersplatz.

5. Abt. früh 7 Uhr nach Liebenwalde. Mittags 1 1/2 Uhr nach Nüßlendorf. Start: Gijum, Landsberger Allee 41-42.

6. Abt. früh 8 Uhr nach Königs-Bücherhagen (Schäferhaus). Mittags 1 1/2 Uhr nach Rudow. Beide Starts: Weinsäcker Lor.

7. Abt. früh 6 Uhr nach Freienwalde. Mittags 1 1/2 Uhr nach Nüßlendorf (Sonne). Beide Starts: Brenzlauer- und Danzigerstraße-Gasse.

8. u. 2. Abt. mittags 1 1/2 Uhr nach Dennisdorf bei Belten. Start: Beddingplatz. 12/3

Frühlings Einzug!
Der Himmel ist blau, das Wetter schön.
So kann jetzt Mutter bald sagen:
Ach, Mäme, wir könnten spazieren gehen.
Wenn Dein Rod nicht so abgetragen.
Kuch Deine Hose ist nicht mehr neu,
Dann Paletot gar nicht zu reden!
Na aber, sagt Vater, was ist denn dabei.
Wozu haben wir denn die Momefen!
So laß uns ins Unterium geh'n,
Dort heißt Du, ich sag's nicht zum Späke,
Rod, Hosen, Westen, auch Paletots
sich'n
21 Invalidenstr.

Größte Auswahl von Herren- u. Knabenbekleidung
fertig und nach Maß:
Herren-Sommer-Paletots, streng modern, 9, 12, 15, 18, 24, 30 M. pr.
Herren-Jackett-Anzüge, in modern. Streifen u. kariert, 10, 15, 18, 21, 25, 30 M. prima.
Herren-Gehrock-Anzüge, ff. in u. ausländisch, Stoffe, 24, 26, 28, 30, 35 M. pr.
Herren-Joppen in Loden- u. Fantasiestoffen 2,50, 3, 4, 5, 6, 7 M. prima.
Herren-Hosen in allen Dessins u. Stoffen, 2,50, 3, 4, 5 bis 10 M. pr.
Knaben-Anzüge modernste Fassons, haltbare Stoffe, 3, 4, 5, 6, 7, 8 M. prima.
Arbeits-Hosen, Jacken sowie sämtliche Berufsbekleidung in größter Auswahl u. zu billigsten Preisen.
„Universum“,
21. Invalidenstr. 21.
Für Stett. Bahn, u. d. Postamt 4. Jeder Käufer erhält ein Geschenk!
Frack-Verleihe!

Enorm billig
unübertroffen elegant liefern wir für 40 M. — nach Mass garantiert vornehm. Sitz aus feinst. engl. Gutesch. Stoffen

Anzüge Paletots
zurückgesetzt vornehm gefertigt, sonst Masspreis: 45-70 Mark, jetzt 15-40 M. Gehrock-Anzüge jetzt 12-22 M. Herren-Hosen jetzt 7-12 M. verkauft täglich u. Sonntag
Deutsches Versandhaus, Jägerstr. 65, 1. Trepp.

Geflügel
Hühner, große Auswahl! billiger wie jede Konkurrenz.
Wilh. Junge, Admiralstr. 23.
Bitte groß. Hausnummer zu beacht.
2. Geschäft: Reichenbergerstr. 42.

Buchhandlung Vorwärts
Berlin SW. 68, Lindenstraße 69
Baden

Sie empfehlen den Genossen zum Abonnement:
Wider die Pfaffenherrschaft

Kulturbilder aus den Religionskämpfen des 16. und 17. Jahrhunderts von **Emil Rosenow**
50 Lieferungen reich illustriert - à Lieferung 20 Pfennig -

Der Verfasser entwickelt vom Standpunkt des historischen Materialismus das Kulturbild der mittelalterlichen Pfaffenherrschaft. Er zeigt wie inmitten der zusammenbrechenden römischen Gesellschaft die weltliche, kommunistische Agitation beginnt, auf der sich die Kirchenherrschaft entwirft. Der Leser sieht wie das Papsttum entsteht und wie es den Gipfel seiner Macht, bis zur Welt-herrschaft erhebt, bis die wachsende kapitalistische Wirtschaftsweise die Pfaffenherrschaft in Blut und Kriegesdunst erstickt.
Das Werk ist ein dauerndes, wertvolles Bildungsmittel für die deutsche Arbeiterklasse.
Das Werk liegt nunmehr vollständig vor und umfaßt 2 Bände. Der Preis beträgt pro Band in Leinen gebunden 7.— M. in Halbfranz 8.— M.

Wilhelm Misch
Bar oder Teilzahlung
Möbel
Niedrige Preise. Kulante Bedingungen.
Spezialität: Solide bürgerliche Einrichtungen von 250 bis 3500 Mark.
BERLIN NO., Gr. Frankfurter Str. 45/46, I. u. II.

Allen Freunden und Genossen zur gefälligen Kenntnis, daß ich die **Restaurierung von Gustav Koch** Neue Friedrichstraße 20 käuflich übernommen habe.
Gustav Seiler.

Jacob Golde
Wäsche-Spezial-Geschäft

Eröffnung
der neuen Verkaufsräume
119 Große Frankfurter-Straße 119
Sonntag, den 1. April 1905.
Elegante Geschenke.

Heize
mit
MONOPOL
Seyffenberg
Briketfabrik Grube Marie

× Brikets ×
vom 1. April d. J. ab aus der Briketfabrik „Grube Marie“ in Seyffenberg, Gebr. Reschke.

Nur neueste Moden.
Dieser steife, schwarze Hut mit Futter, Zylinderhüte u. Chap. clagues moderne Form, kostet M. 1.90. in großer Auswahl.
Spezial-Hut-Engros-Lager, nur neueste Moden.
Abteilung für den Einzelverkauf
Neue König-Strasse 48, 1 Treppe,
drittes Haus vom Alexanderplatz.
Größte Auswahl, außerordentlich billige Preise.
Filzhüte für Herren, mit Alfosfutter M. 2.—, hochfeine Qualität M. 2.50, extra feine M. 3.—, beste Qualität 4.50.
Sonntags geöffnet.

Brennabor-Räder
und **Jenensia-Räder** auf Teilzahlung! Zwei Jahre Garantie!
Social-M. 65.—, Social-Luxus-M. 100.—, mit Freilauf
Gebrauchte Räder billig! Bitte genau auf Hausnummer „23“ zu achten.
23. R. Groskurth, Berlin C., Münzstr. 23.

Hüte. Verkauf zu mäßigen, streng festen Preisen Schirme.
Gegr. 1875 Gegr. 1875

Max Kaplan
1 Friedrichstraße I.
Maß-Anfertigung in allen Preislagen und bekannter Güte.

Sommer-Paletots, neueste Muster M. 15, 16, 18, 20, 24 usw.
Sommer-Paletot, Seidenfutter, hervorragend elegante Ausläbrung M. 42
Jackett-Anzüge in allen Farben, neueste Façons M. 20, 21, 22, 24, 25, 26 usw.

Entzückende Neuheiten in Knaben-Garderobe.

Wäsche. Krawatten.

Vorzugs-Preise. Zum Umzuge Teppiche

Saal-Teppiche	à 90, 65 und 50 M.
Salon-Teppiche	65, 40 " 30 "
Zweifel-Teppiche	50, 30 " 25 "
Wohn-Teppiche	35, 25 " 20 "
Herren-Teppiche	25, 18 " 15 "
Sofa-Teppiche	14, 8 " 6 "
Bett-Teppiche	5, 2,50 " 1,25 "

Portieren

Blüsch-Portieren	2 Schals und ein	à 20, 12 und 9 M.
Luch-Portieren	ein	15, 10 " 6 "
Wohel-Portieren	Landrequin	25, 15 " 10 "
Profat-Portieren	zusammen	18, 14 " 12 "
Wolltepp-Portieren		12, 10 " 7,50 "

Außerdem große Vorräte zurückgelegter Steppdecken, Gardinen, Divandecken sowie vorjährige Muster in Stores, Tischdecken, Läuferstoffen; einzelne prima Felle, wollenen Schlaf- und Reisedecken jetzt nach der Inventur zu wirklich fabelhaft billigen Preisen.

Teppichhaus B. Hurwitz
Rotes Schloß 25332*
vis-a-vis dem National-Denkmal.

Prosit! Böhmisches Brauhaus. BERLIN.

Empfehlen unser helles u. dunkles **Tafelbier:**
Gambrinusbräu (Münchener)
Nepomukbräu (Pilsener)
Böhmisches Brauhaus NO.

Fass-Abteilung: Landsberger Allee 11/13. T. VII. 5088.
Flaschen- " Frieden-Strasse 98. T. VII. 1670.
Unsere Original-Abzug-Flaschenbiere in fast allen Kolonialwaren-Handlungen. 1732L*

Partei-Expeditionen:

Berlin zweiter Wahlkreis: Hermann Berner, Wittenwalderstraße 30, v. part. — Dritter Wahlkreis: St. Fröh, Brunsenstr. 31, Hof rechts part. — Vierter Wahlkreis O.: Robert Engels, Gr. Feilichstr. 133, Hof part. — 50.: Paul Böhm, Lauffherplatz 14/15 (Laden). — Fünfter Wahlkreis: Leo Sucht, Reibstr. 42 (Laden). — Sechster Wahlkreis (Moabit): Karl Anders, Holzweidestr. 8, im Laden. — Wedding und Oranienburger Vorstadt: Emil Stoltenburg, Bienenstr. 41/42. — Rosenthaler Vorstadt, Gesundbrunnen: Hermann Rasche, Rügenstr. 24, vom part. links. — Schönhauser Vorstadt: Karl Mars, Kaffianen-Allee 95/96. — Alt-Glienice: Reinhold Schulz, Rudowstr. 72. — Charlottenburg: Gustav Scharnberg, Felsenheimerstr. 1, Gasse Goethestraße, vom I. — Deutsch-Wilmersdorf: H. Ridel, Berlinstr. 136, III. — Ichnenbergl., Friedrichsfelde, Wilhelmberg, Boxhagen, Stralau, und Rummelsburg: Otto Seitel, O. 112, Kronprinzenstr. 50, I. — Grünau: D. Blühme, Viktorstr. 2. — Rixdorf: R. Heinrich, Prinz Handbergstraße 7, im Laden. — Schmargendorf: Gustav Kaminsky, Guntzstraße 2. — Schöneberg: Wilhelm Bäumer, Martin Lutherstr. 51, im Laden. — Ober-Schöne-weide: Otto Rünzer, Edisonstraße 31, 2 Treppen. — Nieder-Schöne-weide: Bonakowsky, Berlinstr. 8. — Johannis-thal: Paul Mann, Bismardstr. 7. — Adlershof: Paul Schmidt, Bismardstraße 32, I. — Königs-Wusterhausen: Körnt. — Köpenick: Friedrich Bold, Grünstr. 29. — Friednau-Steglitz: D. Berner, Schloßstraße 113, Gartenhaus I, im Steglitz. Bestellungen nehmen entgegen in Steglitz: D. Rühr, Döppelstraße 8, und Dr. Schellhase, Ahornstraße 15a. — Marien-dorf: Hermann Reichardt, Gauselstraße 16. — Baumshulen-weg: Stad. Gensstr. 2, II. — Treptow: R. Boigt, Gensstr. 37, vom III I. — Neu-Weißensee: B. Kesse, Sedanstr. 53, part. — Reinickendorf-Ost, Reinickendorf-West: Emil Reudhoff, Birkenstraße 69. — Wilhelmsruh und Schön-holz: Schäler, Grolingstraße 28, II. — Tegel, Borsig-walde, Dalldorf und Waldmannslust: Paul Kienast, Borsigwalde, Schubartstr. 43. — Pankow: G. Freiwaldt, Morozstr. 66. — Eichwalde, Zenthen, Miersdorf und Hankels Ablage: Wilson Gräb, Eichwalde, Kronprinzenstr. 62, I. — Nowawes: Wilhelm Jappe, Friedrichstr. 1.
Außerdem ist sämtliche Parteiliteratur sowie alle wissenschaftlichen Werke dort zu haben. Auch werden Inserate für den „Vorwärts“ entgegengenommen.
Bitte ausschneiden.

Krug zum grünen Kranze
am Alexanderplatz (im Keller).
Täglich: „Fidelitas!“
Carl Lüdeckes
humoristisches Ensemble.
Entree frei.

Bergarbeiter-Delegiertentag für Preußen.

Dritter Verhandlungstag. Vormittags-Sitzung.

Um die Verhandlungen abzukürzen, wird beschlossen, zu jedem Verhandlungsgegenstand höchstens vier Redner vom Alten Verband, drei von den christlichen und je einen von den Hirsch-Dunderschen und den politischen Organisationen zu Worte kommen zu lassen.

Zur Geschäftsordnung protestiert Auf der Strafe-Essen (A. B.) gegen die tendenziöse Berichterstattung des Stöckerischen „Reich“. Es sei dort im Bericht unterschlagen, daß gegen Imbusch' Dankbarkeitsrede sich zuerst auch vom christlichen Gewerksverein Lohnd und Walter gemeldet hätten und der Zwischenfall so dargestellt, als ob nur Mitglieder des Verbandes gegen Imbusch gesprochen hätten. In Wahrheit seien die Verbände hier nicht so geschieden wie Parteien im Parlament. (Bravo!)

Köster-Saarbrücken (Christl.) stimmt dieser Feststellung zu, bittet aber, andererseits auch nicht zu übersehen, daß die Mehrheit des christlichen Gewerksvereins auf dem Standpunkte Imbusch's stehe.

Vorsitzender Effert wendet sich gegen einen Passus im „Vorw.“, dort sei von katholischen Gewerkschaften gesprochen. Der „Vorwärts“ müßte aber wissen — und Redner glaubt auch, daß er es weiß und sucht besondere Motive — daß die christlichen Gewerksvereine Gegner der katholischen Gewerkschaften sind.

Zusammenfassend bittet Vorsitzender Sasse um möglichst objektive Berichterstattung.

Die Konferenz tritt in die Tagesordnung ein. Die Abstimmung über die gestern beratenen Resolutionen Rühme, betreffend Grubenkontrolle, und Effert, betreffend Arbeiterausschüsse, wird auf die Nachmittagsitzung verschoben.

Es folgt Punkt 4 der Tagesordnung:

Wagenmüllens.

Hierzu liegt folgende Resolution vor:

Der allgemeine preussische Bergarbeiter-Kongress ist der Ansicht, daß die Bestimmungen des § 80c der Novelle zum Vergesetz nicht in genügender Weise den Wünschen der Bergarbeiter Rechnung tragen und infolge ihrer teilweise unklaren Formulierung Streitigkeiten vor wie nach als wahrscheinlich erscheinen lassen. Andererseits erkennt der Kongress an, daß in den Bestimmungen des Entwurfs ein Fortschritt gegenüber dem bisherigen Zustand zu erblicken ist. Der Kongress ist jedoch der Ansicht, daß bei Vornahme einer Aenderung gleich die Verhältnisse des Wagenmüllens so zu regeln sind, daß Erfahrungen in anderen Ländern und Revieren mit benutzt werden, um möglichst dauernde Bestimmungen zu schaffen.

Von diesen Gesichtspunkten ausgehend, ersucht der Kongress die hohe königliche Staatsregierung und das hohe Haus der Abgeordneten, dem § 80c der Novelle folgende Fassung zu geben:

Die Lohnberechnung geschieht nach dem Gewicht geförderter Kohle. Andere Berechnungsarten sind nur in Ausnahmefällen und mit Zustimmung des Oberbergamts gestattet.

Das Leergewicht und der Rauminhalt jedes Förderwagens wird vor dem Beginn des Gebrauchs und später in jedem Jahre mindestens zweimal und nach jeder Reparatur von neuem festgestellt und am Förderwagen selbst dauernd und deutlich ersichtlich angebracht.

Der Bergwerksbesitzer ist verpflichtet zu gestatten, daß die Arbeiter auf ihre Kosten, durch einen von dem ständigen Arbeiterausschuß, oder von der Belegschaft gewählten Vertrauensmann, das Verfahren bei diesen Feststellungen überwachen zu lassen.

Wahlberechtigt sind sämtliche an der Kohलगewinnung beteiligten Hammer und Zerkleinerer. Wählbar sind außer sämtlichen großjährigigen Belegschaftsmitgliedern auch Imbaliden, welche der Belegschaft mindestens 1 Jahr angehört haben.

Einem Vertrauensmann (Belegkontrollleur) müssen alle Mittel zur Verfügung gestellt werden, um ihm die Erfüllung seiner Pflichten zu ermöglichen, einschließlich der Mittel zur Prüfung und Unternehmung der Wagenmaschinen und zur Kontrolle des Leergewichts der Fördergefäße; auch müssen alle die Einrichtungen geschaffen werden, welche die Durchführung dieser Bestimmungen ohne erhebliche Betriebsstörungen voraussetzen.

Dem Belegkontrollleur bleiben alle Rechte als Belegschaftsmitglied. Seine Entlassung kann, außer in den Fällen des § 82 des Allgemeinen Vergesetzes nur mit Zustimmung des Arbeiterausschusses erfolgen. Verliert dieser seine Zustimmung, so kann der Bergwerksbesitzer auf eine solche am Vergewerksgericht klagen. Seine Entscheidung ist endgültig.

Der Arbeitgeber ist verpflichtet, den vorsichtsweise gezahlten Lohn des Kontrollleures den an der Kohलगewinnung beteiligten Arbeitern bei der Lohnzahlung in Abzug zu bringen.

Für unreine Wagen dürfen keine Strafgebühren erfolgen, es sei denn ein nachweisbar grob-fahrlässiges oder absichtliches Verschulden des Arbeiters vorhanden. Ein solches gilt nur als gegeben, wenn ein Mangel und mehr des Förderwagens aus Vergehen besteht.

Die Strafbestimmungen des § 207b finden auch Anwendung auf die Uebertretung der Bestimmungen des § 80.

Das Wort erhält der Referent

Hammer (H. D.): Unter den Versprechungen, die während des Streiks die königliche Regierung den Bergarbeitern gab, war auch das Verbot des Wagenmüllens. Worin das Rußen besteht, brauche ich in diesem Kreise wohl nicht auszuführen. Ueber den Umfang des Rußens genaue Angaben zu machen, ist recht schwer, weil alles erreichbare Material darüber sich nur ganz unendlich ausdrückt. In der Reichstags-Sitzung vom 12. Dezember 1904 trat Ober-Bergerrat Reigner den Beschwerden über das Rußen entgegen. Obwar ich bis dato noch nicht gehört habe, daß ein Beamter der Bergbehörde Forderungen der Arbeiter als berechtigt zu erweisen sucht, will ich doch seine Statistik als die einzig genauere Nachweisung über den Umfang des Rußens annehmen. Sie umfaßt 97 000 Mann, auf deren Fächer das Rußen unter 1 Proz. ist. Doch hätte der Ober-Bergerrat besser getan, die einzelnen Fächer mit aufzuführen, weil dann eine Kontrolle seiner Angaben nicht ausgeschlossen gewesen wäre. Tatsächlich ist der Umfang des Rußens viel größer, er geht auf einzelnen Fächer bis zu 10,7 Prozent. Es gibt Fächer, die wenig oder gar nicht rußen, und andere, die diese edle Tätigkeit um so verwerflicher betreiben. Es kommen auch bezüglich der Größe und Form der Wagen auf den Fächern

Unterfächer seitens der Verwaltungen

vor. So waren auf der Zeche „Herules“ im Dezember einer Kameradschaft 36 Wagen genullt worden, das Fächerprotokoll wies aber nur 21 genullte Wagen auf. Auf Zeche „Bruchstraße“ waren im Journal nur 19 anstatt 30 genullte Wagen aufgeführt. Selbst wenn wir nur 1 Prozent genullter Wagen annehmen, ergibt sich im Ruhrrevier im Laufe eines Jahres die Nullung von 650 000 Tonnen Kohlen, d. h. ein Lohnabzug von 650 000 Mark, für den einzelnen Arbeiter ein Ausfall von 6 bis 8 Mark im Jahre. Da dieser Ausfall sich nicht gleichmäßig verteilt, so erkennt man die enorme Schädigung einzelner durch das Rußen. Das Aufreizende dabei ist der Umstand, daß diese Strafe die meisten ungerechtfertigt trifft. Schon bei dieser Aenderung des Vergesetzes im Jahre 1892 wurde versucht, das Rußen abzuschaffen, leider jedoch vergeblich. Seitdem hat das Rußen noch größeren Umfang erreicht, obwohl es doch vollständig ungerechtfertigt ist.

Die Begründung des Gesetzentwurfs rechnet damit, daß ein Verbot des Rußens in der Praxis nicht zu erreichen ist, obwohl an einer anderen Stelle gesagt wird, daß die Voraussetzungen für die Beseitigung des Rußens gegeben ist. Dann sollte man doch die Art und Weise der Lohnberechnung in das Gesetz mit aufnehmen. Werden die näheren Bestimmungen der Arbeitsordnung überlassen, so fragt sich, wer setzt dieselben fest. Doch in ganz einseitiger Weise

der Unternehmer. Die einzurichtenden Arbeiterausschüsse sollen nur eine rein dekorative Stellung bekleiden.

Immerhin sind noch Fälle denkbar, wo die Berechnung als Gewicht sich als unpraktisch erweisen würde, wie auch das englische Gesetz für kleine Betriebe eine anderweitige Berechnungsart zuläßt. Für solche Ausnahmefälle könnte man dem Oberbergamt es überlassen, nähere Bestimmungen zu treffen.

Aber auch bei der Berechnung nach Gewicht würden die Klagen der Arbeiter kaum verstummen, wenn nicht ein Arbeiterkontrollleur als Beauftragter und im Interesse der Arbeiter die ganzen Dinge überwacht. Prinzipiell läßt der § 80c dieses zu, wenn nicht dadurch eine Störung des Betriebes herbeigeführt wird. Dieser Satz läßt den Unternehmern volle Möglichkeit, die Bestimmungen vollständig zu umgehen, und muß erlegt werden durch die Wendung, daß die Kontrolltätigkeit ohne erhebliche Betriebsstörung vor sich zu gehen hat. Daß der Kontrollleur aus der Mitte der Belegschaft genommen werden soll, ist unnötig, er muß nur der Vertrauensmann der Belegschaft sein.

Eine besondere Schwierigkeit bietet die Frage der Entlohnung des Arbeiterkontrollleures. Er soll unter allen Umständen ein Vertreter der Arbeiter gegenüber den Vertretern des Arbeitgebers sein, und daher muß er auch in seinem Lohn vom Unternehmer unabhängig sein. Alle Sentimentalität hilft nicht darüber hinweg, daß der Satz, des Brot ich esse, des Lied ich singe, heute noch mehr als gut ist besteht, und deshalb muß gefordert werden, daß der Unternehmer verpflichtet ist, den Lohn des Kontrollleures von den Arbeitern wieder einzuziehen.

Zum Schluß ist noch wichtig, die Frage der Strafabmessung zu erörtern. Für unsauber beladene oder ungenügend gefüllte Kohlenwagen ist im Saarrevier eine Geldstrafe von 1-3 M. für den einzelnen Fall festgesetzt. Eine Verurteilung wegen Mindermaß ist überhaupt ein Konfens bei der Entlohnung nach Gewicht. Aber auch die Förderung schmuggiger Kohlen beruht nicht auf Absicht oder Fahrlässigkeit des Bergmannes, als vielmehr auf Umständen, die nicht in seiner Gewalt liegen. Um offenbare Dummereien zu bestrafen, kann füglich auf die Bestimmungen des § 207b zurückgegriffen werden.

An der Resolution, die wir Ihnen hier vorschlagen, scheinen noch einige Punkte verbesserungsbedürftig. Um die vielen Abänderungsanträge zu vermeiden und doch der Resolution zu möglichst einflussreicher Annahme zu verhelfen, habe ich mich mit einigen Kameraden und den verschiedenen Verbänden auf folgende Vorschläge geeinigt. Im zweiten Satz des Absatzes 3 ist anstelle der Zustimmung des Oberbergamtes die Zustimmung des Arbeiterausschusses für erforderlich gehalten worden. — Absatz 5 soll folgende Fassung erhalten: „Der Bergwerksunternehmer ist verpflichtet, den Arbeitern die Wahl eines Wagenkontrollleures zu gestatten und diesem den Lohn vorsichtsweise zu zahlen.“ — In Absatz 6 sollen zu diesem Amt nicht sämtliche Belegschaftsmitglieder, sondern sämtliche Knappschaftsmitglieder für wählbar erklärt werden. Die Beseitigung des Wagenmüllens und die Einführung eines Systems der Kohलगewinnung, bei der die Bergarbeiter als solche beteiligt sind, wird wohl die schwerste durchzuführende Forderung sein. Aber das darf uns nicht abhalten, jetzt, wo uns die Gelegenheit geboten ist, auszusprechen, in welcher Form wir diese Frage geregelt zu sehen wünschen. Deshalb bitte ich Sie, die abgeänderte Resolution einstimmig anzunehmen. (Lebhafter Beifall.)

Auf Vorschlag des Vorsitzenden Effert wird der nächste Punkt der Tagesordnung Strafwesen in der Beratung mit diesem verbunden. Referent über das

Strafwesen

Regulativ-Votum (Vole): Die Referenten sowie die bisherigen Diskussionsredner haben eine Reihe von Gründen für den Ausfall im Ruhrrevier angeführt, denen ich noch einen wichtigen hinzuzufügen möchte: es ist dies das Strafwesen, wie es in den Vergewerken gehandhabt wird. Es gibt dabei direkte und indirekte Strafen. Die Geldstrafe, denn das ist die direkte, wird oft so hoch bemessen, daß man, wenn man nicht vor den Lauffachen stünde, es kaum für möglich halten würde. Ich will aus den Lohnbüchern und Strafzetteln einige Fälle Ihnen anführen, um die Verhandlung der Bergarbeiter durch die Vergewerksbesitzer Ihnen vor Augen zu führen. Auf der Zeche „Konstantin der Große“ bei Bochum wurden von den Löhnen der gesamten Belegschaft

in jedem Monat an 2000 Mark für Strafen

abgezogen. Es wird dort immer das Maximum der Strafen angewendet, und der Arbeiter wird nicht nur bestraft für seine eigenen Vergehen, sondern auch für die der Beamten.

Auf einem Lohnzettel steht nämlich: Wegen ungebührlichen Benehmens seines Vorgesetzten wird mit 1,50 M. bestraft August Kund. Der Betriebsführer, B. Berg. (Heiterkeit.) Die Strafe von 1,50 M., die für solche Fälle das Höchstmäß ist, wird auch angewendet, wenn die Bergleute das Hochziehen der Kleider an den Haken vergessen haben; wegen eines so geringen Vergehens, durch das kaum eine Unordnung geschehen kann, sollte es doch genügen, wenn man dem betreffenden Arbeiter 20 Pf. abzüge. Auf der Zeche „Königsgrube“ fand ich im Lohnbuche des Bergmannes Sewer, daß ihm während der letzten sechs Monate des Jahres 40, 50 M. an Strafen in Abzug gebracht wurden, und zwar im Dezember allein 18 M. (Hört! hört!) Einem anderen Hauer auf derselben Zeche wurden im Oktober 2,50 M., im November 8 M. und im Dezember 28 M. an Strafen abgezogen. Ist der Mann wirklich ein so unzuverlässiger Arbeiter, so sollte man ihn doch lieber entlassen, als daß man ihm so viel von seinem Lohne raubt. Denn anders als einen Raub kann ich einen so hohen Strafabbzug nicht bezeichnen. — Auf der Zeche „Heinrich Gustav“ beim Langendreer wurde ein Bergmann mit 2 M. bestraft, weil er die „Verge“ schlecht verpackt haben sollte, obgleich er an diesem und dem nächstfolgenden Tage beurlaubt, also gar nicht am Arbeitsplatz war. Man sollte so etwas kaum für möglich halten. In einem anderen Lohnbuche fand ich, daß ein Mann in 27 Schichten 88,40 M. verdient hat. Davon erhielt er 20 M. Abschlagslohn, und am Lohnstage 1,62 M. Restlohn. Wie geht das wieder zu? Neben den gewöhnlichen Abzügen für Verleumdung und Knappschaftsliste z. wurden eben 49 M. beschlagener Lohn abgezogen. Wenn der Mann auch Schulden gemacht hat und sein Lohn gepfändet worden ist, so ist es doch ein schreiendes Unrecht, 49 Mark in einem Monat abzuziehen. Wobon soll seine Familie leben? Ich habe noch einige andere Auszüge aus Lohnbüchern vorliegen, aus denen hervorgeht, daß die Abzüge für Knappschaftsgefälle, für Lebensmittel, Kohlen z. sowie für erhaltende Abschlagszahlungen in zu großen Mäßen erfolgen. Die preussische Vergesetz-Novelle gibt für die Strafen wohl eine Schranke, sie gibt wohl die allerhöchste Strafe, nicht aber die mindeste Strafe an für ein Vergehen. Aus diesem Grunde bitte ich die Konferenz, dem Antrage zuzustimmen, daß in die Vergesetz-Novelle auch die kleinste Strafe eingefügt wird. Weiter steht in dem Gesetzentwurf, daß die Geldstrafen in die Unterstützungskassen fließen sollen. Es mag wohl sein, daß sie auf einzelnen Fächern einen Zweck haben, auf den meisten haben sie insofern so wenig Rechte, daß ihre Unterstützung auch nicht viel helfen wird. Sie müßten denn ganz andere Verwaltungsmittel erhalten. Aus diesem Grunde habe ich auch in einer Resolution verlangt, daß die Arbeiterausschüsse oder die durch geheime Wahl ausgewählte Bergarbeiter-Vertretung die Kasse an der betreffenden Zeche mitverwalten soll. Ich hoffe, daß sich unter den Verammelten noch einige Kameraden finden werden, die eventuelle Verbesserungsvorschläge zu machen haben. (Bravo!)

Referent legt folgende Resolution vor:

Der in Berlin tagende Bergarbeiter-Delegiertentag für Preußen ist der Ansicht, daß die im Vergewerk gegen die Bergarbeiter angewandten Strafen zu hart sind, stets einen Grund zur Erzeugung bilden und dringend auf dem Wege der Gesetzgebung auf ein gerechtes Maß herabgesetzt werden müssen.

Der im laufenden Monat dem preussischen Landtage vorgelegte Entwurf entspricht in dem auf diese Strafen sich beziehenden § 80 d durchaus nicht den Wünschen der Bergarbeiter. Insbesondere fehlt der Paragraf keine genügenden Schranken der bei der Verhängung von Strafen geübten Willkür.

Wir ersuchen daher die preussische Regierung und die preussischen gesetzgebenden Körperschaften, dem § 80d hinter dem ersten Satz folgende Fassung zu geben:

Geldstrafen dürfen in jedem einzelnen Falle 50 Pf. nicht überschreiten, jedoch können Tätlichkeiten gegen Mitarbeiter, erhebliche Verfüße gegen die guten Sitten, sowie gegen die zur Aufrechterhaltung der Ordnung des Betriebes, zur Sicherung gegen Betriebsverfähen oder zur Durchführung der Bestimmungen dieses Gesetzes und der Reichs-Gewerbeordnung erlassenen Vorschriften mit Geldstrafe bis zur Hälfte des durchschnittlichen Tagesarbeitsverdienstes des betreffenden Arbeiters belegt werden.

Doch hat bei Verhängung von Strafen, die mehr als eine Mark betragen, der Arbeiterausschuß vorher zuzustimmen.

Die im Laufe eines Kalendermonats gegen einen Arbeiter verhängten Geldstrafen dürfen in ihrem Gesamtbetrag den einfachen Betrag des durchschnittlichen Tagesverdienstes der letzten Zahlungsperiode nicht übersteigen.

Das Recht des Vergewerksbesizers, Schadenersatz zu fordern, wird durch diese Bestimmung nicht berührt. Alle Strafgebühren müssen zum Besten der Arbeiter des Vergewerks verwendet werden und fließen in die zu errichtende Unterstühtungskasse.

Die Verwaltung der Unterstühtungskasse wird entweder vom Arbeiterausschuß oder von der aus geheimer Wahl herbeigegangenen Arbeiterkommission besorgt. Wenn die Fächerverwaltungen keine Beiträge leisten, haben sie auch in der Unterstühtungskasse kein Verwaltungsrecht; mehr als die Hälfte Sätze dürfen die Verwaltungen bezw. Besizer nicht haben, selbst wenn sie mehr Beiträge zahlen sollten.

Eine Uebersicht der Einnahmen und Ausgaben des Vermögens dieser Kasse ist alljährlich in einer von dem Oberbergamte vorgeschriebenen Form aufzustellen und diesem, nachdem sie vier Wochen durch Aushang an üblicher sichtbarer Stelle zur Kenntnis der Belegschaft gebracht ist, einzureichen.

In der Diskussion führt

Kraushaar-Steele (A. B.) mehrere Fälle an, in denen Vergewerksstrafen bis zu 20 M. im Monat auferlegt worden sind. In einem Falle wurde die Kameradschaft pro Mann mit 2 M. Strafe belegt aus dem Grunde, weil die Anordnungen des Morgen- und des Mittagsfegers sich widersprochen und die Arbeiter sich nach den Anordnungen des Morgenfegers richteten. Redner tritt für Annahme der Resolution des Referenten ein.

Reidewald-Eiserfeld (Christl.) erklärt, daß auf den Eisenerz-Vergewerken im Siegerland das Wagenmüllen nicht üblich sei. Es werde aber auch dort über zu geringe Berechnung der Förderung geklagt und eine einheitliche Berechnung gewünscht. Redner beantragt, in der Resolution Hammer überall hinter Kohle und Kohलगewinnung zu setzen „Mineralien“ und „Mineraliengewinnung“.

Wagner-Essen (A. B.) fordert die Beseitigung des Rußens. Auf der Zeche „Herules“ würden

5-7 Proz. der gesamten Förderung genullt.

Die Arbeiter, welche Beweismaterial dafür vorbringen wollten, seien von der staatlichen Untersuchungskommission nicht zugelassen worden, und so habe die Kommission dann festgestellt, daß höchstens 2,65 Proz. der Förderung genullt werde. Redner führt an, daß er bestraft worden sei, weil er einem Beamten einen verächtlichen Blick zugeworfen haben sollte. (Heiterkeit.)

Häsel-St. Johann (Christl.): Ich hätte nicht das Wort ergriffen, wenn ich nicht hier im Auftrage der Erzbergleute des Lothringer Reviers sprechen dürfte. Ich habe die Pflicht darüber zu reden, damit die Regierung sich nicht wundern, wenn einst in Lothringen die Sache zum Klagen kommt. Durch meine Rede wird es ja in den „Vorwärts“ kommen und den Rest der Reichstagsler bekanntlich. (Heiterkeit.) Dann weiß er, was in Lothringen vorgeht. Ueber die Arbeiter werden ohne weiteres Strafen von 10 bis 12 M. Höhe verhängt. Wegen Mindermaßes werden viertel, halbe oder ganze Wagen gestrichen, das macht 40, 80 Pf. oder 1,60 M. Lohnausfall, werden die Wagen wegen mangelhafter Scheidung gestrichen, so treten zu diesem Ausfall noch als Strafe die sogenannten Raufschneidkosten in derselben Höhe wie der Wert der gestrichenen Förderung. Ich habe hier schriftliche Beweise für

die Strafen in Lothringen.

Ich kann leider von den Arbeitern nur immer den Anfangsbuchstaben nennen, weil der „Vorwärts“ geflern trotz unserer ausdrücklichen Bitte die Namen der Beschwerdeführer aus dem Saarrevier veröffentlicht hat. (Widerspruch und große Unruhe.) Ein Mann namens B. wurde im Monat März bis zum 16. mit 23,90 M. bestraft. (Phruuse.) Ein Mann namens J. im Oktober für unrein gelieferte Kohle mit 40 M., im Monat Dezember mit 35 M. Ein anderer Arbeiter J. bekam aus dem gleichen Grunde im Januar 55,60 M., im Februar 85,90 M. und im März bis zum 17. schon über 20 M. Strafe. Einem Mann namens C. wurden im Februar und März, bis zum 18. einschließl., für unrein gelieferte Kohle 73,90 M. abgerechnet. (Hört! hört! und Phruuse.) Einem anderen namens H. im Dezember 49,50, im Oktober 48,35. Die Arbeiter, die in einer Kolonie wohnen, müssen, wenn sie ausziehen, eine volle Miete für Reparatur der Wohnung zurücklassen. So wurden drei Leuten hintereinander je 12 M. Monatsmiete einbehalten, aber die Wohnung nur einmal gefallt. Im gewöhnlichen Leben macht das ein Maurer billiger als für 36 M. (Heiterkeit.) Zwei andere Arbeiter wurden bestraft, weil sie am 20. dieses Monats sich weigerten, da zu arbeiten, wo in der Tat am nächsten Morgen die Zeche zu Bruch ging. Am nächsten Tage wurden sie gleichwohl vom Betriebsführer mit 2 M. in Strafe genommen. Man sucht in Lothringen mit Gewalt zu verhindern, daß die Arbeiter sich der Organisation anschließen. Nach unserer fester Ueberzeugung wirken Regierungsbeamte dabei mit, die Mitglieder des Gewerksvereins den Unternehmern namhaft zu machen. Der Betriebsführer Müller konnte zu unserem Vertrauensmann Carus sagen, ihm sei von höherer Seite mitgeteilt worden, daß Carus im Strickverein sei. Ein Beamter verriet, daß der Betriebsführer das durch den kaiserlichen Vergewerk in Reg. machte, und dieser wiederum konnte es nur vom Bezirkspräsidenten erfahren haben. Auch im übrigen hält man sich in Lothringen nicht einmal an die preussischen Regeln für die Bestrafung. Vergewerken, die 2,50 Mark täglich verdienen, werden leichthin Strafen von 4-5 Mark auferlegt. So müssen wir die Verantwortung für alles, was sich in Lothringen ereignet wird, denen zuschieben, die eine derartige Behandlung der Arbeiter veranlassen. Die Regierung aber wird sich jetzt nicht mehr damit entschuldigen können, daß sie nicht gewußt hat, was in Lothringen vorgeht. (Lehr tut!)

Adams-Derschleffen (A. B.): In den Zeitungen wird behauptet, in Oberschlesien gäbe es kein Wagenmüllen. Das ist un wahr. Vielfach kommen auch Unterfächer der genullten Wagen seitens der Fächerbeamten vor. Unerhört ist überhaupt dort das Strafwesen; auch weiß man nicht, wo die Strafgebühren hinkommen. Zu rügen ist

*) Es handelt sich nicht um Namen beschwerdeführender Arbeiter, sondern um Namen von zwei Beamten, über welche Beschwerde geführt worden ist; siehe dazu in unserem gestrigen Bericht die Rede von Koster. Trotzdem wäre die Namensnennung natürlich unterblieben, wenn die Redaktion von dem Wunsche des Herrn Häsel Kenntnis gehabt hätte. Leider hat Herr Häsel seinen Wunsch nur privatim einem Stenographen unseres Verichtersterbureaus mitgeteilt, der diesen Teil des bei uns veröffentlichten Berichts nicht geschrieben hat und der es auch unterlassen hat, uns von dem Wunsche des Herrn Häsel in Kenntnis zu setzen. Red. d. „V.“

auch die Bestraflichkeit der Beamten, wodurch die Leute, deren Verwandte ein Huhn oder eine Gans den Beamten vom Lande senden, bevorzugt werden. (Heiterkeit.) Trotz allem Abkneipen ist das Strafwesen und Wagenmüllern in Oberschlesien im Schwange. (Bravo!)
Kosinski-Laar (Vole): Das Strafwesen ist vor allem deshalb so sehr zu bekämpfen, weil es sich stets um doppelte Strafen handelt, erstens hat der Mann fast umsonst gearbeitet und außerdem muß er noch Strafgeld zahlen. Der Redner führt eine Reihe einzelner Bestrafungen an, die soweit gehen, daß die Leute vollständig ohne Lohn arbeiten.

Langhorst-Stahfurt (A. V.): Eine Aufnahme in den mittel-deutschen Revieren zeigt, daß auch hier Wagenmüllern sehr im Schwange ist. Namentlich die unteren Beamten suchen sich in Strafen hervorzuheben. Auch wird ein Druck auf die Arbeiter geübt, auch auf den fiskalischen Gruben, der Organisation, speziell dem Verband nicht anzugehören. Auf Grube Ludwig II. sind 14 Tausend Leute entlassen, weil sie dem Verbands angehörten. Wir reichen die Mitgliederlisten der Polizei nicht ein; die Namen müssen aber durch eine behördliche Stelle den Zehnenbesitzern mitgeteilt worden sein. — Ja, sogar für einen Unfall werden die betroffenen Arbeiter mit 1 Mark bestraft (Hört! hört!), ihre Werkmeister mit 2 Mark. (Die Redezeit ist abgelaufen.)

Zubusch-Vorbeck (Christl.) teilt einen Fall mit, daß auf Grube „Levin“ ein kranker Arbeiter mit 1,50 Mark bestraft wurde, weil er ohne vorherige Meldung gefehlt habe. — Mit den Ausführungen, daß an den bestehenden Einrichtungen durch den vorliegenden Entwurf nichts geändert wird, kann ich mich nicht ganz einverstanden erklären. Ich begrüße es vielmehr freudig (Heiterkeit), daß die Regierung anerkennt, daß das Kullern beseitigt werden muß und daß ein erster Versuch dazu gemacht wird, und ich hoffe, daß es in Zukunft ganz ausfallen wird. (Bravo!)

Schiller-Oberhausen (H. V.) führt krasse Fälle des Wagenmüllens an, ebenso von Strafen, die bis zu 40 Mark in einem Monat reichen. Ferner teilt er mit, daß gestern schon einem Kameraden hier mitgeteilt ist, falls er sechs Tage wegbleibe, sei er entlassen. (Pfu!) Demselben ist auch bereits mitgeteilt, obwohl er sich bei zwei Betriebsbeamten gemeldet hat, daß er für die ersten beiden Schichten bereits mit je 2 Mark bestraft ist. (Hört! hört!)

Korpus-Vochum (Vole) führt einige Fälle ungerechtfertigter Strafen an.

Walter-Gelsenkirchen (Christl.): Ich bin mit dem Referenten einverstanden, daß die Novelle in Bezug auf das Kullern so scharf als möglich sein muß. Unerhört sind auch die indirekten Strafen, das sind Entlassungen auf Grund ganz ungenügender Denunziationen, wie sie namentlich während des Streiks vielfach vorgekommen sind. — Das Wagenmüllern ist geradezu Verbrechen (Sehr richtig!), denn man verkauft die Kohlen, für deren Förderung man dem Arbeiter keinen Lohn gibt. Wir sind einmal

von 18 Wagen 14 genutzt,

am nächsten Tage lieferte ich nur 8 mit ganz reiner Kohle, genutzt waren nur davon — 11. (Heiterkeit.) Man sieht, daß die Unzufriedenheit im Ruhrgebiet nicht ohne Grund war. (Sehr richtig!)

Brimmer-Wehstein (H. V.): Das Wagenmüllern ist Verbrechen, und es müßte deshalb in die Strafgesetzbücher ein Satz aufgenommen werden: Wenn jemand einem anderen was stiehlt, muß er bestraft werden. Auch der Menschenhandel müßte bestraft werden; wenn 100 Arbeiter entlassen werden, werden durch einen Agenten 200 und 300 andere aus Schlesien geholt. Auch das müßte unter Strafe gestellt sein. (Bravo!)

Ditron-Deuthen: Wenn ein Arbeiter alle Strafbestimmungen kennen sollte, könnte er wohl gleich den Doltortitel erhalten, so reichhaltig sind dieselben. (Heiterkeit.) Vor der Bestrafung müßte auch erst eine Verwarnung eintreten.

Wötte-Oberhausen (A. V.): Die Behandlung auf den Gruben von Thyssen ist übermäßig brutal. Einem Arbeiter auf Grube „Deutscher Kaiser“, dem eine Latte zerbrach, sagte der Vorgesetzte: „Wäre doch lieber Ihre Hand zum Teufel gegangen.“ (Lebhaftes Pfu!) Dementprechend ist die gesamte Behandlung mit ihrem ungeheuerlichen System von Strafen auf sämtlichen Gruben. Auf Grube „Concordia“ entschuldigte sich ein Arbeiter erst mittags, weil nachts seine Frau schwer krank geworden war und er morgens um 5 Uhr den Arzt holen mußte. Der Steiger sagte ihm, er hätte sich erst melden und dann den Arzt holen müssen, und der Mann wurde bestraft. (Hört! hört!) Unbedingt muß der Zustand festgestellt werden, daß Ankläger und Richter dieselbe Person sind. (Bravo!)

Effert: In Elsch-Lothringen unterbindet das Vereinsgesetz jede Organisation, und die reichslandständischen Behörden bringen den Arbeitern nicht einmal das Verständnis entgegen, wie es sonst in den Bundesstaaten der Fall ist. Auch die Unternehmer gehen dort noch schärfer gegen die Organisationen vor, wie außerhalb des Reichslandes. Die Mißstände sind dort detarig geworden, daß die Siebener-Kommission am Schlusse der Tagung noch besonders Stellung nehmen wird.

Ein Antrag, in der Resolution Hammacher statt „Kohlen“ und „Kohleengewinnung“ zu sagen: „Mineralien“ und „Mineralgewinnung“ wird angenommen. Dann wird die Resolution Hammacher über das Wagenmüllern und ebenso die Resolution Regulski über das Strafwesen einstimmig angenommen.

Heber den nächsten Punkt der Tagesordnung

„Frauen- und Kinderarbeit“

referiert Krosig-Deuthen (Gegenf. Hälfte): Es muß zugestanden werden, daß durch die soziale Gesetzgebung manche Mißstände der Frauen- und Kinderarbeit beseitigt sind, aber viel bleibt noch zu tun übrig. Freunde der Frauen- und Kinderarbeit sind alle diejenigen, die Vorteile davon haben, also die Unternehmer. Redner weist auf die Zerstörung der Familie durch die Frauen- und Kinderarbeit hin. Das ist mehr wert: ein christliches Familienleben oder die Verelendung einiger Kapitalisten? Das Verbot der Arbeit der verheirateten Frau in Fabriken und gewerblichen Anlagen, ein Krebsgeschaden der bürgerlichen Gesellschaft, ist dringend notwendig. Die Frau muß ihrem natürlichen Berufe, Gattin, Mutter und Hüterin des Hauswesens zu sein, wiedergegeben werden. Besonders verwerflich ist die Arbeit der verheirateten und der unverheirateten Frauen in den Bergwerken. In der preussischen Monarchie waren in Bergwerken, Salinen und Aufbereitungs-Anstalten 1902 noch 4093 Arbeiterinnen von 16—21 Jahren und 5000 Arbeiterinnen über 21 Jahren beschäftigt, davon im Oberbergamtsbezirk Breslau allein 7000. In Oberschlesien benutzten die Beamten die Arbeiterinnen als Dienstpersonal und schrieben ihnen für diese Leistung zum Schaden der Unternehmer Schichten gut. Auch höhere Grubenbeamte greifen gern nach dem „Adamsapfel“. (Heiterkeit.) Besonders gern wählen sie ihre Liebchen unter den Bräuten der jungen Leute der Belegschaft, damit sie für die Folgen nicht aufkommen brauchen. Diese armen Mißstände können nur durch Aufhebung oder wenigstens starke Beschränkung der Frauenarbeit auf den Bergwerken beseitigt werden. Natürlich muß der Bergmann soviel verdienen, daß Frauen und Kinder nichts dazu zu verdienen brauchen. (Bravo!)

Robis-Martin (A. V.) beantragt zur Geschäftsordnung, den nächsten Punkt der Tagesordnung: Reform des Knappschaftswesens, abzuheben, weil er nicht mehr genügend behandelt werden könne. Die weitere Verhandlung dieses Punktes soll in der erweiterten Siebener-Kommission vorbereitet werden.

Sachse und Effert betonen, daß dieser Punkt in der nächsten Session im Landtag behandelt wird, und deshalb sei es nötig, daß die Regierung in großen Zügen wenigstens weiß, was die Bergarbeiter auf diesem Gebiet wünschen.

Nach längerer Geschäftsordnungs-Debatte wird der Antrag abgelehnt.

Der Vorsitzende Sachse bringt folgende Erklärung zur Kenntnis: Unterzeichnete erklären, daß wir nur das Wort „dankbar“ in den Ausführungen Zubuschs als unzutreffend bezeichnet haben, dagegen dem Antrag Zubuschs zugestimmt haben. Walter-Lobed.

Zu bemerken ist noch, daß der heutigen Sitzung als Gäste betwonen der Landtags-Abgeordnete Goldschmidt (ref. Sp.)

sowie die Reichstags-Abgeordneten v. Elm, Ledebour, Grenz, Stolle (Soz.), außerdem der Herausgeber der „Sozialen Praxis“, Professor Franke, sowie Frau Thier und Frau Dr. Hoffmann.

Nachmittags-Sitzung.

Der Delegiertentag tritt in die Diskussion über das Thema Frauen- und Kinderarbeit ein.

Döle-Teich (A. V.): Nach dem Referat hätten wir erwartet, daß eine Resolution eingebracht werden würde (Zuruf: Ist bereits geschlossen), um mit Hilfe der Gesetzgebung Zustände zu beseitigen, die in einem so großen Staat wie Preußen ganz unhaltbar sind. Die amtlichen Zahlen haben gezeigt, daß die Zahl der in Bergwerken, Kolereien, Pfeifenfabriken und anderen Nebenbetrieben des Bergbaues beschäftigten Frauen immer größer wird. Gerade in dem Oberbergamtsbezirk Breslau, in dem die meisten Frauen beschäftigt werden, klagt die bürgerliche Presse auch am meisten über den stillen Verfall. Aber über die Wirkung der Grubenarbeit auf den Organismus der Frau auf das künftige Geschlecht entrüstet sie sich nicht. Wenn Sie sehen wollen, wie das weibliche Wesen durch die Arbeit im Bergbau mit Füßen getreten wird, gehen Sie in die schlesischen Reviere oder kommen Sie zu uns nach Mitteldeutschland, fahren Sie mit der Bahn von Halle nach Eisenberg oder von Leipzig nach Weiskensfeld. Das sind keine weiblichen Wesen mehr, die auf den Gruben arbeiten, halb nackend, schmutzüberdeckt, Männerarbeit leistend, schwere Wagen schiebend. Ja, muß hier abbrechen, weil ich in der kurzen Zeit noch auf die Arbeit der Kinder eingehen muß, nicht nur auf die der Kinder zwischen 14 und 16 Jahren, sondern auch auf die der unter 14 Jahre alten. Auch ihre Zahl nimmt ständig zu. Im Jahre 1902 waren im preussischen Bergbau nur 40, im vorvergangenen Jahre schon 71 Knaben unter 14 Jahren auf Gruben unter Tage beschäftigt. Die Kinder werden vorzeitig aus der Schule entlassen, um im Mansfelder Revier in den Gruben arbeiten zu können. Als Hue in seinem Referat die Kinderarbeit im Mansfelder Revier erwähnte, wurde ihm mit Recht zugerufen: Das ist das deutsche Sizilien!

In Sizilien müssen benachteiligte Knaben die schweren Erzförde zutage tragen, halb nackt, wegen der großen Hitze. Im Mansfelder Revier ist es aber höchstens noch schlimmer. Denn im wirklichen Sizilien können die Knaben ihre schwere Arbeit wenigstens aufrecht tun, im Mansfelder Revier müssen sie den Hund, in dem das Erz von der Stube zur nächsten Förderstelle geschafft wird, bei einer Schachthöhe von höchstens 35 Zentimeter kriechend an einem Strick hinter sich herziehen. (Lebhaftes Pfu!) Auch in Mansfeld haben die Knaben nichts weiter an als eine Hose, um ihre Scham zu bedecken, ein Hemd lennt man da nicht. Es ist in Mansfeld nichts Seltenes, daß Kinder von 14 Jahren schon Unfallinvalidenentwerfer sind. (Hört! hört!) Auch ihr Leben haben Kinder von 14 Jahren schon auf dem Schlachtfelde des Bergbaues eingeatmet. (Ertautes Pfu!) Que hat schon erwähnt, daß die Bergpolizeiverordnung in keinem Bezirke die Beschäftigung von Kindern unter 14 Jahren gestattet außer im Mansfelder Bergbau. Eine neuere Ministerialverordnung vom 1. Oktober 1879 hat aus Anlaß der damaligen neuen Gewerbe-Ordnung dieser einen Gesellschaft das Privileg erhalten, Kinder unter 16 Jahren in der Tiefe ihr Brot verdienen zu lassen. Wenn wir im Reichstage und Landtage die Aufhebung dieser Ministerialverordnungen verlangen, so hält man uns entgegen, daß die Abwäherhältnisse so ungünstig seien, daß nur mit Hilfe der Kinderarbeit der Betrieb aufrecht erhalten werden könnte. Das ist natürlich Unsinn. Aber selbst wenn es wahr wäre, so wäre ein Bergbau, der ohne Ausbeutung der Kinder zugrunde gehen müßte, nicht wert, zu existieren. (Sehr richtig!) Man sagt auch, daß die Eltern auf den Lohn der Kinder nicht verzichten könnten. Der Lohn beträgt ja nur 1,30 Mark pro Tag, aber wenn es notwendig ist, wollen wir das Gute auch entgegen dem Willen der Eltern schaffen. Wir sind verpflichtet, aus moralischen, gesundheitlichen und wirtschaftlichen Gründen alle Mittel anzuwenden, um diese ungeheure Schmach Deutschlands auf gesetzlichem Wege zu beseitigen. (Lebhaftes Weisall.)

Vorsitzender Effert teilt mit, daß das Bureau zu diesem Gegenstand folgende Resolution vorschlägt: In Uebereinstimmung mit den von den früheren Generalversammlungen und Kongressen der einzelnen Bergarbeiterverbände in dieser Sache gefassten Beschlüssen spricht sich der preussische Bergarbeiterkongress gegen jede Arbeit weiblicher Personen in der Bergbauindustrie aus. Der Bergarbeiter fordert ferner das gesetzliche Verbot der Beschäftigung von Kindern unter 14 Jahren in der Bergbauindustrie überhaupt und das gesetzliche Verbot der unterirdischen Beschäftigung von Kindern unter 16 Jahren. Ausnahmen darf das Gesetz nicht gestatten. Eine weitere Heraushebung des schulpflichtigen Alters der im Bergbau beschäftigten jugendlichen Arbeiter ist im Volksinteresse erstrebenswert.

Sosinski-Ruhroth-Laar (Vole): Ich hatte eine Resolution zusammengestellt, die sich von der jetzt vorgelegten nur dadurch unterscheidet, daß sie eine Beschäftigung von Kindern unter 18 Jahren nur über Tage zuläßt. Abgesehen von dieser kleinen Änderung bin ich mit der vorgelegten Resolution ganz einverstanden.

Adamer-Kattowitz (A. V.): Der Revierbeamte in Deuthen berichtet, daß im Jahre 1902 11 368 männliche, im Jahre 1903 10 956 männliche Arbeiter im Bergbau beschäftigt waren, weibliche dagegen 1902: 735, 1903: 761. Die Zahl der männlichen Arbeiter ist um 412 gesunken, die der Frauen um 26 gesunken. (Hört! hört!) Der Bergrevierbeamte von Sörlitz zählte für das Jahr 1902: 2487 männliche und 77 weibliche, für 1903: 2391 männliche und 79 weibliche Arbeiter. Das ist bei den männlichen eine Abnahme von 4 Proz., bei den Frauen eine Zunahme um 2 Proz. Aus Ratibor berichtet der königliche Bergamt-Triebel, daß die Verlängerung der Arbeitszeit, die nach § 139 der Gewerbe-Ordnung zulässig ist, für 42 Arbeiterinnen genehmigt worden ist, so daß diese jetzt auf der mit persönlich bekannten Annagrube bei Albin 13 Stunden täglich arbeiten können. (Hört! hört!) Nach der Zeitschrift des ober-schlesischen Berg- und Hüttenmännischen Vereins werden in den Steinkohlen-Bergwerken 452, in den Eisenerzgruben 339, in den Zink- und Bleierzgruben 2073 Frauen beschäftigt. Wie die Grubenarbeit auf die Frauen wirkt, will ich Ihnen aus einem Fall zeigen, der in „Morgenröte“ bei Lippine in Oberschlesien passierte. Dort war eine Frau ein schwerer Kohlenwagen entgleist. Beim Einheben zog sich die Frau einen schweren Schaden zu. Da die Frau mit dem Unfallgesetz nicht genügend vertraut war, arbeitete sie unter Schmerzen bis zum Abend weiter, und als sie schließlich doch krank wurde, wurde ihr der Unfallrenten-Anspruch abgelehnt, weil sie ja weiter gearbeitet hätte. Sie wandte sich an den Werkmeister um leichtere Arbeit oder Gewährung einer Unterstüßung. Da aber infolge ihres eigentümlichen Leidens der Unterleib der Frau stark hervorgezogen, gab ihr der Werkmeister zur Antwort, da er annahm, daß sie in geeigneten Umständen sei: „So lange Sie noch Zeit zu solchen Sachen haben, brauchen Sie keine Unterstüßung.“ (Pfu-rufe.) So wurde die Frau noch verhöhnt, obwohl sie so unglücklich ist, daß man darüber weinen könnte. Wir haben dann eine Invalidenrente für die Frau beantragt. Da hier es aber, sie sei noch infand, ein Drittel des früheren Verdienstes zu verdienen. Eine Rente wurde deshalb nicht gewährt und jetzt kann sie verkommen. So sind die Zustände bei der Frauenarbeit. Weiter ist mir ein Fall bekannt, wo beim Schiedsgericht der Arbeiterversicherung in Kattowitz einer Frau eine Unterstüßung nicht gewährt wurde, weil ein Polizeibeamter, der der polnischen Sprache so wenig mächtig war, die Aussagen falsch überlegt hatte, so daß das Gericht annahm, das Gebrechen der Frau sei schon von Geburt an vorhanden. Jedenfalls ist auch das ein Beweis dafür, daß die Frauenarbeit unbedingt abgelehnt werden muß.

Hahn-Gick (H. V.): Die Forderung, im Interesse des Gesamtvolkes, die Frauenarbeit auf den Bergwerken abzusuchen, haben wir schon lange erhoben; aber die Frauenarbeit nimmt nur immer mehr zu, so daß man gezwungen ist, anzunehmen, die Grubenbesitzer beschäftigen Frauen und Kinder vorzugsweise wegen der billigeren Arbeitslöhne.

Die Diskussion wird damit geschlossen. Die Resolution für die Abschaffung jeder Frauenarbeit in den Bergwerken wird danach einstimmig angenommen. Zum Kapitel

Knappschaftswesen

erhält das Wort der Referent

Sachse (A. V.): Die Reform des Knappschaftswesens ist ein Punkt, der uns in der Bergarbeiterbewegung schon seit Jahrzehnten beschäftigt. Seit es Bergarbeiterorganisationen gibt, ist es ihre erste Aufgabe gewesen, neben anderen Mißständen auch das verlotterte Knappschaftswesen zu reformieren. Schon in den 70er Jahren ist daran in Sachsen gearbeitet worden und wir haben es dort auch seit dem Jahre 1884 zu einigen immerhin fortschrittlichen Reformen gebracht. Aber auf preussischem Gebiete und in den anderen deutschen bergbaureichenden Ländern müßten wir um diese Reformen immer noch kämpfen. Gerade Preußen arbeitet seit vier Jahren an der Reform seines Knappschaftswesens. Schon vor zwölf Jahren, als die Berggesetz-Novelle kam, wurde darauf hingewiesen, daß der Artikel des Berggesetzes geändert werden würde, da auch dort die Zustände unhaltbar seien. Und trotzdem stehen wir noch heute auf demselben Standpunkt, wie zu dieser Zeit; nur eine kleine Verbesserung ist durch das Reichs-Krankenlängengesetz gebracht worden und auch diese hat sich noch eine ganze Zeit hingezögert. Ich glaube, wenn die Angelegenheit der Elbernia nicht dazu gekommen wäre, hätten wir vielleicht auch heute noch nicht die biwöchentliche Kranken-zahlung im Knappschaftswesen, trotz der gewaltigen Agitation der Arbeiter. Wir haben aber alle Ursache, daran festzuhalten, daß die Reformbestrebungen, die sich alle Bergarbeiter-Organisationen für das Knappschaftswesen gestellt haben, endlich einmal Gesetzesgestalt annehmen. Auch bei dem großen Streik hat die Knappschaftsreform eine Rolle gespielt. Punkt 8 der Forderungen an den Bergbauverein in Essen verlangt eine Reform des Knappschaftswesens nach dem Programm der Arbeiterorganisation. Wir waren auf der Revierkonferenz, die dem Streik vorausging, dazu gezwungen, auch diesen Punkt mit als Forderung aufzustellen, weil es gerade die Bergherren gewesen sind, welche der Regierung, als sie einen etwas fortschrittlicheren Knappschaftsentwurf vorgelegt hatte, die größten Schwierigkeiten bereitet haben. Sobald die Entwürfe der Regierung bekannt wurden, hat der Verband deutscher Knappschaftsvereine — Sie dürfen darunter nicht etwa eine Arbeitervertretung verstehen, sondern der Verband deutscher Knappschaftsvereine setzt sich zusammen nur aus den Knappschaftsvorständen, soweit sie Arbeitgeber sind — um der Regierung gegenüber sagen zu können, es waren auf den Generalversammlungen auch Arbeiter da, etwa 8—8 Knappschaftsälteste geladen, die auch einigermaßen zum Wort kamen. Auch unser Kamerad Wienke war dort anwesend; er brachte all unsere Anträge auf der letzten Versammlung vor. Aber man hätte ihm am liebsten das Wort abgegeschnitten, denn man wollte nur solche Knappschaftsälteste dort haben, mit denen man

der Regierung blauen Dunst vormachen

konnte, nicht solche, die die Interessen der Arbeiter vertreten. Am hat während des großen Streiks die Regierung wiederholt im Reichstage und im Landtage versichert — so erst wieder im Laufe der Woche —, die Knappschaftsreform werde in nächster Zeit an die Reihe kommen, sie solle nur einer besonderen Novelle vorbehalten bleiben. Das war auch damals die Veranlassung, daß wir beim Streik die alte Forderung fallen ließen, daß wir darauf vertrauten, daß die Regierung mit ihrem Versprechen ernst mache. Heute soll es nur unsere Aufgabe sein, noch einmal kurz klarzulegen, was wir von einem Knappschaftsreformentwurf verlangen können, verlangen müssen. Die verschiedenen Bergarbeiterkongresse und Zusammenkünfte haben ihr Programm gestellt; sie haben im allgemeinen verlangt: Eriens Vereinheitlichung der Knappschafts-löhne. Wir haben in Preußen 78 Knappschafts-löhne und darunter sind solche, die noch keine hundert Mitglieder zählen. Solche Löhne sind doch weder lebens- noch leistungsfähig. (Sehr richtig.) Aber die Herren Vorgesetzten halten an den kleinen Knappschafts-löhnen fest, und das liegt daran, daß die Knappschafts-löhne nicht die Wohlfahrts-einrichtungen sind, für die man sie sonst ausgibt. Die Herren denken sie zu einer strengen Kette, um dem Bergarbeiter jede Bewegungsfreiheit zu nehmen. Der Bergarbeiter, der mehrere Jahre derselben Knappschafts-löhne angehört hat, kann nach den bisherigen Bestimmungen nur unter Verlust aller seiner Rechte das Revier verlassen. Deshalb verlangen wir das Verbot jeder neuen Klassen-gründung und die Verschmelzung der kleinen Knappschafts-vereine, und dies nicht nur auf preussischem, sondern auf dem ganzen deutschen Gebiete. Ja, wir wünschen, daß am Ende eine Gesamtverschmelzung aller Knappschafts-löhne möglich gemacht wird. Ferner müßten wir, so lange diese Verschmelzung noch nicht vorliegt, verlangen, daß die bestehenden Knappschafts-vereine ein sogenanntes Gegenseitigkeits-verhältnis abzuschließen haben. Es sind zwar jetzt schon einige wenige Knappschafts-vereine vorhanden, die sich das Gegenseitigkeits-verhältnis garantieren. Bei den meisten Klassen ist das aber noch nicht der Fall. Das ist ein Mißstand, dessen Beseitigung wir anstreben müssen. Ein weiterer wunder Punkt sind die unständigen Mitglieder, das sind solche, die nicht die vollen Anrechte an die Knappschafts-löhne haben. Die meisten derselben erhalten kein Invalidegeld, nur in wenigen Klassen wird an unständige Mitglieder ein solches ausgezahlt, und auch dann nur, im Falle das betreffende Mitglied durch Unfall arbeitsunfähig wird. Er erhält dann 15 bis 18 M. monatlich. Aber in den meisten Klassen erhalten die unständigen Mitglieder so gut wie gar keine Unterstüßung. Trotzdem zieht man in vielen Knappschafts-vereinen die unständigen Mitglieder zur Zahlung ebenso heran, wie die ständigen. In Bezug auf das Verhältnis zwischen den ständigen und unständigen Mitgliedern erlaube ich mir, einige Zahlen anzuführen. Im Jahre 1903 hatte der ober-schlesische Knappschafts-verein 51 450 ständige und 52 382 unständige Mitglieder. Der Knappschaftsverein in Niederschlesien 17 864 ständige und 11 812 unständige Mitglieder, der neue preussische Knappschafts-verein 2961 ständige und 9758 unständige Mitglieder. (Hört! hört!) Die Halberstädter Knappschaftskasse hatte 6034 ständige und 7208 unständige Mitglieder. Ganz besonders tragt tritt dieses Mißverhältnis in der Brandenburgerischen Knappschafts-kasse hervor, die 2082 ständige und 12 074 unständige Mitglieder zählt. (Hört! hört!) Die große Vochumer Knappschaftskasse zählte 157 628 ständige und 102 713 unständige Mitglieder. Ebenso geht es auch in den kleineren Vereinen. Aus diesen erschrecklichen Zahlen sehen sie, wie notwendig es ist, daß auch die unständigen Mitglieder der Knappschafts-löhne, die fast 40 Proz. der Gesamtzahl ausmachen, zu ihrem vollen Rechte gelangen, indem wir fordern, daß durch das Gesetz vorgeschrieben wird, so gut, wie man in Sachsen die unständige Mitglieder befreit hat, so gut wie dies im Saarrevier möglich war, auch in allen anderen Knappschafts-löhnen die Mitglieder auf gleiche Stufe zu stellen. Auch im Regierungsentwurf, der heute dem Parlament noch nicht übergeben worden ist, ist die Befreiung der unständigen Mitglieder vorgelesen. Ebenso haben die Knappschafts-verbände dagegen Stellung genommen. Wir verlangen also von der Regierung, die Befreiung der unständigen Mitglieder und die Gleichstellung aller berechtigten Knappschafts-löhnenmitglieder. — Wir verlangen drittens: Sicherung der erworbenen Rechte in der Knappschafts-kasse. Dreierlei Wege müssen hier möglich gemacht werden, wie sie auch schon in Sachsen möglich sind: Erstens, daß das sogenannte Feierschichtengeld gezahlt wird. Im Regierungs-Gesetzentwurf ist das auch vorgelesen. Aber die Gehälter sind darin bis auf eine Mark pro Monat zulässig, und das ist zu hoch, dagegen müssen wir protestieren. Das Feierschichtengeld darf auf höchstens 2 M. pro Jahr festgesetzt werden, oder, wenn die Verbands-löhne höher sein sollten, darf es nur so viel ausmachen, als die Unkosten, die dem Verbands in einem Jahre für ein Mitglied erwachsen. Freilich wird man solche Mitglieder, die keine vollen Beiträge zahlen, in Bezug auf das Wahlrecht nicht als vollberechtigte Mitglieder weiter führen können. Wir verlangen aber in zweiter Linie, daß es dem Arbeiter freigestellt werden muß, ob er Feierschichten zahlt oder ob er völlig freiwillig Mitglied bleiben

Über den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Freitag, den 31. März.
Anfang 7 1/2 Uhr:
Opernhaus, Margarete.
Schauspielhaus, König Richard II.
Deutsches, Wilhelm Tell. (Anfang 7 Uhr.)
Berliner, Alt-Heidelberg.
Westen, Der Bettelstudent.
National, Die lustigen Weiber von Windsor.
Neues, Meta Koenegen.
Thalia, Der Alchemiker.
Anfang 8 Uhr:
Schiller O. (Wallner-Theater.)
Der Teufel.
Schiller N. (Friedrich Wilhelmstädtisches Theater.) Die Großstadtluft.
Selling, Die Frau vom Meer. (Anfang 7 1/2 Uhr.)
Kleines, Salome.
Residenz, Hotel Pompadour.
Zentral, Die Juxheirat.
Metropol, Die Herren von Maxim.
Schauspielhaus, Der Familienag.
Trianon, Der Mann im Schatten.
Deutsch-Amerikanisches, Ueber'n großen Teich.
Belle Alliance, Wegen Vorbereitung geschlossen.
Carl Weiß, Senta Wolfsburg.
Luisen, Ruy-Bry.
Königs, Volos Vater.
Apollo, Das Weibchenmädchen.
Spezialitäten.
Serravallo-Theater, Die Meyerhains.
Polak, Der Raub der Sabinerinnen. — Spezialitäten.
Passage-Theater, Die 5 Waisen.
Hoffmanns, Die 5 Waisen.
Reichshallen, Steintiner Säng.
Wintergarten, Scharret. — Spezialitäten.
Urania, Taubenstr. 48/49.
Im Theater abends 8 Uhr:
Der Simplon und sein Gebiet.
Jubiläumstr. 57/58, Sternwarte. Täglich geöffnet von 7 bis 11 Uhr.

Urania, Taubenstr. 48/49
8 Uhr:
Der Simplon und sein Gebiet.

Sternwarte Invalidenstr. 57/58.
P. CASTAN'S PANOPTICUM.
Friedrichstr. 165.
Das sensationelle Riesen-Mädchen!!!
Rosa Wedsted, 2 Meter 20 cm hoch, größte lebende Riesin der Welt.

Deutsch-Amerikanisches Theater.
Königsplatz 67/68, Stat. Jannowitzbr.
Jeden Abend 8 Uhr:
„Ueber'n großen Teich“.
Mittwoch, den 3. April:
Souvenir-Vorstellung.
450. MALE
UEBERN GROSSEN TEICH.
Jeden Sonntag nachm. 3 Uhr: Halbe Preise.
„Ueber'n großen Teich“.

Kasino-Theater
Lothringergasse 37. Täglich 8 Uhr:
Lolo's Vater.
Volksstück in Ad. L'Arronge.
4 Akte von 4 Herren.
Vorher das brillante März-Programm.
Sonntag nachm. 4 Uhr: Heirat auf Probe.

Trianon-Theater.
Heute zum erstenmal:
„Ihr Alibi“
(Les Duponts).
Schwank in 3 Akten v. Paul Gabault.
Deutsch von Max Schoenau.
Anfang 8 Uhr.

Residenz-Theater.
Dir.: Richard Alexander.
Heute und folgende Tage 8 Uhr:
Hotel Pompadour.
Schwank in 3 Akten v. Anton Wass u. Leon Kanro. Deutsch v. M. Schönan.
Sonntag nachm. 3 Uhr: Das große Geheimnis.
In Vorbereitung: Herzogin Crovotto (La Duchesse des Polies-Borgère).

Lustspielhaus.
Täglich 8 Uhr:
Der Familientag.
Abendstück: Der Familientag.
Sonntag nachmittag zum erstenmal: Der Mann im Schatten.

Gebrüder Herrnfeld-Theater.
Der größte Erfolg seit 14 Jahren ist unbestritten die Novität:
Die Meyerhains.
Komödie in drei Akten von Anton und Donat Herrnfeld mit Anton Herrnfeld als Vichschowil, Herausgeber d. „Scheuwerler“ und Donat Herrnfeld als Kommerzienrat Meyerhain.
Anfang 8 Uhr.
Vorverkauf 11—2 Uhr.

Carl Weiß-Theater.
Or. Franzfurterstr. 132.
Auf vielseitigen Wunsch zum 50. Male:
Senta Wolfsburg.
Anfang 8 Uhr.
Sonntag nachm. 4 Uhr Kinder-Vorstellung: **Wax und Moris.**
Abends 8 Uhr 2. erstmalig: Judith, die Schwester vom russischen roten Kreuz.
Sonntag nachm. 3 Uhr: Die Kinder des Kapitän Grant.

Bernhard Rose-Theater
Gesundbrunnen, Badstraße 58.
Die Gastspiel-Vorstellungen finden in folgenden Etablissements statt:
Bernhard Rose-Theater.
Stadt-Theater Mosbit.
Fröbels Allortel-Theater.
Etablissement Neue Welt.
Anfang 8 Uhr.
Sonntag 30 Pf. Rumer. Platz 50 Pf.

Schiller-Theater Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater.
Freitag, abends 8 Uhr:
Der Leibalte.
Komödie in 3 Akten v. Lother Schmidt.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Die Herren Söhne.
Sonntag, nachm. 3 Uhr:
Fuhrmann Henschel.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Die Großstadtluft.

Thalia-Theater.
Dresdenerstr. 72/73. Direktion: Kron & Schönfeld.
Täglich abends 7 1/2 Uhr:
Stürmischer Lacherfolg!
Der Kilometerfresser
Charleys Tante.
Sonntag nachm. 3 1/2 Uhr:

Neues Konzerthaus
Grand Hotel Alexanderplatz.
Großes Kurt Goldmann-Konzert
unter Mitwirkung des Salon-Duosisten G. Bonné. Anfang 8 1/2 Uhr.
27232*

Zirkus Schumann.
Heute, Freitag, den 31. März, abends präz. 7 1/2 Uhr:
Extra-Gala-Vorstellung anlässlich 100. Aufführung der größten Pracht-Aufführung der größten Pracht-Aufführung:
Eine Nordlandsreise im Strahl der Mittelnachts Sonne.
Entworfen u. mit märchenhafter Pracht inszeniert vom Direktor A. Schumann.
Bühn.: Ganz exquisites Gala-Programm. Vierzehn Familien, Kinder, Damen und Herren in ihren Glanzleistungen.
Ferner: Die großartigen Spezialitäten.
Dir. H. Schumann neue und moderne Drehuren und: Eine absolute Lebenswürdigkeit:
Mr. Ephraim wunderbar Elefanten.
Thompson's dreifache.
Sonntag, den 1. April:
?? Sensationelle neue Debüts ??
Sonntag: 2 Vorstellungen, nachmittags 3 1/2 Uhr (ein Kind frei) und abends 7 1/2 Uhr.

Passage-Theater.
Anf. d. Abendvorstellung 8 Uhr.
Anf. nachm. Sonntag 3. Wochentag 5 Uhr.
The five sisters Lorrison
die bekanntesten Frauenhöchheiten.
Bokken Lasson
die exotische Strahlfängerin.
Die Picchiani-Truppe.
Die reizenden Florents.
14 glänzende Nummern.
W. Woacks Theater.
Direktion: Rob. Oll. Baumstr. 16.
Zum letztenmal:
Marianne,
ein Weib aus dem Volke.
Schauspiel in 5 Akten v. Renée Sohn.
Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf.
Sonntag: Keine Vorverkauf.

Palast-Theater
Burgstr. 22, früher Jean-Polast.
Bis-a-vis d. Börse, 2 Min. v. Hof, Börse.
Große Elite-Extra-Vorstellung
Der Raub der Sabinerinnen.
Schwank in 4 Akten von Franz und Paul Schönthal.
Stiefel Dir. Rich. Winkler.
Anfang 8 Uhr.
Vorher: Konzert. Kleine Preise.
Morgen und folgende Tage:
Der Raub der Sabinerinnen.
Vorher:
Spezialitäten ersten Ranges.

Skala-Theater.
Linienstr. 132 (a. d. Friedrichstr.)
Sensationelles Programm!
Paul Steinitz
d. phänomenale Siegreich-Wilshof sowie das wunderbare Spezialitäten-Programm.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Vor der Vorstellung: Konzert.

Skala-Theater.
Linienstr. 132 (a. d. Friedrichstr.)
Sensationelles Programm!
Paul Steinitz
d. phänomenale Siegreich-Wilshof sowie das wunderbare Spezialitäten-Programm.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Vor der Vorstellung: Konzert.

Skala-Theater.
Linienstr. 132 (a. d. Friedrichstr.)
Sensationelles Programm!
Paul Steinitz
d. phänomenale Siegreich-Wilshof sowie das wunderbare Spezialitäten-Programm.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Vor der Vorstellung: Konzert.

Skala-Theater.
Linienstr. 132 (a. d. Friedrichstr.)
Sensationelles Programm!
Paul Steinitz
d. phänomenale Siegreich-Wilshof sowie das wunderbare Spezialitäten-Programm.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Vor der Vorstellung: Konzert.

Skala-Theater.
Linienstr. 132 (a. d. Friedrichstr.)
Sensationelles Programm!
Paul Steinitz
d. phänomenale Siegreich-Wilshof sowie das wunderbare Spezialitäten-Programm.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Vor der Vorstellung: Konzert.

Skala-Theater.
Linienstr. 132 (a. d. Friedrichstr.)
Sensationelles Programm!
Paul Steinitz
d. phänomenale Siegreich-Wilshof sowie das wunderbare Spezialitäten-Programm.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Vor der Vorstellung: Konzert.

Skala-Theater.
Linienstr. 132 (a. d. Friedrichstr.)
Sensationelles Programm!
Paul Steinitz
d. phänomenale Siegreich-Wilshof sowie das wunderbare Spezialitäten-Programm.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Vor der Vorstellung: Konzert.

Gerrenfragen, rein Lein. 4 f. beste Qualität. Dq. M. 3 u. 3.50. Manschetten, prima. 4fach 1/2 Dq. M. 1.80 und 2.25. Serviteurs, größte Auswahl Stück von 30 Pf. an. Kravatten, Handschuhe, Hosen, Taschentücher, Strümpfe etc.
Detailverkauf zu Engros-Preisen.
Ernst Marcuse
23. Münzstrasse 23.

Reste
Gamentuche, schwarz u. farb. Costumes-Stoffe, neueste Kammgarne (Muster Staubmüchel-Stoffe Cordskrew Sammet, Plüsch Besatzartikel. 2265L*
Confection
Jaquett, Dollmann Staubmüchel, Costumes Costum-Röcke, Blousen.
C. Pelz, Kottbuser
23. Münzstrasse 23.

Landschinken.
Citrusfrüchte, Smokenshinken, in ganz u. halb. Pfd. 95 Pf. Thüring. Dellateichshinken 110 Pf. Speck, mager u. fett . . . 70 Pf. Halbesche Julebierwurst . . . 55 Pf. Thüringer Rotwurst . . . 55 Pf. Braunschweig Leberwurst . . . 65 Pf. Thüringer Fleischwurst . . . 65 Pf. Sommerische Landrotwurst . . . 90 Pf. Braunschweig. H. Leberwurst . . . 95 Pf. Jagdwurst . . . 95 Pf. Bohmische u. Rettwurst . . . 65 Pf. Schinkenwurst u. Salami von 95 Pf. an.
Paul Klähn, Chauffeurstr. 27.

Unerreicht billige Reste
für Herren-Anzüge, Paletots, Hoson, Damen-Kostüme, Damen-Tüche.
Fabrik-Niederlage
An der Schleuse 8 part.
Rebenstraße des Schloßplatzes.
Rein Laden! Sonntag geöffnet!

J. Soujon
Berlin NO.
Prenzlauer Allee 217.

Möbel-Räumungs-Ausverkauf!
der Firma H. Pichl, Schwedterstraße 11, Fabrikgebäude.
Bis 1. April sollen die Gesamtwerte des Möbelspeichers, nur ree u. gearbeitete Wohnungs-Einrichtungen, Schloßstimmer, für jeden annehmbaren Preis verkauft werden. 83/4

Rheumatismus
Gicht, Gliederreißen
beseitigt schnell und sicher
Heilapparat „Lebenskraft“.
Der Erfolg wird unbedingt garantiert.
Naturheilverfahren, daher ohne nachteilige Folgen. Die Kosten der Behandlung betragen zirka 7 Pf. pro Tag. Aerztlich empfohlen. Viele Anerkennungen. Prospekt gratis.
Fernspr. Amt IX, 7453. Krömers „Lebenskraft“, Sprechst. 4—6 Uhr.
Berlin, Balowstr. 72, I.

Blitz-Schnell
kann man mit der Hochbahn bei Weingarten, Gitschinerstr. 72, Station im Hause. Empfehlung:
1 Posten getragene Anzüge, 1 Posten getragene Paletots, 1 Posten getrag. Bekleider zu staunend billigen Preisen.
auch für forpultente Herren.
Dieselben sind von feinen Aballekten und Reisenden, die nur einen Monat ihre Garberode tragen. 25242*
Fahrgeld wird vorgel. Bitte auf Kartennummer zu achten.

H. Detert, Möbelfabrik,
Fruchtstraße 32. 21816*
Komplette Wohnungs-Einrichtungen.
Einzel-Verkauf.
Nur Fabrikgebäude. Kein Laden

Inventur-Extrapreis!
Eine große Diwandecken
auf beiden Seiten benutzbar
Mk. 4.35 (Wert 6.75)
Buntpersische Diwandecken 6.75 (Wert 10.50)
Echtes Plüsch-Diwandecken 23.50 (Wert 33.00)
Prunkdiwandecken 25—30 Mk.
Teppich-Spezialhaus
Emil Lefèvre
Berlin Oranienstr. 158.
Nach auswärtig per Nachnahme.
Inventur-Extralistes gratis und u. Katalog mit ca. 600 Illustrat. franko.

Billigste Bezugsquelle
von Garnituren, Ganceffosofas, Wackelsofas, Schaffosofas, Chaiselongues, Verticellen mit Matras, Kleiderpinde, Vertikal, Spiegel in reicher Ausführung. Langjahr. Gar.
Neumann, Zapey, Oranienstr. 202.

Hüte und Mützen
in den neuesten Fasson empfehle zu billigsten Preisen.
Herren-Artikel
in großer Auswahl.

Rheumatismus
Gicht, Gliederreißen
beseitigt schnell und sicher
Heilapparat „Lebenskraft“.
Der Erfolg wird unbedingt garantiert.
Naturheilverfahren, daher ohne nachteilige Folgen. Die Kosten der Behandlung betragen zirka 7 Pf. pro Tag. Aerztlich empfohlen. Viele Anerkennungen. Prospekt gratis.
Fernspr. Amt IX, 7453. Krömers „Lebenskraft“, Sprechst. 4—6 Uhr.
Berlin, Balowstr. 72, I.

H. Detert, Möbelfabrik,
Fruchtstraße 32. 21816*
Komplette Wohnungs-Einrichtungen.
Einzel-Verkauf.
Nur Fabrikgebäude. Kein Laden

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Das Lokal Tempelhofer Tivoli, Berlinerstraße 50, in Tempelhof, das den Parteigenossen seit etwa einem halben Jahre zur Verfügung stand, ist jetzt wieder gesperrt, da der Wirt erklärt hat, den Saal für Arbeiterversammlungen nicht mehr hergeben zu wollen. Die Parteigenossen werden erjucht, diese Sperre streng zu beachten.

Die Lokalkommission.

Lokales.

Aus der Stadtverordneten-Versammlung.

Die Stadtverordneten sind in ihrer gestrigen ordentlichen Sitzung sehr viel schneller mit ihrem Beschlusse fertig geworden als in der außerordentlichen vom Dienstag. Eine Debatte von längerer Dauer knüpfte sich nur an die Ausschuss-Berichterstattung über die Auffschließung noch ungebauter Terrains an der Schönhauser und Prenzlauer Allee. Hier hob Genosse Borgmann hervor, daß die Stadt den Familien und Gesellschaften, in deren Besitz diese Ländereien sind, viel zu weit entgegengekommen sei — weiter, als die Rücksicht auf das Interesse der Kommune gestatte. Der Magistrat und die freisinnige Mehrheit der Versammlung waren anderer Ansicht, und die Vorschläge des Ausschusses wurden angenommen.

Die wichtige Vorlage über die Umgestaltung der Waisenpflege — offiziell trägt sie die harmlos klingende Bezeichnung „Vorlage betreffend eine Aenderung in der Veranlagung der Waisenanstalt zu Nummersburg“ — beschäftigte die Versammlung nur ganz kurz und wurde dann zunächst einem Ausschuss überwiesen. Genosse Bernstein machte die Bedenken geltend, die gegen eine weitere Einschränkung der Anstaltsberziehung sprechen, und erklärte ohne Umschweife, daß dieser Plan nur kleinlichen fiskalischen Rücksichten seine Entstehung verdanke. Von freisinniger Seite äußerte sich niemand, und auch der Magistrat blieb stumm. Wird der Ausschuss zu der Erkenntnis kommen, daß dieser fast vollständige Verzicht auf Anstaltsberziehung nicht zum Segen der Berliner Waisenpflege sein kann?

Vom „Tunnel-Tunnel“.

Die Zeitungsmeldung, daß die Stadt Berlin aus dem Streite um den Opernplatz-Tunnel als Siegerin hervorgegangen sei, beruht auf einem Irrtum; die Entscheidung hierüber ist, wie wir kürzlich schon meldeten, noch nicht getroffen. In der Audienz, welche der Kaiser dem Oberbürgermeister und Stadtbaurat jüngst gewährt hatte, wurde die Tunnel-Angelegenheit nur oberflächlich gestreift, auch sind dem Monarchen die Pläne der Tunnelprojekte noch nicht vorgelegt worden, ohne welche ein Vortrag über diese Angelegenheit nicht gut denkbar ist. Die Pläne sind aber auch zur Vorlage noch gar nicht reif, weil die Verhandlungen zwischen den in Frage kommenden staatlichen Stellen noch nicht zum Abschluß gebracht werden konnte. Minister v. Lubow hatte, wie seinerzeit gemeldet, die Pläne an die Aufsichtsbehörden mit dem Ersuchen zurückgelassen, über die Eigentumsverhältnisse am Opernplatz Erhebungen anzustellen. Diefem Ersuchen konnte nur unter Mitwirkung des Magistrats bzw. der örtlichen Straßenbau-polizei und der städtischen Grundeigentums-Deputation entsprochen werden. Demzufolge ist der Magistrat vor etwa vier Wochen aufgefordert worden, die erforderliche Auskunft zu geben. Die Antwort steht noch aus, dürfte aber in den nächsten Tagen erfolgen. Erst nach ihrem Eingange kann der eingeforderte Bericht mit den Plänen an den Kaiser zurückgehen, der die Angelegenheit dann erst beim Kaiser zum Vortrag bringen kann. Stimmt der Kaiser dem vorgelegten Projekte zu, dann erst dürfen die Aufsichtsbehörden mit den Vertretern der Stadt und der Straßenbahn darüber verhandeln, in welcher Weise die gemeinschaftliche Benutzung des Opernplatz-Tunnels durch die Wagen beider Parteien sich ermöglichen lassen wird.

Schiller-Gedenkblatt. Wie uns mitgeteilt wird, veranstaltet die Buchhandlung Vorwärts von dem in der ersten Auflage vergriffenen Schiller-Gedenkblatt einen Nachdruck. Wir empfehlen dieses Blatt, das ungeteilten Beifall gefunden hat, allen Parteigenossen, die es noch nicht besitzen, zur Anschaffung.

Baggerarbeiten im Engelbecken. Das „Engelbecken“ am Michaelkirch-Platz wird gegenwärtig einer gründlichen Reinigung unterzogen. Eine zahlreiche Menschenmenge umfließt täglich die Einfriedigung und gibt ihrer Verwunderung darüber Ausdruck, welche Quantitäten von Schlamm, Moder, Mauersteinen und sonstigen Unrat durch den Stettiner Dampfbagger „David“ daselbst zutage gefördert werden. Die schwarze, wenig angenehm duftende Schlammmasse wird in Waggons abtransportiert. Im Hinblick auf die nach und nach eintretende Verunreinigung des Beckens kann es nur mit Genugtuung begrüßt werden, daß die dort bisher aufrecht erhaltene Badeanstalt im Winter abgerissen worden ist. Denn nicht umsonst beklagte sich das Publikum schon seit längerer Zeit darüber, daß ein Bad im Engelbecken alles andere nur keine Erfrischung bewirke.

Die empfindliche Polizei. Die Versammlung der Nachtbeschäftigten, die Mittwoch der polizeilichen Auflösung verfiel, wird dem Vernehmen nach noch ein gerichtliches Nachspiel haben. Der Grund der Auflösung war eine Neuherung des Referenten Beder, der mit einer Anspielung auf bekannte Vorgänge behauptete, „daß die unteren Polizeibeamten, die ehedem bürgerliche Frauen als unzüchtig verdächtigen und zum Nachschlaf brachten, unmöglich in der Lage seien, die Verordnung mit ihren 113 Paragraphen im Kopfe zu haben und richtig zur Anwendung zu bringen“. Bei diesen Ausführungen wurde die Versammlung aufgelöst. Es wird darin eine Beleidigung der Berliner Polizeibeamten erblickt, die vor Gericht ihre Sühne finden soll.

Der gefährliche Transport von Sachfängern auf offenen Lastfuhrwerken, den man jetzt alle Tage beobachten kann, hat gestern ein schmerzliches Unglück im Gefolge gehabt. Eine Frau stürzte vor dem Hause Stralauerstr. 10 von einem solchen Wagen ab und wurde überfahren. Schwer verletzt mußte sie ins Krankenhaus gebracht werden. Es wäre Sache der Polizei, der gewissenlosen Leichtfertigkeit, mit der die Sachfänger von einem Bahnhof zum anderen durch die Stadt befördert werden, einmal ein Ende zu machen.

Eine schwere Gasexplosion erfolgte gestern gegen Abend in der Neuen Friedrichstraße 79 und brachte einem Gasarbeiter lebensgefährliche Verletzungen bei. Im zweiten Stock des Vorderhauses hat dort die Firma Lindemann u. Pincsohn Geschäftsräume eingerichtet, die in den nächsten Tagen bezogen werden sollten. Die Gasröhren waren bereits gelegt und sollten nur noch Gasarme eingeschraubt werden. Wahrscheinlich war nun bei dieser Arbeit ein Versehen begangen, denn als der Gasarbeiter A., der auf einer Leiter stand, einen Arm anbringen wollte, erfolgte plötzlich eine gewaltige Detonation. Drei große Fensterscheiben im Werte von etwa 1000 M. flogen dabei auf die Straße. Zum Glück war sie zu dieser Zeit menschenleer, sodaß Verletzungen von Passanten nicht vorgekommen sind. In den Geschäftsräumen wurden zwei Wandwände

total verbogen. Die entstandenen Stichtammen ergriffen den A. und brachten ihm so schwere Verletzungen am Kopf und an den Händen bei, daß er von der mittlerweile alarmierten Feuerwehr sofort nach einem Krankenhause geschafft werden mußte. Es ist noch nicht festgestellt, ob er durch Licht oder eine brennende Zigarre etwa die Explosion verursacht hat. Die Feuerwehr konnte bald wieder abrücken, da eine Feuergefährde weiter nicht vorlag.

Für die Gräfin Montignoso.

Ein tragisches Schicksal hat den in der Potsdamerstraße wohnhaften Berliner Bankier M. betroffen, der seit Jahren dort ein Bankgeschäft unterhielt. M. stammt aus einer sehr wohlhabenden Familie, desgleichen seine Gattin. Im vergangenen Jahre erbt nun der Bankier von seinem in Florenz verstorbenen Onkel ein Vermögen von fünf Millionen Mark. Bei M., der schon früher zu Extravaganzen geneigt war, trat in letzter Zeit eine fast an Größenwahn grenzende Lieberregung zutage, die jetzt zur Katastrophe geführt hat. Der Bankier reiste vor kurzem mit seiner Vorleserin nach Mexan und erstand dort eine Villa. Kurz nach dem Abschluß der Kaufverhandlungen beschickte er an die Gräfin Montignoso und bot ihr in dem Telegramm die Villa und gleichzeitig die ihr vom kaiserlichen Hofe verbriefte Apanage an. Die Gräfin ließ zurücktelegraphieren, daß sie das Anerbieten mit Dank annehme und hoffe, der großzügige Spender werde sich bald in Florenz persönlich vorstellen. Der Berliner Bankier geriet nun vollends in eine großwahnsinnige Stimmung und telegraphierte an seine Berliner Bekannten sowie mehrere große Banken, daß er in der Affäre der Gräfin Montignoso sensationelle Enthüllungen wolle. Gegen Zahlung größerer Summen würde er bereit sein, diese Enthüllungen preiszugeben. Man wurde hier ruhig, die Brüder des Bankiers begaben sich sofort nach Mexan und von dort nach Vogen, wo M. unterdessen eingetroffen war; um nach Florenz zu reisen. Es gelang ihnen noch, gerade als der Schnellzug nach Florenz, in den M. steigen wollte, angebracht kam, den Bankier zu treffen und nach einer tragischen Wiederbegegnung nach Berlin zurückzuschaffen. Sie liehen ihn in dem Wahn, es ginge nach Florenz. In der Tat fuhren sie aber hierher und schafften in einer bereit gehaltenen Equipage, deren Aufsicher sogar einige italienische Broden sprechen mußte, um ihn in den Glauben zu wiegen, er sei in Italien, nach der Maison de santé, wo der Bankier zeitig untergebracht ist.

Selbstmord verübte die 24jährige Rentiere Fräulein Vera Jacobson, die seit einem halben Jahre in der Meißnerstraße 3 eine große Gartenwohnung innehatte. Fräulein Jacobson lebte sehr zurückgezogen und ließ die nötigen Arbeiten durch eine Aufwartefrau besorgen. Nahrungsvorgaben konnte sie nicht, da sie über eine größere Rente verfügte und auch außerhalb eine gut situierte Verwandte besaß, deren Erbin sie einst werden sollte. Um so unerklärlicher ist es einzuweisen, daß sie sich gestern an einem Spiegelhaken ihres Zimmers erhängte. Als der Aufwartefrau auf ihr Klopfen nicht geöffnet wurde, schöpfte man Verdacht. Nachdem ein herbeigerufener Schlosser die Eingangstür geöffnet hatte, fand man Fräulein Jacobson bereits erstickt vor. Ein auf dem Tische liegender verschlossener Brief an ihre Verwandte wurde von der Polizei in Verwahrung genommen.

Beim Verhören von Diebesdiele festgenommen wurden die vielfach vorbestraften Eindieher Max Aebbs und Max Köhl, die in der Nacht zum Mittwoch dem Hause des Apothekers Doehl in der Hauptstraße 141 zu Schöneberg einen Besuch abstatteten. Sie stahlen sich erst das nötige Diebeswerkzeug und brachen dann in die Geschäftsräume ein, wo sie Instrumente und allerhand andere Sachen erbeuteten. Bei den Verhören, die heute in einem „Schleier“-Lokal in der Neuen Schönhauserstraße, das erst vor einigen Tagen von der Kriminalpolizei ausgehoben wurde, an dem Ramo zu bringen, wurden sie von einem Kriminalbeamten beobachtet und dingfest gemacht. Einen Teil des gestohlenen Gutes, das sie von einem Unbekannten morgens um 4 Uhr in der Münzstraße gekauft zu haben behaupten, hatten sie bereits veräußert; der Erlös dafür wurde beschlagnahmt. Die anderen Sachen erhielt der Bestohlene gleich zurück.

Als Paletot- und Fahrradmarder wurde ein 21 Jahre alter Ewald Wienke aus Rostock dem Untersuchungsrichter vorgeführt. Er wollte gestern mit einem Rad, das ein Schüler des Friedrich-Wilhelms-Gymnasiums in den Keller gestellt hatte, davon fahren, als der Eigentümer ihn überaschte. Als dieser ihn zur Rede stellte, tat er so, als ob er den Auftrag gehabt hätte, das Rad zur Ausbesserung wegzubringen, und entschuldigte sich mit einem Irrtum. Der Schüler aber holte einen Schutzmantel, während andere den Dieb beobachteten, und ließ ihn festnehmen. Bei ihm fand man noch vier Pfandheime über Fahrräder und Paletots, die er in Hamburg gestohlen und veräußert hatte.

Straßensperrung. Der Rottbuser Damm von der Schönleins bis zur Lachmannstraße einschließlich des Kreuzdamms in der Schönleinsstraße wird befaß Umpflasterung vom 1. I. bis ab bis auf weiteres für Fuhrwerke und Reiter gesperrt.

Feuerbericht. Nur wenig Alarmierungen hatte die Wehr in den letzten 24 Stunden zu verzeichnen. Donnerstag früh wurde sie nach der Oranienstr. 174 gerufen, weil dort Deden und Röbel in einer Wohnung Feuer gefangen hatten. — Schwefel brannte dann in der Wäldersstr. 119 und der Fuhrboden in der Elbingerstr. 93. — Außerdem hatte die Wehr noch in der Neuen Friedrichstr. 11 zu tun, wo ein Posten Kohlen in Brand geraten war. In allen vier Fällen konnte aber die Ablösung in kurzer Zeit erfolgen.

Arbeiter-Bildungsschule. Die am Mittwoch ausgefallene Unterrichtsstunde in „Natur-Erkenntnis“ wird am Montag, den 3. April nachgeholt.

In dem Menzel-Abend, der Sonntag 8 Uhr im Gymnasium am Savignaplatz zu Charlottenburg stattfindet, wirkt auch der bekannte Sänger Alexander Heinemann mit. Karten zu 50 Pf. und 1 M. sind in den Charlottenburger Buchhandlungen und im Dürerhaus, Kronenstr. 18, zu haben.

Theater. Im Schiller-Theater O. (Wallner-Theater) ist für Dienstag, den 4. April, die Novität „Augen rechts“ von Jon Lehmann in Verbindung mit Hartlebens Lustspiel „Eine stürmische Forderung“ angesetzt. — Im Carl-Weiß-Theater geht am Sonnabend das Schauspiel „Judith, die Schwester vom roten (russischen) Kreuz“ zum erstenmal in Szene.

Aus den Nachbarorten.

Charlottenburg.

In der Stadtverordneten-Versammlung am Mittwoch wurde zunächst der Rest des Etats erledigt. Eine lebhaft Diskussion erhob sich beim Kapitel Gemeindefeuern. Hierzu beantragten unsere Genossen die Annahme einer Resolution, durch welche der Magistrat ersucht wird, geeignete Schritte zu tun, um für das nächste Etatsjahr eine Besteuerung des ohne Zutun der Besitzer entstandenen Wertzuwachses von Grund und Boden herbeizuführen. Genosse Dr. Borchart wies in der Begründung des Antrages zunächst darauf hin, daß es nur gerecht sei, den durch die Arbeit der Gesamtheit entstandenen höheren Wert des Bodens zur Erfüllung der Ausgaben der Gemeinde zu verwenden, die gegenwärtig aus Rangel an Mitteln mehrfach, z. B. auf dem Gebiete der Säule, nur unvollkommen erfüllt werden. Aber selbst, wenn gar kein Bedürfnis nach neuen Geldquellen vorhanden wäre, müßte man eine solche Steuer einführen und dafür lieber andere Steuern herabsetzen, weil diese Steuer wegen

ihrer sozialen Wirkung zur allgemeinen Verbesserung der Verhältnisse führen würde.

Gegen diese Ausführungen wandten sich die Freisinnigen Marx und Dr. Crüger sowie der Kammerer Scholz. In allen Tonarten wurde das Lied gesungen, daß der Grundgedanke des Antrages vom Standpunkt der Gerechtigkeit zu begründen sei, aber für Charlottenburg müsse man ihn ablehnen, denn hier sei es sehr wichtig, die Terrainspekulationen, welche Kapital, Intelligenz und Arbeitskraft hergeben, um eine schnellere Bebauung zu ermöglichen, nicht zu vertreiben. Besonderen Eindruck suchte der Stadtv. Marcus mit dem Argument zu erzielen, daß die vorgeschlagene Steuer den Boden weiter verteuern und daher die Mieten noch erhöhen würde. In eingehender Erwiderung wies Genosse Dr. Borchart das Irrige dieser Behauptung nach; denn die Mieten richten sich nicht nach dem Bodenpreis, vielmehr dieser umgekehrt nach den Mieten.

Bei der Abstimmung, die auf Antrag unserer Genossen eine namentliche war, erklärte sich außer unseren Genossen nur noch der Freisinnige Dr. Penzig dafür.

Weiter teilte der Magistrat mit, daß man von der Einstellung von Arbeiter-Kontrollleuten für Bauten nach unseren Anträgen vom Oktober 1903 und Mai 1904 Abstand zu nehmen beschließen habe. Genosse Vogel beantragte, die Mitteilung des Magistrats zunächst einem Ausschusse zur Vorberatung zu überweisen. Die Mehrheit nahm die Mitteilung jedoch einfach zur Kenntnis, obwohl ihr Vertreter die Materie für außerordentlich schmerzhaft erklärte, die Beratung in einem Ausschuss danach also dringend notwendig gewesen wäre.

Die übrigen Gegenstände der Tagesordnung waren unerheblich.

Die Grundsteinlegung des Charlottenburger Schiller-Theaters soll nach einem Beschlusse der städtischen Behörden am 9. Mai, dem hundertsten Todestage Schillers, in früher Morgenstunde erfolgen. Eine Sonder-Kommission hat den Auftrag, das Programm für die Feier auszuarbeiten.

Rigdorf.

Die Stadtverordneten-Versammlung verhandelte am Donnerstag über einen Vorschlag des Magistrats, auf Grund dessen die Schuldeputation ermächtigt wird, nach Ermessen in besonderen Fällen den Rektoren und übrigen Lehrpersonen Ermäßigungen ihrer Pfllichtstundenzahl widerruflich zu gewähren. Stadtv. Rahmig beantragte Vertagung der Vorlage bis die Reorganisation der Schuldeputation erfolgt sei. Stadtv. Groger (Soz.) erklärte, seine Freunde seien gewiß nicht mit der Zusammensetzung der Schuldeputation zufrieden, da aus derselben die Vertreter des übergroßen Teiles der Bürgerschaft, der Arbeiter, ferngehalten seien. Trotzdem werde die sozialdemokratische Fraktion für die Vertagung der Vorlage stimmen. Bei der Abstimmung ergab sich die Vertagung der Vorlage.

Ueber das vorgelegte Projekt, den Bau einer dritten Straße auf dem Reuterplatze betreffend, entspann sich eine längere Diskussion. An derselben beteiligten sich die Stadtv. Wagner im Sinne der Vorlage, Müller, sowie Hoppe (Soz.) und Gerike (Soz.) gegen dieselbe. Die Versammlung stimmt mit Mehrheit schließlich dem Projekt und dem Vertrage zu.

Vor der Beratung des vorgelegten Abkommens mit der Großen Berliner Straßenbahn über die Erweiterung des Straßenbahnbetriebes beantragt Bürgermeister Voigt namens des Magistrats die Behandlung dieser Sache in geheimer Sitzung. Dies geschieht, weil nach der Geschäftsordnung nötig, und nachdem die Stadtv. Dr. Silberstein (Soz.) und Abraham erklärt hatten, daß man besser in breiterer Öffentlichkeit sich einmal mit der „Großen“ auseinandersetze.

Der Vorlage über die Projektbearbeitung für das neue städtische Krankenhaus stimmt die Versammlung zu.

Die Neuregulierung des Hermannplatzes mit Diabasgemisch-Maladern wird beschlossen.

Die vom Magistrat beantragten Mittel (1000 M.) zur Verteilung von Hefchriften an hiesige Schüler und Schülerinnen zur Schiller-Gedenkfeier werden bewilligt.

Hierauf wird die Deffentlichkeit ausgeschlossen.

Pankow.

Beim Barlauf umgekommen. Der dreizehnjährige Sohn Willi des Kolonialwarenhandlers Feißch in Pankow, der die Realschule besucht, ergötzte sich mit Altersgenossen am Barlauf. In dem Bestreben, seinem „Häcker“ auszuweichen, bückte er sich im Laufen. In demselben Augenblick rannnte ihm ein Strabe entgegen. Beide prallten mit Gewalt aneinander. Willi f. stürzte lautlos zu Boden und war sofort tot. Er hatte sich bei dem Anprall mit vorgebeugtem Kopf gegen die Brust seines Schulkameraden vermulcht das Genick gebrochen. Genau wird die Todesursache erst durch die Leichendöffnung festgestellt werden.

Tegel.

Wegen Beleidigung des Amtsvorstehers Weigert in Tegel hatte sich gestern der Redakteur der „Tegeler Zeitung“ Carl Schulz vor der Strafkammer des Landgerichts II zu verantworten. Die „Tegeler Zeitung“ steht in scharfem Gegensatz zu dem amtlichen „Tegeler Anzeiger“ und der Kampf, den der Angeklagte gegen die dortige Verwaltung führt, hat ihm schon eine lange Reihe von Beleidigungsstrafen, darunter auch Gefängnisstrafen, eingebracht. Als dem Schöffen Carl Marzahn in Tegel, der 30 Jahre lang der Verwaltung angehörte, das Allgemeine Ehrenzeichen verliehen worden war, brachte der amtliche „Tegeler Anzeiger“ einen langen Artikel, der in überaus anerkennenden Worten die Verdienste des Herrn Marzahn pries, die vorzügliche Verwaltung lobte, unter welcher Tegel sich so glänzend entwickelt habe, etwas von „mühsamsten Menschen“ einwarf und die Ehrung durch das Allgemeine Ehrenzeichen ganz besonders unterstrich. Gegen diesen Artikel veröffentlichte der Angeklagte in der „Tegeler Zeitung“ am 3. Dezember v. J. einen Artikel, der Hohn und Spott über den „Ehren-Mitarbeiter“ goß und beleidigende Ausdrücke wie „Trottel“, „Phrasenheld“, „überjähwängliches Gesubele“, „schwülstiges Zeug“, „im Trüben fischen“ usw. enthielt. Verfasser des Artikels in dem „Tegeler Anzeiger“ war der Amtsvorsteher, der den Strafantrag stellte und behauptete, daß der Angeklagte über die Persönlichkeit des Verfassers auch gar nicht im Zweifel habe sein können. Bekleeres bestritt der Angeklagte und machte geltend, daß der „Tegeler Anzeiger“ auch ihn in einer ganzen Reihe von Artikeln scharf angegriffen habe. — Der Gerichtshof verurteilte ihn mit Rücksicht auf seine Vorstrafen zu 3 Monaten Gefängnis.

Den Hühnern in der Tegeler und Hermsdorfer Forst ist vom Minister das Verabreichen von Speisen und Getränken an Ausflügler gegen Entgelt unterlagt worden. Das Verbot ist auf eine Beschwerde des Deutschen Gastwirtsverbandes zurückzuführen, der sich über den Wettbewerb durch die Förster beklagte.

Eine Brandstiftung im Predigerhause. Am Dienstag abend wurde die Feuerwehr von Brandenburg a. H. nach dem vom Prediger Schott bewohnten Predigerhause am St. Gotthard-Kirchplatz gerufen. Dort stand der Dachstuhl in Flammen. Nachdem der Brand gelöscht war, ergab sich, daß das Feuer an zwei Stellen angelegt worden war, und zwar auf dem Boden über dem Studierzimmer des Predigers und in diesem Zimmer selbst unter dem Schreibtisch. Aus dem Schreibtisch fehlten 300 M. bares Geld, und da nur das 19jährige Dienstmädchen Hedwig Rent zu der fraglichen Zeit allein im Hause war, richtete sich gegen sie sofort der Verdacht der Täterschaft. Sie wurde verhaftet und hat angegeben, daß ihr Liebhaber, der Kaufmann Robert Schmidt, der seit der Lat verstorben ist, den Diebstahl und die Brandstiftung begangen hat, als er sie besuchte. Beide wollten nach Berlin übersiedeln und brachten dazu Geld.

